Kredit- Lohn- und Investitionskontrolle Ein Beitrag zur Konjunkturpolitik

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
(Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung)
der Eberhard-Karls-Universität
zu Tübingen

vorgelegt von
Diplomvolkswirt Ernst Schwenk
(aus Ohmenhausen)

1937

Buchdruckerei Albert Becht, Tübingen, Hirschgasse 16

Tag der mündlichen Prüfung: 13. Februar 1935

Referent: Prof. Preiser

Korreferent: Prof. Teschemacher

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Vorwort.

Die Wirtschaftswissenschaft hat die Aufgabe, die Erscheinungen des Wirtschaftslebens so zu durchleuchten, daß ein einheitliches und geschlossenes Gesamtbild von der Wirtschaft entstehen kann. Nur aus einem geschlossenen Gesamtbild heraus kann der Wirtschafter wirtschaftlich richtig handeln, damit nicht nur die einzelwirtschaftlichen, sondern auch die gesamtwirtschaftlichen Belange gewahrt werden. Grundsätzlich müssen die einzelwirtschaftlichen sich mit den gesamtwirtschaftlichen Belangen durchaus vereinigen lassen. Eine solche Vereinigung scheint am weitest gehenden dann gesichert, wenn die wirtschaftenden Menschen sich bei ihren Handlungen von jener Grundhaltung bestimmen lassen, die den Gemeinnutz vor den Eigennutz stellt. Diese Forderung darf nicht so verstanden werden, als ob nun die Unternehmer unrentabel, d. h. ohne Ueberschüsse arbeiten müssen. Im Gegenteil, die Unternehmer sollen darauf sehen, ihren Betrieb so rentabel wie möglich zu gestalten, weil ja jede Leistungssteigerung letztlich auch dem Gemeinwohl dienen kann. Freilich sollen diese Ueberschüsse nicht das Ergebnis einer monopolistischen Stellung auf dem Markt sein, sondern wirklicher Leistung entspringen. Für die neue Einstellung zur Wirtschaft ist es weniger von Bedeutung, daß Ueberschüsse gemacht werden, sondern wie sie verwendet werden.

Gemeinnütziges Handeln bedeutet demnach letzlich nur, daß alle Kräfte in die Wirtschaft so eingegliedert werden, daß beste Ergebnisse gesichert und der geringste Schaden verursacht wird.

Es ist nun aber noch die Frage zu prüfen, ob die den Wirtschaftsablauf störenden Erscheinungen von den wirtschaftenden Menschen bewußt oder irrtümlich geschaffen werden. Kein Wirtschafter wird bewußt so handeln, daß dieses Handeln der Gemeinschaft und damit letztlich auch ihm selbst Schaden bringt. Diese Erkenntnis legt die Vermutung nahe, daß die den Wirtschaftsprozeß störenden Einflüsse durch

„irrtümliches" Handeln, d. h. durch ein Handeln, das bei subjektiv richtiger Haltung zu einer objektiv falschen Beurteilung führt, hervorgerufen werden. Der wirtschaftende Mensch wird in diesem Falle auch dann notwendig falsch handeln müssen, wenn er seine Handlungen unter gemeinnützigen Gesichtspunkten vollzieht. Allerdings werden die den Wirtschaftsablauf störenden Einflüsse herabgemindert, wenn durch die neue Wirtschaftsgesinnung eine weitestgehende Uebereinstimmung zwischen Erzeugung und Verbrauch herbeigeführt wird.

Mit Hilfe unserer Untersuchungen wollen wir feststellen, ob sich aus dem Verlauf des Wirtschaftsprozesses notwendig ein irrtümliches Handeln der Unternehmer ergibt, welche Wirkungen zutreffendenfalls in der Gesamtwirtschaft eintreten und welche Maßnahmen erforderlich sind, um die störenden Wirkungen eines solchen Handelns abzuschwächen bzw. auszuzuschalten.

Anmerkung: Die Grundgedanken der vorliegenden Arbeit stammen aus dem Jahre 1932. Ich habe später die konjunkturtheoretischen Ansichten Preisers zum Ausgangspunkt gewählt. Herr Prof. Preiser hat aber weder meine Arbeit veranlaßt noch in Problemstellung, Methode und Darstellungsweise entscheidend beeinflußt und bittet mich, dies ausdrücklich festzustellen, um Mißverständnissen vorzubeugen. Die Arbeit muß also als Ausdruck meiner rein persönlichen Auffassung gelten.

Inhalt.

I. Teil

Allgemeine Grundlegung

Seite

Vorraussetzungen der Konjunkturpolitik 7

I. Kapitel: Die Konjunkturtheorien 13

1. Die Unterakkumulationstheorie 13
2. Die monetären Theorien 15
3. Die Unterkonsumtionstheorie 19
4. Die Überakkumulationstheorie 20
   a) Autonomes Sparen 21
   b) Heteronomes Sparen 22

II. Kapitel: Kritik und Ergänzung der Akkumulationstheorie . 24

1. Ursachen der sinkenden Lohnquote 24
   a) Zuwanderung von Arbeitskräften 24
   b) Der technische Fortschritt 25
2. Periodizität der Krisen 30
   a) Periodizität der Krisen und die Zuwanderung von Arbeitskräften 31
   b) Periodizität und technischer Fortschritt 31

III. Kapitel: Der Konjunkturverlauf 33

1. Symptome des Aufschwungs 34
   a) Ursachen der sinkenden Lohnquote 35
   b) Der monetäre Faktor 36
2. Die Erklärung des Umschwungs 37
3. Wie kommt die allgemeine Aufwärtsbewegung zustande? . 40
4. Der Wiederaufschwung 41
   a) Verbesserung der Produktionsmethode 41
   b) Die verstärkenden Faktoren 42

II. Teil

Die Praxis der Konjunkturpolitik

I. Kapitel: Das Geld in der Wirtschaft 45

1. Konstanthalten der Geldmenge 46
   a) Bei Erweiterungsinvestitionen 46
   b) Bei Verbesserungsinvestitionen 48
2. Vermehrung der Geldmenge proportional der Gütermenge . 52
   a) Erweiterungsinvestitionen 52
   b) Verbesserungsvestitionen 53

3. Ausweitung der Geldmenge überproportional der Gütermenge 56
a) Erweiterungsinvestitionen 56
b) Verbesserungsinvestitionen 57
4. Verminderung der Geldmenge 58
5. Stabilisierung des Preisniveaus 58
a) Die Stabilisierung des Gesamtpreisniveaus . . . 63
b) Stabilisierung des Preisniveaus der Produktionsgüter . 65
c) Stabilisierung des Preisniveaus für Konsumgüter . . 66
d) Kritische Würdigung der Theorie der Stabilisierung des Preisniveaus 68
6. Goldwährung und Konjunkturpolitik 69

Zusammenfassung

A) Das Geld in der vollbeschäftigten und optimal ausgenützten Wirtschaft 72
B) Das Geld in der unterbeschäftigten und nicht optimal ausgenützten Wirtschaft 76

III. Teil
Die Kontrolle der Wirtschaft

I. Kapitel: Kreditkontrolle 80
1. Die Zentralisierung der Kreditgewährung 80
a) Kontrolle der Kreditmenge 80
b) Mittel zur Beeinflussung der Geldmenge 84
2. Trennung von Geld- und Kapitalmarkt 85
3. Kontrolle der Kreditverwendung 87

II. Kapitel: Die Lohnkontrolle 89
1. Der Lohn als Ausgleichsfaktor 89
2. Ansatzpunkte der Lohnkontrolle 91
3. Die Durchführung der Kontrolle 92

III. Kapitel: Die Investitionskontrolle 94
1. Nachfragesteigerung verbunden mit einer Preiserhöhung als Ursache zu einer Kapitalfehlleitung 95
2. Übergangsgewinne und Kapitalfehlleitung 96
3. Selbstfinanzierung 97
a) Selbstfinanzierung und Umgestaltung des Kapitalmarkts . 97
aa) Vorteile der Selbstfinanzierung 97
bb) Nachteile der Selbstfinanzierung 98
b) Selbstfinanzierung als volkswirtschaftliches Problem . 98
c) Selbstfinanzierung als konjunkturpolitisches Problem . 99
4. Abschreibungsbeträge und Verbesserungsinvestitionen . . 101
5 Die Durchführung der Kontrolle 102

I. Teil

Allgemeine Grundlegung

Voraussetzungen der Konjunkturpolitik

Unter Konjunkturpolitik verstehen wir die Gesamtheit der Maßnahmen, die zum Ziele haben, die Konjunkturschwankungen zu beseitigen oder zu mildern.

Jede Behandlung des Problems der Konjunkturpolitik beruht auf einem bestimmten ökonomischen Theorem, dessen Inhalt Vorstellungen über den Beziehungszusammenhang aller ökonomischen Erscheinungen sind. Auf die Aufzeigung dieses Zusammenhanges kann die angewandte Theorie deshalb nicht verzichten, weil die Eingriffe in den Wirtschaftsprozeß nur dann systemgerecht sind, wenn die richtigen Ansatzpunkte genommen werden. Genaue Kenntnis der typischen Erscheinungen des Wirtschaftsprozesses ist daher unerläßliche Voraussetzung jeder konjunkturpolitischen Maßnahme. Je vertiefter dabei die Erkenntnisse über die treibenden Kräfte aller wirtschaftlichen Entwicklung sind, um so umfassender ist die Kenntnis von den typischen Erscheinungen.

Die treibenden Kräfte des Wirtschaftsprozesses erkennen wir im Leistungsstreben und der Energie der Einzelnen. Diese Kräfte können nun auf verschiedene Weise zum Wirtschaften eingesetzt werden und je nach der Art des Einsatzes, die jeweils von der Gemeinschaft bestimmt wird, ergibt sich ein bestimmter Aufbau der Wirtschaftsordnung.

In der Planwirtschaft werden Energie und Leistung der Einzelnen planmäßig von übergeordneter Stelle eingesetzt. Die Konkurrenzwirtschaft steht in direktem Gegensatz zur Planwirtschaft. Sie erscheint uns als eine ungeplante Wirtschaft, weil der Wirtschaftsprozeß sich im freien Spiel der Kräfte abwickelt, d. h. jeder Wirtschafter nur seinen eigenen Interessen folgt, die rechtlich vom Staate geschützt werden. In der staatlich geregelten Konkurrenzwirtschaft wird jedem Wirtschafter ein Lebensspielraum dort überlassen,

wo er auf Grund seiner persönlichen Eignung seinen Platz hat. Innerhalb dieses Spielraums darf er sich frei bewegen. Das Verhältnis des Staates zur Wirtschaft wird vom Staate unter Berücksichtigung der Lebensbedingungen der Wirtschaft festgelegt.

Während die Planwirtschaft also auf das Können und Wollen der Persönlichkeit als selbständig treibende Kraft verzichtet, entfaltet die Konkurrenzwirtschaft diese Kräfte zu einem Kampf aller gegen alle. In der staatlich geregelten Wirtschaft dagegen werden die Energien der einzelnen Glieder der Gemeinschaft in den Dienst des Ganzen gestellt, indem ihnen in abgegrenzter, aber mit dem Willen auf das Ganze gerichteter Form ein freies Betätigungsfeld mit eigener Verantwortung belassen wird. Insofern nun die staatlich geregelte Wirtschaft die treibenden Kräfte aller wirtschaftlichen Entwicklung in den Dienst der Gemeinschaft stellt, sind die Voraussetzungen der staatlich geregelten Wirtschaft denen der Konkurrenzwirtschaft gleich. Diese Voraussetzungen haben mit der Wirtschaft insofern zu tun, als ihr Einsatz durch diese geregelt wird. Grundsätzlich ist der Einsatz in der Konkurrenzwirtschaft und in der staatlich geregelten Wirtschaft gleich. Während aber die Rechtsordnung des liberalen Staates der Wirtschaft nur „Nachtwächterdienste" leisten darf und diese als selbständiger Teil der Gesellschaft auftritt, anerkennt der nationalsozialistische Staat die Wirtschaft nur als Glied der Gemeinschaft und behält sich vor, das Eigenleben der Wirtschaft nach den Bedürfnissen des autoritären Staates abzugrenzen und einzugliedern. Die Ordnung der Wirtschaft wird dabei getragen von einer Wirtschaftsgesinnung, die ihre Kräfte nicht aus dem Eigennutz sondern aus dem Gemeinwohl schöpft.

Wir haben auf die Triebkräfte allen Wirtschaftens einerseits und der Art des Einsatzes dieser Triebkräfte (Wirtschaftsordnung) andererseits hingewiesen, weil wir untersuchen wollen, ob die Schwankungen des Wirtschaftsablaufes durch die Triebkräfte verursacht sind oder nur in der Wirtschaftsordnung begründet liegen. Liegen die Konjunkturschwankungen in der Wirtschaftsordnung begründet, so können sie durch Setzung neuer Rechtssätze ausgeschaltet werden. Sind die Schwankungen dagegen durch die Triebkräfte verursacht, so könnten sie vollständig nur durch Ausschaltung der Triebkräfte

beseitigt werden. Will man aber diese Kräfte als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung erhalten, so können die Schwankungen nicht vermieden werden, und es bleibt nur die Aufgabe, nach Mitteln zu suchen, die geeignet sind, die bereits eingetretenen Schwankungen in ihrem Anfangsstadium aufzuhalten und die mit diesen Schwankungen verbundenen Störungen der Wirtschaft zu beseitigen.

Wir legen unseren Untersuchungen eine Wirtschaft zugrunde, deren Voraussetzungen in der Anerkennung der privaten Initiative und des Leistungsprinzips einerseits und des Privateigentums andererseits begründet liegen. Diese Voraussetzungen des Wirtschaftens werden auch in der staatlich geregelten Wirtschaft anerkannt. Zunächst können wir von den ordnenden Regeln, die der Staat gesetzt hat, absehen und müssen nur nach den Ursachen der typischen Bewegungen forschen, wie sie sich aus dem Handeln der Menschen ergeben.

Wenn wir unseren Untersuchungen eine theoretische Grundlegung des Konjunkturverlaufs vorangehen lassen, so deshalb, weil wir der Meinung sind, daß jeder Versuch, durch irgendwelche Maßnahmen in den Konjunkturverlauf einzugreifen, die Gewißheit der Wirkung voraussetzen sollte. Jede Maßnahme, die nicht auf Grund der Erkenntnis eines Gesamtzusammenhanges getroffen wird, ist willkürlich. Um den Eingriff systemgerecht vorzunehmen, ist es notwendig, die richtigen Ansatzpunkte zu finden. Diese können wir aber nur mit Hilfe der Theorie gewinnen, die uns aufzeigt, wo der Störungsfaktor zum ersten Male auftritt. Haben wir diesen erkannt und ursächlich nachgewiesen, so müssen die Mittel, die zu seiner Beseitigung oder Unschädlichmachung erforderlich sind, durch Ableitung der Wirkungen des Eingriffes festgestellt werden.

Der Theorie [1]) fällt zunächst die Aufgabe zu, ein System von Gesetzen zu geben, mit deren Hilfe der Gesamtprozeß verständlich wird. Sie tut das, indem sie von der Wirklichkeit

1) Hierbei ist zu bemerken, daß grundsätzlich alles wirtschaftliche Geschehen durch menschliches Handeln und Verhalten bestimmt wird. Jede konjunkturpolitische Maßnahme ist letztlich auf die Beeinflussung eines solchen Verhaltens abgestellt, in der Weise, daß dem Verhalten entweder Grenzen gesetzt oder geöffnet werden. Der Politiker erwartet von jeder Maßnahme eine bestimmte Reaktion bei den betroffenen Menschen, die im Einzelfall sehr verschieden sein kann, aber im Durchschnitt nach dem Gesetz der großen Zahl eine gewisse Gleichförmigkeit aufweist. Die Ge-

abstrahiert und gedanklich das Modell einer Wirtschaft konstruiert, an dem der wirtschaftliche Gesamtprozeß demonstriert werden kann. Wie weit die Gesetze, die dabei gefunden werden, nachher auf die Wirklichkeit angewandt werden können, „hängt einzig und allein von dem Grade der Uebereinstimmung zwischen den Daten des Gedankenbildes und der Wirklichkeit ab“ (Preiser)[1]). Die Theorie kann und will nicht ein Spiegelbild von der Wirklichkeit geben. Dies ist nicht nur unmöglich, sondern auch unnötig, denn es genügt die Aufzeigung der typischen Erscheinungen des Wirtschaftsprozesses und ihrer Ursachen, um die Bewegungsvorgänge der Wirtschaft tendenzmäßig zu erkennen.

„Das Wesen der Theorie erschöpft sich allerdings nicht darin, daß man durch Abstraktion von der Wirklichkeit ein Gedankengebilde schafft, sondern, was die Eigenart des wissenschaftlichen Denkens ausmacht, das ist erst die Betrachtung der Interdependenz aller ökonomischen Größen“ (Preiser). Die Theorie muß zunächst den Gleichgewichtszustand darstellen, der sich einstellt, wenn kein Interesse mehr vorliegt, eine Veränderung vorzunehmen. Der Gleichgewichtsgedanke beruht auf der Vorstellung, daß die Kräfte der Wirtschaft ein System

wißheit der Gleichförmigkeit der auf eine bestimmte Handlung erfolgenden menschlichen Reaktionen erlaubt es uns, eine theoretische Aussage über den Verlauf einer bestimmten konjunkturpolitischen Maßnahme zu machen.

Das Problem, ob zwangsläufig Kausalgesetze nachweisbar sind in einer Wissenschaft, die ihren Ausgangspunkt nimmt vom menschlichen Denken, Wollen und Handeln, ist umstritten. Denkbar sind Kausalgesetze nur, wenn die Menschen auf Tatsachen der Außenwelt in bestimmter Weise reagieren. Wie wir gesehen haben, sind die Voraussetzungen des heutigen Wirtschaftens Privateigentum, Privatinitiative und Leistungsprinzip. Diese Voraussetzungen sind grundsätzlich auch maßgeblich für die Verteilung des Sozialprodukts. Sie zwingen daher jeden Wirtschafter, nach dem wirtschaftlichen Prinzip zu handeln bei Meidung einer Einbuße an Wohlfahrt. Es muß also jeder Wirtschafter bestrebt sein, mit dem geringsten Krafteinsatz den bestmöglichen Erfolg zu erzielen. Allerdings darf in der nationalsozialistischen Wirtschaft der Einsatz dieser Kräfte nicht gegen die guten Sitten verstoßen, sondern muß letztlich dem Gemeinwohl dienen.

Diese neue wirtschaftliche Grundhaltung hebt aber den Grundsatz nicht auf, daß die Wirtschafter im Rahmen der ihnen zugebilligten Erwerbsmöglichkeit mit einer gewissen Gleichförmigkeit auf wirtschaftliche Daten reagieren müssen, denn sonst würden sie ja aus dem Wirtschaftsprozeß ausgeschaltet. Diese Reaktionen führen aber nach dem Gesetz der großen Zahl zu einer Regelmäßigkeit, die die Annahme der Existenz volkswirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten rechtfertigen.

1) Preiser, Grundprobleme der Konjunkturtheorie.

sich wechselseitig bedingender Größen bilden. Beschreiben läßt sich der Gleichgewichtszustand nur, wenn man mit Hilfe einer Datenvariation demonstriert, wie sich der Gleichgewichtszustand einstellt. Haben wir die wechselseitige Verbundenheit und Abhängigkeit der einzelnen Daten voneinander festgestellt, so zeigt sich, daß die Aenderung eines Datums notwendig die Veränderung eines oder aller anderen Daten im System zur Folge haben muß, ein Prozeß, der erst zur Ruhe kommt, wenn wieder ein Gleichgewicht erreicht ist.

Für die Ableitung der Krise ergeben sich nun folgende Schwierigkeiten: Die Wirtschaftskrise als Totalstörung der Wirtschaft widerspricht dem Gedanken der Anpassung und des Gleichgewichts. Deshalb ist auch die Meinung verbreitet, die Konjunkturbewegung könne nicht aus dem System der Gleichgewichtstheorie abgeleitet werden. Andererseits legt aber doch die Tatsache, daß die zyklischen Bewegungen der Wirtschaft in regelmäßigen Zeitabständen wiederkehren, die Vermutung nahe, daß es sich bei der Krisenursache nicht um eine zufällige, den Wirtschaftsprozeß störende Erscheinung handeln kann, sondern um ein Datum, das im System der allgemeinen Theorie enthalten sein muß. Nachdem wir erkannt haben, daß der Störungsfaktor im System der allgemeinen Theorie enthalten sein muß, müssen wir die Frage stellen, welcher Faktor eine Störung verursachen kann, sodaß eine Anpassung nicht erfolgt. Nach Auffassung der Liberalisten ist bekanntlich die alleinige Voraussetzung für den störungsfreien Ablauf des Wirtschaftsprozesses das Vorhandensein der freien Konkurrenz. Das ist aber nicht einzusehen. Warum soll zum Beispiel das Vorhandensein von Monopolen an sich schon den Anpassungsprozeß verhindern? Wie jede andere Preisänderung wird auch die monopolistische Preisfestsetzung nur Verschiebungen der Nachfrage zur Folge haben. Die Tendenz zum Gleichgewicht wird aber dadurch nicht beseitigt. Wenn durch die monopolistische Preisfestsetzung das Sozialprodukt vermindert wird, so ist das eine rein soziale Angelegenheit. Die Anpassung erfolgt also, gleichgültig, ob freie oder nichtfreie Konkurrenz herrscht.

Die Anpassungsbewegung wird nur gestört, wenn die Steuerung der Wirtschaft nicht richtig funktioniert. Preiser sagt dazu, „ein reibungsloser Ablauf der Wirtschaft ist aber nur

gewährleistet, wenn erstens der Preis, der die Produktion dirigiert, die Marktlage richtig zum Ausdruck bringt, und zweitens die Wirtschaftssubjekte auf eine Senkung ihres Einkommens mit Einschränkung, auf eine Erhöhung ihres Einkommens, mit einer Ausdehnung ihres Verbrauchs reagieren. Tun sie das, so läßt sich in der Tat nicht einsehen, warum eine Totalstörung möglich sein soll. Umgekehrt, soll sie möglich sein, so kann es offenbar nur daran liegen, daß zum mindesten eine dieser Bedingungen nicht erfüllt ist. Hier sind zwei Fälle denkbar, einmal könnte es sein, daß die Marktlage in den Preisen bzw. im Gewinn — denn nach diesem richtet sich der Produzent — nicht richtig zum Ausdruck kommt..., zum andern, weil bestimmte Umstände den Produzenten verhindern, das zu tun, was ihm die Preissignale vorschreiben, und zwar könnte sich dies sowohl auf die Arbeiter in der kapitalistischen Wirtschaft, als auch auf die Produzenten beziehen".

Unsere Aufgabe ist es nun, festzustellen, unter welchen Umständen die Steuerung der Wirtschaft versagt, d. h. welche Bedingungen vorliegen, wenn die Steuerung der Wirtschaft nicht richtig funktioniert. Wenn diese Bedingungen erkannt sind, müssen die Mittel geprüft werden, die angewandt werden müssen, um eine Aenderung der Bedingungen in der Weise herbeizuführen, daß sie nicht mehr als Störungsfaktoren wirken. Die Wirkungen eines solchen Eingriffes lassen sich aber nur darstellen am Modell einer Wirtschaft, die den Systemzusammenhang aufweist, in den eingegriffen werden soll. Wie die Eingriffe aussehen müssen, um den wirtschaftspolitischen Maßnahmen den erwünschten Erfolg zu bringen, können wir erst aufzeigen, wenn wir die Ursachen der zyklischen Bewegung an Hand der theoretischen Grundlegung des Konjunkturverlaufs festgestellt haben. Wir müssen also zunächst die typische Datenkonstellation, die die Krisenursache enthält, suchen. Dazu ist eine Analyse des Konjunkturverlaufs erforderlich.

Erstes Kapitel.

Die Konjunkturtheorien.

Im folgenden wollen wir kurz die Grundzüge der wichtigsten Konjunkturtheorien darstellen und prüfen, warum es ihren Vertretern nicht gelungen ist, die zyklischen Bewegungen der Wirtschaft als notwendig zu erweisen. Bei unseren Ueberlegungen gehen wir von der Methodenfrage aus und stellen die Methode der Theorie, d. h. die Isoliermethode, der statistischen Methode gegenüber.

Die Theorie geht von einer im Gleichgewicht ruhenden Wirtschaft aus und versucht, durch Datenvariation die Krise abzuleiten. Die empirisch-statistische Methode kann den Störungsprozeß nicht exakt nachweisen, weil sie bei der Erklärung der Krise von einer Phase des Zyklus ausgeht, die selbst einer Erklärung bedarf. Während also die Theorie das störende Datum des Gleichgewichts durch Ableitung sucht und dann in die Datenkonstellation als exaktwissenschaftliches Ergebnis einfügt — wobei das System der Theorie nicht durchbrochen wird —, setzt die empirisch-statistische Methode dieses Datum voraus.

1. Die Unterakkumulationstheorie (Spiethoff).

Nach den vorangegangenen Bemerkungen könnten wir auf die Darstellung derjenigen Theorien, die empirisch-statistisch arbeiten, verzichten. Da aber die von Spiethoff vertretene Unterakkumulationstheorie zu empirisch wertvollen Ergebnissen kommt, die, wie wir sehen werden, unsere Erkenntnisse erhärten, wollen wir diese Theorie in ihren Grundzügen vortragen.

Der Spiethoffschen Theorie liegt folgender durch statistisches Material unterbauter Gedankengang zugrunde: Der Konjunkturaufschwung erfaßt nicht alle Wirtschaftszweige gleichmäßig, sondern die Produktion der mittelbaren Verbrauchsgüter nimmt rascher zu als die der unmittelbaren Verbrauchs-

güter. Während des Aufschwungs nimmt die Nachfrage nach Erzeugungsgütern ungeheuer zu, und deren Herstellung ruft eine dauernd sich vergrößernde Produktion mittelbarer Verbrauchsgüter hervor.

Zu Beginn des Aufschwungs übersteigt die Nachfrage nach mittelbaren Verbrauchsgütern das Angebot, doch gegen Ende desselben tritt ein Umschwung ein, und das Angebot an mittelbaren Verbrauchsgütern übersteigt die Nachfrage. Da das dann vorhandene Kapital zum Kauf der vorhandenen Güter nicht ausreicht, können diese nicht mehr alle abgesetzt werden. Dieser Kapitalmangel, der gegen Ende des Aufschwungs auftritt, kann auch nicht durch zusätzliches Geld behoben werden. (Spiethoff denkt wohl daran, daß nicht kurzfristiges, sondern langfristiges Geld erforderlich ist, um die Anlagen zu kaufen.) Nach seiner Meinung sind an dieser Entwicklung die verwickelten Kapitalverhältnisse schuld, „denn die Bildung des Kapitals erfolgt ohne Zusammenhang mit der Erzeugung der mittelbaren Verbrauchsgüter", und die mittelbaren Verbrauchsgüter werden hervorgebracht, ohne daß der Unternehmer „Genaueres über Kapitalbildung und Neigung zu Kapitalanlagen weiß". Dies ist auf die mangelnde Marktordnung und auf die mangelnde Regelung des Finanzwesens zurückzuführen.

An anderer Stelle stellt Spiethoff zur Erklärung des Umschwungs (Krise) den Kapitalmangel in den Vordergrund und sagt, daß die Ursache desselben Lohnerhöhungen und der Bau von unrentablen Anlagen sein können. Der Einwand Preisers, daß Spiethoff ja selbst bis gegen Ende des Aufschwungs den Gewinn steigen lasse, und da die Kapitalbildung aus Gewinn erfolge, die Annahme einer Minderung der Kapitalbildung im Hochschwung unverständlich sei, wäre richtig, wenn Spiethoff nicht selbst plausibel die Ursachen der Minderung der Kapitalbildung (Lohnerhöhungen, unrentable Anlagen) aufzeigen würde. Unserer Ansicht nach sieht Spiethoff den Kapitalmangel weniger als eine Folge des Rückganges der Kapitalbildung an, als vielmehr als eine Folge der bereits erwähnten „Verhältnislosigkeit" der Produktion. Der Kapitalmangel macht sich ja nur bemerkbar durch das Ueberangebot an Gütern des mittelbaren Verbrauchs. Dies bedeutet aber nichts anderes, als daß die Kapitalbildung in der Verbrauchsgütersphäre nicht Schritt halten kann mit der Erzeugung von Produktions-

gütern. Diese Diskrepanz könnte auch nicht beseitigt werden, wenn die Kapitalbildung gegen Ende des Aufschwungs nicht zurückgehen würde. — Hier stimmen wir Preisers Einwand zu, der besagt, daß die Minderung der Kapitalbildung nur eine Aenderung der Verteilung der Einkommen zur Folge habe, was sich in einer Nachfrageverschiebung von der Produktions- in die Konsumgütersphäre bemerkbar mache. Eine solche Aenderung der Nachfrage könne wohl die angebahnte disproportionale Entwicklung hemmen, nicht ohne weiteres aber die bereits vorhandene Diskrepanz zwischen den beiden Erzeugungssphären ausgleichen.

Spiethoff hat wohl den Kapitalmangel bei der Erklärung der Krise in den Vordergrund gerückt. Seine Ausführungen über die Entwicklung des Aufschwungs legen aber ohne weiteres die Vermutung nahe, daß bei ihm der Kapitalmangel nur die auslösende Ursache ist. Die tiefere und eigentliche Ursache des Rückschlags aber liegt auch bei ihm in der „Verhältnislosigkeit" der Produktion. Wenn Spiethoff an anderer Stelle die Ursache der Ueberzeugung mit der mangelhaften Ordnung des Marktes und des Finanzwesens, d. h. mit der mangelnden Uebersicht über die Produktion begründet, so wenden wir dagegen ein, daß mangelnde Uebersicht über die Produktion nicht denknotwendig gerade eine Ueberzeugung in der Produktionsgütersphäre regelmäßig nach sich ziehen muß. Diese ist genau so auch in der Konsumgütersphäre denkbar. Wir kommen daher zu dem Schluß, daß Spiethoff wohl die disproportionale Entwicklung festgestellt hat, aber nicht deren eigentliche Ursachen erkannte. Deshalb konnte er auch nicht die Notwendigkeit des Rückschlags theoretisch erweisen.

2. Die monetären Theorien.

Im Zusammenhang mit der Erkenntnis der Bedeutung der Kreditsphäre für den Verlauf des Wirtschaftsprozesses hat eine Gruppe von Theoretikern Gehör gefunden, die man als die monetäre bezeichnet, weil sie auf der Geldseite die Ursachen der Krise zu erkennen glaubt. Wir haben uns mit dieser Gruppe auseinanderzusetzen einmal, weil sie denselben Weg geht, den wir für alle wirtschaftswissenschaftliche Forschung als allein gangbar erklärt haben, zum andern, weil sie den An-

spruch erhebt, die Krisenursache allein festgestellt zu haben [1]).

Mit den Vertretern dieser Gruppe, deren Untersuchungen sich mehr auf geldtheoretischem Gebiet bewegen [2]), wollen wir uns nicht weiter beschäftigen. Mehr Beachtung verdienen die Zirkulationstheoretiker, die methodisch einen sehr geschickten Weg gehen [3]). Sie gehen von einer im Gleichgewicht ruhenden Wirtschaft aus. Dieses Gleichgewicht wird gestört durch das Bestreben der Banken, ihre Kreditschöpfungsmacht auszunützen, um Kredite über ihre Einlagen hinaus zu gewähren. Dadurch wird das gesamte zur Verfügung stehende Kreditangebot erhöht, mit der Wirkung, daß der Leihzins sinkt. Die Produktionskosten gehen um den Betrag zurück, um den der Zins gesunken ist. Nun werden Produktionen rentabel, die bei dem früheren Zinssatz nicht in Angriff genommen werden konnten. Deshalb wird unter sonst gleich bleibenden Umständen nun die Nachfrage nach Kredit steigen. Es kommt mehr Kaufkraft in Zirkulation. Deren Verwendung für Investitionen verursacht Verschiebungen im Produktionsaufbau, wodurch das Gleichgewicht gestört wird.

Dieser Prozeß geht folgendermaßen vor sich. Wenn die Produzenten den billiger gewordenen Kredit nehmen, um zu investieren, so werden sie in der Folge auf dem Markt als Käufer auftreten und einen Konsumverzicht erzwingen; denn jede Geldeinheit, gleichgültig wie sie erworben und in Verkehr gebracht wird, hat einen Anspruch auf einen ihr entsprechenden Teil des Sozialprodukts. Wenn nun die Kreditnehmer Produktionsgüter nachfragen, veranlassen sie eine Umschichtung des Gesamtgefüges der Wirtschaft in folgender Weise: Durch die steigende Nachfrage nach Produktionsgütern erhöhen sich die Gewinne der Produzenten in der Produktionsgütersphäre. Die Produzenten sehen sich daher veranlaßt, ihre eigenen Anlagen auszudehnen, um der wachsenden Nachfrage nachkommen zu können. Da wir vollbeschäftigte Wirtschaft und Vollausnützung des Produktionsapparates voraussetzen, können die zur Ausdehnung des Produktionsapparates erforderlichen Arbeiter nur durch Anbieten höherer Löhne gewonnen,

1) Mises. Geldwertstabilisiruung und Konjunkturpolitik

2) Fischer, Die Kaufkraft des Geldes.

3) Mises, Theorie des Geldes und der Umlaufmittel,
Hayek, Geldtheorie und Konjunkturtheorie,
Hayek, Preise und Produktion.

d. h. zur Abwanderung aus der Konsumgütersphäre bewegt werden.

Nach dieser Umschichtung der Arbeiter wird nach der ersten Lohnperiode die Lohnsumme um den Betrag erhöht sein, der notwendig war, um die Abwanderung aus der Konsumgütersphäre in die Produktionsgütersphäre zu bewirken. Dieser gesteigerten kaufkräftigen Nachfrage steht, sobald die Vorräte aufgebraucht sind, ein veringertes Angebot an Konsumgütern gegenüber, weil ja in der Konsumgütersphäre weniger Arbeiter beschäftigt sind. Nun werden auch die Preise der Konsumgüter und damit die Gewinne dieser Produzenten steigen. In der Folge werden die Arbeiter wieder von der Produktionsgütersphäre durch Anbieten höherer Löhne zurückgeholt. Diese Pendelbewegung wird sich bei zusätzlicher Kreditschöpfung dauernd wiederholen, sodaß es zu einem eigentlichen Aufschwung in der Wirtschaft nicht kommen kann.

Nun haben die monetären Theoretiker nie so scharf zwischen Erweiterungs- und Verbesserungsinvestitionen getrennt, sondern in der Regel, wenn es sich um Neuinvestitionen handelte, an Verbesserungsinvestitionen gedacht (besonders deutlich bei Hayek). Damit haben aber die monetären Theoretiker die monetäre Sphäre verlassen und haben einen zweiten, aber entscheidenden Faktor, zur Erklärung der Krise herangezogen. Dieser ist nach unserer Auffassung, wie wir später noch sehen werden, deshalb entscheidend, weil die Verbesserung der Produktionsmethode regelmäßig die Freisetzung von Arbeitern zur Folge hat. Sofern nun im Verlauf der Kreditschöpfung infolge der steigenden Preise in der Produktionsgütersphäre ein Bedarf an Arbeitern auftritt, kann dieser Bedarf nur durch Abwanderung aus der Konsumgütersphäre gedeckt werden. Tritt nun der durch diese Umschichtung hervorgerufene Bedarf an Arbeitskräften in der Konsumgütersphäre vor Beendigung der Verbesserungsinvestition in der Produktionsgütersphäre auf, so können die Arbeiter nur durch Bezahlung höherer Löhne zurückgeholt werden. Tritt dagegen der Bedarf an Arbeitskräften in der Konsumgütersphäre erst auf, wenn die Verbesserungsinvestition in der Produktionsgütersphäre beendigt ist, so können die durch die Verbesserung freigesetzten Arbeiter ohne Lohnerhöhung in die Konsumgütersphäre geholt werden. Während des Aufschwungs wird aber der Bedarf an Arbeits-

kräften in der Konsum- und Produktionsgütersphäre nicht so hintereinander auftreten wie wir eben aufzeigten, sodaß es notwendig zu einer Lohnsteigerung in der Gesamtwirtschaft kommt. Die Mittel dazu müssen im Wege der Kreditschöpfung geschaffen werden. Der durch die Kreditschöpfung verursachten Preissteigerung folgt nun rasch eine Lohnsteigerung. Theoretisch kann man sich den Prozeß so denken, daß in der Produktionsgütersphäre die Lohnsteigerungen denen in der Konsumgütersphäre vorangehen, weil ja die Produktionsgüterproduzenten bestrebt sind, ihre begonnen Investitionen zu Ende zu führen. Die Preissteigerung in der Konsumgütersphäre wird im Verlauf dieses Prozesses immer rascher als die in der Produktionsgütersphäre fortschreiten, sodaß das Zurückhalten der Arbeitskräfte in der Produktionsgütersphäre immer größere Schwierigkeiten macht.

Da bereits nach der ersten Verbesserungsperiode Arbeiter freigesetzt werden, bleibt im weiteren Aufschwung die Lohnsteigerung hinter der Preissteigerung zurück. Dies übt eine bremsende Wirkung auf die Kreditschöpfung aus, und doch kann ein von Verbesserungsinvestitionen begleiteter Aufschwung solange anhalten, wie die Kreditschöpfung währt. Denknotwendig braucht also kein Rückschlag einzutreten. Da aber bisher immer wieder mit einem solchen gerechnet werden mußte, haben die monetären Theoretiker zur Erklärung desselben, ohne sich dessen bewußt zu sein, einen nicht als notwendig ableitbaren Faktor herangezogen, indem sie sagen, die Banken müßten aus Liquiditätsgründen die Kreditgewährung abbrechen, bevor alle in Angriff genommenen Investitionen beendet sind; damit setzen sie gesetzliche Schranken (Wirtschaftsordnung) als Störungsfaktor ein. Theoretisch ist aber nicht einzusehen, warum die Banken eine begonnene Kreditschöpfung nicht weiterführen können, denn die bestehenden gesetzlichen Schranken können ja beseitigt werden.

Aber auch unter der Annahme, die Kreditschöpfungsmacht der Banken wäre nicht beschränkt, können die monetären Theoretiker die Ursache der Krise nicht erklären.

3. Die Unterkonsumtionstheorie[1]).

Von den verschiedenen Konjunkturtheorien hat die Unterkonsumtionstheorie besondere Beachtung gefunden. Der Grundgedanke dieser Theorie ist, daß während des Aufschwungs die Löhne nicht so rasch steigen wie die Preise, sodaß es notwendig zu einem Unterverbrauch kommen muß. Der Anteil des Konsumeinkommens am Gesamteinkommen wird vermindert, der Spargrad erhöht und die Akkumulation beschleunigt. Auf diese Weise kommt es zu einer Ueberproduktion, die in der Produktionsgütersphäre besonders stark bemerkbar wird. Diese Entwicklung wird nicht auf mangelnde Uebersicht über die Marktlage oder schlechte Disposition zurückgeführt, sondern als notwendige Folge des Nachhinkens der Löhne hinter den Preisen hingestellt.

Die Unterkonsumtionstheorie kommt mit dieser Feststellung der Ueberakkumulationstheorie sehr nahe. Es hätte nur noch eines weiteren Schrittes bedurft, um zu dem Ergebnis zu kommen, daß das Nachhinken der Löhne hinter den Preisen notwendig bedingt ist durch die Beschäftigungslage, — und nicht durch die Trägheit der Anpassungsbewegungen. Die zu Beginn des Aufschwungs vorhandenen unbeschäftigten Arbeiter üben einen Druck auf die Löhne aus, wodurch den Produzenten Sondergewinne zufließen. Werden nun diese Sondergewinne nicht konsumiert, sondern, was den Regeln der Wirtschaftsordnung mehr entspricht, investiert, so haben wir den Fall des heteronomen Sparens, das nach der Preiserschen Konjunkturtheorie die Fehlsteuerung der Wirtschaft verursacht.

Die Unterkonsumtionstheoretiker können mit der Erklärung, daß durch das Nachhinken der Löhne hinter den Preisen zuviel Sparkapital gebildet und damit zuviel investiert werde, den Rückschlag deshalb nicht denknotwendig erweisen, weil doch nicht das Sparen an sich schon Anlaß zur Fehlsteuerung der Wirtschaft Anlaß gibt. Träfe dies zu, so müßte jede Art des Sparens zur Krise führen. Nach dieser Theorie wäre eine Ausschaltung der zyklischen Bewegungen des Wirtschaftsprozesses nur möglich, wenn überhaupt keine Spargelder investiert würden. Aber nicht das Sparen an sich, sondern nur eine besondere, durch

1) J. A. Hobson, W. T. Foster, W. Catchings (E. Lederer).

die Konstitution der Wirtschaft bedingte Art desselben führt zum Rückschlag.

Zusammenfassung.

Die vorangegangenen Darstellungen zeigen eine auffallende Uebereinstimmung der Symptome des Konjunkturverlaufs bei den Unterkonsumtions- und Unterakkumulationstheoretikern. Bei den Unterkonsumtionstheoretikern ist zum Beispiel das Nachhinken der Löhne, anders ausgedrückt, das Zurückbleiben des Konsums hinter der Erzeugung, Ursache der Ueberproduktion, die faktisch als eine Diskrepanz zwischen der Produktions- und Konsumgütersphäre in Erscheinung tritt. Bei Spiethoff wird dagegen der Rückschlag einmal durch die Entwicklung zur „Verhältnislosigkeit" in der Produktion und an anderer Stelle durch den Kapitalmangel verursacht. Genau gesehen ist bei den Unterkonsumtionstheoretikern die Sparquote zu Beginn des Aufschwungs zu hoch und bei den Unterakkumulationstheoretikern gegen Ende des Aufschwungs zu klein. Spiethoff hätte seine beiden Symptome, den Kapitalmangel mit der von ihm erkannten „Verhältnislosigkeit" der Produktion in Verbindung bringen müssen, dann wäre er der Erklärung der Krisenursache nähergekommen. Die Unterkonsumtionstheoretiker haben nicht erkannt, daß Sparen an sich keinen Störungsfaktor im Sinne einer Krise auslöst, sondern nur ein bestimmte Art des Sparens, das „heteronome Sparen".

Die Schwierigkeiten lösen sich erst mit der Erkenntnis, daß die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft das Voraneilen der Akkumulation vor dem Konsum zwangsläufig dann bedingen, wenn die Akkumulation nicht auf Grund autonomen, sondern auf Grund heteronomen Sparens erfolgt. Davon werden wir noch zu handeln haben.

4. Die Ueberakkumulationstheorie (Preiser).

Preiser legt seinen Untersuchungen eine kapitalistische Wirtschaftsordnung zugrunde, in der es zwei Hauptarten von Einkommen gibt: Kapitalprofit und Arbeitseinkommen. Der erstere fließt den Besitzern von Produktionsmitteln zu und das zweite allen denen, die gegen Entgelt Arbeit leisten.

a) Autonomes Sparen und Investieren.

Bei gegebenem Sozialeinkommen ist der Akkumulationsgrad von der Verwendung der Einkommen abhängig. Wird ein Teil des Einkommens nicht konsumiert sondern gespart, so verzichten Einkommensbezieher freiwillig auf einen Teil ihres sonst möglichen Konsums. Es handelt sich hier also um einen freiwilligen Konsumverzicht oder nach der Preiserschen Terminologie um „autonomes Sparen".

Es ist nicht anzunehmen, daß bei einer bestimmten Einkommensverteilung in einer Wirtschaftsgesellschaft der Grad des autonomen Sparens sich wesentlich ändert. Kommt es aber tatsächlich zu einer anderen Einkommensverwendung nicht im Sinne einer Aenderung der Nachfrage nach Konsumgütern, auch nicht zum Zwecke des Hortens, so kann der Spargrad steigen. Die Ersparnisse wandern auf den Kapitalmarkt und werden von dort in die rentabelsten Verwendungszweige der Wirtschaft geleitet. Dafür, daß diese auch wirklich gefunden werden, sorgt schon die „Konkurrenz unter den Kreditnehmern". Entscheidend bei der Auswahl der Investitionen ist die jeweilige Marktlage. Dabei wird größte Vorsicht geübt, weil ja nicht nur an die Zinszahlung, sondern auch an die Rückzahlung des Kapitals gedacht werden muß. Durch vorsichtige Disposition will der Kreditnehmer die Tuchfühlung mit dem letzten Konsum nicht verlieren.

Beim autonomen Sparen kann kein allgemeiner Drang zur Ausdehnung der Anlagen entstehen, weil ja die Gewinne nicht allgemein steigen, sondern nur in den Branchen überdurchschnittlich sind, in denen das Angebot die Nachfrage nicht befriedigen kann. Es werden also nur Investitionen gemacht, wenn sie sowohl privatwirtschaftlich als auch volkswirtschaftlich durch die Marktlage gerechtfertigt erscheinen. Selbst ein relativ billiger Kredit genügt nicht, um Neuinvestitionen anzuregen, erst wenn diese durch die Gewinnlage geboten erscheinen, werden sie gemacht. Preiser sagt S. 81: „Die Konkurrenz unter den Kapitalsuchenden sorgt dafür, daß nur die Investitionspläne verwirklicht werden, die nach Kostenlage und Absatzmöglichkeit die besten Chancen haben. Nur der wird zum Zug kommen können und nur der wird überhaupt investieren wollen, der mit einem sicheren Erfolg rechnet."

b) Heteronomes Sparen und Investieren.

Zur Erklärung des Begriffs „heteronomes Sparen" nimmt Preiser an, die im Gleichgewicht ruhende Wirtschaft werde gestört durch einen außerordentlichen Zustrom von Arbeitskräften, die von außerhalb des industriellen Sektors kommen. Diese üben einen Druck auf den Lohn aus, und zwar nicht nur auf den Lohn der Neuhinzugekommenen, sondern auch auf den Lohn der bereits beschäftigten Arbeiter. In der Folge fließen den Produzenten Sondergewinne zu. Wenn diese Gewinne nicht konsumiert, sondern gespart werden, so nennt dies Preiser „heteronomes Sparen", weil der Spargrad nicht erhöht wird auf Grund einer anderen Einkommensverwendung, sondern auf Grund einer anderen Einkommensverteilung.

Würde der Produzent diesen Sondergewinn für Konsumzwecke verwenden und in derselben Richtung nachfragen, in der der vorherige Einkommensbezieher nachgefragt hat, so würde sich am Produktionsaufbau nichts ändern. Würde er Luxusgüter nachfragen, so käme es zu Nachfrageverschiebungen, die grundsätzlich nicht anders zu beurteilen sind, als irgendwelche anderen Nachfrageverschiebungen, denen Anpassungsbewegungen folgen. Anders verläuft der Prozeß, wenn der Sondergewinnbezieher anstatt Konsumgüter Produktionsgüter nachfragt. In diesem Falle tritt eine verstärkte Nachfrage nach Produktionsgütern auf, die sich von einer solchen mit autonomen Spargeldern getätigten Nachfrage schon deshalb unterscheidet, weil sie auf Grund einer „ruckartigen Steigerung des Spargrades" erfolgt. Dadurch wächst die Gefahr objektiver Irrtümer. Denn bei einer Steigerung des Spargrads nimmt gewöhnlich der Akkumulationsgrad zu und die „Wahrscheinlichkeit privatwirtschaftlicher Verluste und Verschiebungen ist groß".

Aber nicht wegen der Gefahr subjektiver Irrtümer erlangt die Lohnsenkung für den Akkumulationsprozeß so große Bedeutung, sondern dadurch, daß sie zu einer allgemeinen Steigerung der Gewinne führt und diese Gewinne investiert werden. Die Produzenten müssen annehmen, daß ihnen diese Gewinne auf Grund realer Angebots- und Nachfrageverhältnisse zufließen, d. h., daß die Nachfrage sich im Verhältnis zum Angebot verbessert hat. „Dies gilt allerdings nur bedingt für die Konsumgüterindustrie, aber uneingeschränkt für die Produktions-

gütererzeugung. Hier steigen die Gewinne nicht nur solange und soweit, als die mit jedem Sparen verknüpfte Verschiebung von der Konsum- zu der Produktionsgütersphäre erfordert, sondern auch und vor allem wegen der allgemeinen und auch nach erfolgter Umstellung anhaltenden Senkung der Löhne" (S. 82). Die durch die Zuwanderung der Arbeiter bedingte Beschleunigung der Erweiterung der Anlagen hält noch an, wenn die zugewanderten Arbeiter bereits mit Arbeitsmitteln versehen sind. Die Lohnsenkung kann der Unternehmer schon deshalb nicht merken, weil sie sich im allgemeinen nicht als absoluter Rückgang, sondern als „lag" der Löhne äußert.

Fragen die Produzenten mit ihren Gewinnen Produktionsgüter nach, so steigen die Preise derselben rasch, und da die vorhandenen Anlagen zur Erzeugung der jetzt mehr nachgefragten Produktionsgüter nicht ausreichen, müssen erst neue Anlagen errichtet werden. Dadurch entsteht eine Nachfrage in der Produktionsgütersphäre „in sich". Im Verlauf dieses Prozesses werden Investitionen gemacht, die nicht den ganzen Produktionsapparat durchdringen, sondern vorzüglich die Produktionsgüterindustrie ausdehnen, weil dort die Gewinne infolge der eben geschilderten eigenartigen Nachfrage am höchsten sind. „Das Ergebnis des Prozesses ist eine Vergrößerung der Kapazität, vor allem in der Produktionsgütersphäre, die früher oder später notwendig zu einem Rückschlag führen muß" (S. 82). Preiser sagt dazu noch weiter, „wie man sieht, versagt beim heteronomen Sparen die Steuerung, die beim autonomen Sparen die Akkumulation lenkt". Eine sorgfältige Auswahl der Investitionen, wie beim autonomen Sparen, ist deshalb nicht möglich, weil die Mittel dazu nicht „aufgenommen werden, sondern dem Produzenten automatisch zufließen". Der Zins als Regulator der Investitionen ist beim heteronomen Sparen ausgeschaltet und deshalb kommt es zu einer Fehlsteuerung. Die Fehlsteuerung könnte nur dann verhindert werden, „wenn die durch das heteronome Sparen dem Konsum entzogenen Mittel unter denselben Gesichtspunkten investiert werden, die man beim autonomen Sparen anwendet."

Zweites Kapitel.

Kritik und Ergänzung der Akkumulationstheorie

Die Analyse des Akkumulationsprozesses, wie er auf Grund heteronomen Sparens verläuft, offenbart das Bild einer Datenkonstellation, bei welcher die Steuerung der Wirtschaft versagt. Preisers Versuch einer Synthese der Ergebnisse bisheriger methodischer und konjunkturtheoretischer Forschung hat zu einer geschlossenen Theorie eigener Prägung geführt. Wir haben bereits dargestellt, wie die Ueberakkumulationstheorie den Rückschlag theoretisch vom heteronomen Sparen ableitet. Ist nun mit dem Nachweis derjenigen Datenkonstellation, die allein Ursache der zu erklärenden Diskrepanz zwischen der Konsum- und Produktionsgütersphäre sein kann, die Aufgabe der Konjunkturtheorie gelöst? Zweifellos sind die Bewegungen der Wirtschaft durch die Ausgangskonstellation wesentlich bedingt. Hätte aber Preiser das Modell einer Wirtschaft mit der Ausgangskonstellation, die zur Krise führt, nur gedanklich konstruiert, so wäre die Erkenntnis, daß heteronomes Sparen zur Krise führt, für die angewandte Theorie irrelevant. Es muß also der Nachweis erbracht werden, daß nicht nur in der „dünnen Luft der Abstraktionen", sondern auch in der zu untersuchenden Wirtschaft die Erscheinung des heteronomen Sparens abgeleitet werden kann. Erst dann können und dürfen wir das heteronome Sparen als Krisenursache bezeichnen. Ist die entscheidende Ursache der zyklischen Bewegungen der Wirtschaft erkannt, so müssen auch noch die Kräfte, die eine solche die Krise involvierende Datenkonstellation herbeiführen, erforscht werden.

1. Die Ursachen der sinkenden Lohnquote.

a) Zuwanderung von Arbeitskräften.

Bekanntlich nimmt Preiser an, eine im Gleichgewicht ruhende Wirtschaft werde gestört durch die Zuwanderung von Arbeits-

kräften aus dem agrarischen in den industriellen Sektor der Wirtschaft. In der Folge kommt es nach ihm zu einem erhöhten Angebot von Arbeitskräften, das unter sonst gleichbleibenden Umständen den Lohn drückt und den Produzenten Sondergewinne bringt. Da auf Grund des Lohndrucks nicht nur einzelne Produzenten, sondern alle Produzenten Sondergewinne machen, wird auch für alle Produzenten die Marktlage verfälscht, denn eine Steigerung der Gewinne wird in der Regel als Zeichen gesteigerter Nachfrage verstanden. In diesem Falle ist aber die Gewinnsteigerung nicht eine Folge erhöhter Nachfrage, weshalb Erweiterungsinvestitionen und unter Umständen, wie wir gleich sehen werden, Verbesserungsinvestitionen jene Entwicklung einleiten, die den Ausgangspunkt der Krise bildet.

b) Der technische Fortschritt.

Preiser erwähnt keine andere als die eben skizzierte Krisendatenkonstellation. Dabei ist ihm die Ableitung des ersten Zyklus einwandfrei gelungen. Durch seine berechtigte und erwiesene Annahme, daß diese Datenkonstellation, wenn sie einmal geschaffen ist, sich automatisch reproduziere, brauchte er auch den Nachweis nicht erbringen, daß die Arbeitskräfte periodisch zuströmen und so die Datenkonstellation immer wieder aufs neue herbeiführen. Wenn der erste Aufschwung in einer Spannung zwischen Produktions- und Konsumgütersphäre ausmündet, so kann diese Spannung nur beseitigt werden durch Abbruch des Aufschwungs. Im Verlauf dieses Prozesses kommt es zur Entlassung von Arbeitern, wodurch die Arbeitsreserven entstehen, die erforderlich sind, um einen Neuaufschwung vorzubereiten. Beachtlich ist, daß diese Arbeitsreserven in der Depression nicht mehr auf den Lohn drücken, weil dieser bereits schon seinen Tiefpunkt erreicht hat. Da die Gewinnquelle aus dem Lohndruck in der Depression unbedeutend ist, kann offenbar der Antrieb zu einem neuen Aufschwung nur von außen kommen. Danach scheint es keine Möglichkeit zu geben, den ersten und auch die folgenden Aufschwünge aus dem geschlossenen System zu erklären. Deshalb zieht Preiser zur Erklärung des Wiederaufschwungs exogene Faktoren heran und nennt hier hauptsächlich die Erschließung akapitalistischen Raumes sowie den zusätzlichen Export. Aufschwungskräfte liefern nach ihm

auch langfristige inländische Investitionen, die in der Depression wegen der relativ billigen Zinzsätze rentabel erscheinen.

Wie wir gesehen haben, können die monetären Theoretiker den Aufschwung auch nicht aus dem System selbst erklären. Wie steht es aber mit dem technischen Fortschritt? Preiser bagatellisiert ihn zweifellos, wenn er sagt, daß der technische Fortschritt für die Erklärung der Krise nicht von entscheidender Bedeutung sei (S. 6). Und an anderem Ort (S. 121) sagt er: „Für die theoretische Ableitung des Zyklus kann der technische Fortschritt überhaupt nicht herangezogen werden, weil nicht der Nachweis erbracht werden kann, daß er stoßweise und gehäuft im Gesamtbereich der Wirtschaft auftritt." Beim Nachweis eines massierten Auftretens des technischen Fortschritts würde also auch Preiser die Möglichkeit der Erklärung des Zyklus mit Hilfe des technischen Fortschrittes zugeben. Die Annahme, daß der technische Fortschritt notwendig periodisch stoßweise und gehäuft im Gesamtbereich der Wirtschaft auftritt, ist allerdings ebensowenig berechtigt wie die Schumpetersche These, nach der die Konjunkturbewegungen durch das periodische Auftreten des „schöpferischen Unternehmers" verursacht werden. Letzterer Nachweis ist nicht zu erbringen. Nach Preisers eigener Auffassung aber auch gar nicht notwendig, denn es braucht ja nur der erste Aufschwung erklärt zu werden. Nach ihm reproduziert sich ja die Datenkonstellation, von der die Krise abgeleitet werden kann, immer wieder von selbst. Deshalb brauchen wir den technischen Fortschritt auch gar nicht als periodisch auftretend nachweisen. Es genügt der Nachweis eines einmaligen massierten Auftretens. Entscheidend ist, daß dabei viele Arbeiter freigesetzt werden, die genau so auf den Lohn drücken wie die von Preiser angeführten zugewanderten Arbeiter.

Bevor wir dieser Frage weiter nachgehen, müssen wir uns kurz das Wesen des technischen Fortschritts verständlich machen. Dabei wollen wir weniger auf die Zusammenhänge zwischen Sparen und technischem Fortschritt eingehen, als auf die Wirkung, die dieser auf die Beschäftigungsmöglichkeit von Arbeitern ausübt. Unter Technik verstehen wir ein bestimmtes Verfahren im Vollzug einer Handlung, unter Fortschritt die Aenderung dieses Verfahrens, durch welchen die Effizienz der Handlung gesteigert wird. Wenn wir also vom technischen Fortschritt reden, so müssen wir von einem bestimmten Ver-

fahren ausgehen. Der technische Fortschritt als Verbesserung dieses Verfahrens hat zur Folge, daß bei gleichbleibendem Ertrag die Kosten verringert werden. Wenn daher im Verlaufe der Durchführung von Verbesserungen in der Produktionsmethode Arbeitskosten gespart werden, so bedeutet das nichts anderes, als daß zur Erzeugung weniger Arbeiter erforderlich sind, oder anders ausgedrückt, daß irgendwo Arbeiter im Produktionsprozeß nicht mehr notwendig sind. Für die Beurteilung des technischen Fortschritts als arbeitsparender Faktor haben zwei Erscheinungen große Bedeutung: Einmal der Umfang der von den Verbesserungsinvestitionen erfaßten Produktionsumwege, zum andern das Tempo der Durchführung der neuen Produktionsmethoden. Treffen beide Erscheinungen zusammen, so muß es notwendig zu einer starken Verschiebung bzw. Umschichtung innerhalb des Produktionsaufbaues kommen. Im Verlauf dieses Prozesses werden Arbeiter freigesetzt.

Wenn durch den technischen Fortschritt Arbeiter freigesetzt werden, ohne daß diese Arbeiter sofort wieder eingereiht werden können — diese unmittelbare Wiedereinstellung wird nie möglich sein —, so muß er auch zur Erklärung der Krise herangezogen werden können. Solange die Freisetzung nur bescheidenen Umfang annimmt, werden die damit verbundenen Störungen unbedeutend sein. Der technische Fortschritt kann daher eine Totalstörung nur herbeiführen, wenn gleichzeitig große Massen von Arbeitern freigesetzt werden. Nur in diesem Falle wird jener Druck auf die Löhne einsetzen, der erforderlich ist, daß eine ruckartige Steigerung der Sparquote zustandekommt. Wir können also den technischen Fortschritt nur dann zur Erklärung der Krise heranziehen, wenn es uns gelingt, den Nachweis einer massiert aufgetretenen Freisetzung von Arbeitskräften zu erbringen. In diesem Zusammenhang möchten wir noch auf folgendes hinweisen. Man darf sich den Prozeß der Freisetzung nicht einfach so denken, als wäre die Durchführung jeder Verbesserungsinvestition Ursache einer absoluten Freisetzung von Arbeitern. Dies trifft deshalb nicht zu, weil ja Verbesserungsinvestitionen in der Regel Anlaß zu weiteren Investitionen geben. Denn die Verbesserungsinvestitionen haben in der Regel eine Kostensenkung und damit eine Gewinnsteigerung zur Folge, und beide Erscheinungen bewirken, daß alle Produzenten bestrebt sind, ihre Betriebsausstattung auf den

Stand der Technik zu bringen, der es ihnen ermöglicht, im Konkurrenzkampf zu bestehen. Die kontinuierlich steigenden Gewinne ermöglichen es und ermuntern dazu, die freigesetzten Arbeiter immer wieder in den Produktionsprozeß einzugliedern. Praktisch wirkt sich das so aus, daß die Produzenten ihre Gewinne in ihren eigenen Betrieben investieren, sodaß die im Betriebe freigesetzten Arbeiter weiterhin, allerdings unter ganz anderen Umständen, beschäftigt werden können. Während des Aufschwungs kommt es also meist gar nicht zu einer tatsächlichen Freisetzung von Arbeitern, sondern nur zu einer Umschichtung für Zwecke der Erweiterung des Produktionsapparates. So verbessert der Produzent ununterbrochen seinen Produktionsapparat und die Bedingungen des sich verschärfenden Konkurrenzkampfes, die Arbeiter freisetzen, sorgen auch wieder für ihre Eingliederung. Die zunehmende Gewinnsteigerung während des Aufschwungs ermöglicht nicht nur die Weiterbeschäftigung der durch die Verbesserungsinvestitionen freigesetzten Arbeiter, sondern auch die Wiedereingliederung von aus der Krise noch vorhandenen „Arbeitsreserven".

Wir haben auf den Prozeß der Wiedereingliederung während des normalen Aufschwungs hingewiesen, um dem Vorwurf zu entgehen, wir wären der Meinung, die Rationalisierungswellen setzen dauernd mehr Arbeiter frei, als von der Wirtschaft aufgenommen werden können. Die Wirtschaft kann erst dann keine Arbeiter mehr aufnehmen, wenn gegen Ende des Aufschwungs die Krisenerscheinungen so stark auftreten, daß es zu Arbeiterentlassungen kommt. Es wäre falsch, zu glauben, durch die kontinuierliche Wiedereingliederung der freigesetzten Arbeiter während des Aufschwungs könne der Lohndruck verschwinden, denn der Technisierungsprozeß muß wegen der dauernden Reproduktion der „Arbeitsreserven" auch im Falle der Wiedereingliederung der Arbeitskräfte einen Lohndruck herbeiführen, weil ja die Wiedereingliederung erst nachträglich erfolgen kann.

Wir haben in kurzen Zügen den Prozeß der Verbesserungsinvestitionen geschildert, um den technischen Fortschritt als einen Faktor zu kennzeichnen, der die Krisenursache herbeiführen kann. Die Schilderung des Prozesses offenbart allerdings noch nicht jene gewaltige Freisetzung von Arbeitskräften, die erforderlich ist, um den ersten Zyklus zu erklären. Diese kann allerdings nur durch weitgreifende revolutionierende Verbesserungen der Produktionsmethoden verursacht sein. Den Nachweis

solch massiert in Erscheinung getretener Verbesserungsinvestitionen erbringen wir unter Hinweis auf die fast zur gleichen Zeit gemachten Erfindung der Dampfmaschine, des technischen Webstuhls und der Spinnmaschine.

Der zunächst im Zusammenhang mit der technischen Ausführung dieser Erfindungen aufgetretene zusätzliche Bedarf an Arbeitskräften zur Erzeugung dieser Produktionsmittel konnte befriedigt werden aus den bereits vorhandenen Arbeitskräften in den größeren Werkstätten. Es ist undenkbar, daß die Neuerungen mit ländlichen Arbeitern durchgeführt worden sind, denn diesen fehlte die praktische Erfahrung des Handwerkers, die für die Erzeugung der verbesserten Maschinen unbedingt erforderlich gewesen ist. Man kann sich also den Beginn des Technisierungsprozesses nur so vorstellen, daß Arbeiter, die bereits handwerklich in größeren Werkstätten beschäftigt waren, mit der Durchführung der Verbesserungsinvestitionen betraut wurden. Sobald dann die neuen Maschinen, die in der Regel Dampfantrieb hatten, in Betrieb genommen worden sind, offenbarte sich eine ungeheure Leistungssteigerung, die große Mengen Güter zu billigeren Preisen als bisher auf den Markt brachte. In der Folge kam es zu einem gewaltigen Preissturz. Im Verlaufe desselben wurden die meisten bisherigen Produzenten — kleine Meister mit Gesellen, Heimarbeiter und sonstige — konkurrenzunfähig und arbeitslos. Das auf diese Weise entstandene Arbeitslosenheer wurde noch vermehrt durch die Erweiterung des Kreises der Arbeitsfähigen als einer weiteren Folge des technischen Fortschritts. Während bei den rein handwerklichen Arbeiten die Frauen und Kinder nur in geringem Umfang beschäftigt werden konnten, setzte mit der Einführung der Maschinenarbeit eine Umschichtung ein, und in wichtigen Industriezweigen wurden an die Stelle von Männern Frauen und Kinder gestellt.

Damit haben wir den Nachweis jener massierten Freisetzung von Arbeitern erbracht, die erforderlich war, um jene Datenkonstellation herbeizuführen, die in der Folge notwendig immer wieder zur Krise führen muß. Der Akkumulationsprozeß vollzieht sich dabei nicht anders, wie wenn auf Grund von zugewanderten Arbeitern heteronome Spargelder entstehen, die investiert werden. Für die Fehlsteuerung der Wirtschaft ist es allerdings weniger von Bedeutung, wie die Senkung der Lohnquote zustande kommt, als daß sie überhaupt zustande kommt.

Und doch ist es theoretisch nicht gleichgültig, ob wir die Entstehung der Sondergewinne mit Hilfe der zugewanderten Arbeiter oder mit Hilfe des technischen Fortschritts erklären.

Bei der Zuwanderung von Arbeitskräften wird das geschlossene System verlassen und ein exogener Faktor als Krisenursache anerkannt. Deshalb ist es auch nicht möglich, den Wiederaufschwung aus den im System enthaltenen Kräften zu erklären. Diese Kräfte müssen notwendig von außen in das System hereingebracht werden (Export und Erschließung von akapitalisten Räumen).

Wie ist nun der technische Fortschritt in unser System einzubauen? Das statische System ist immer eine Hilfshypothese, die uns ermöglicht, eine Datenvariation exakt zu demonstrieren. Wenn wir daher den technischen Fortschritt als Ergebnis des Wirkens der Triebkräfte aller wirtschaftlichen Entwicklung zur Ursache einer Aenderung der Datenkonstellation in der Weise stempeln, daß es zu einer Fehlsteuerung der Wirtschaft kommt, so wird das System nicht gesprengt. Wir bringen auch kein neues Datum herein, sondern nur den lebendigen Willen der handelnden Menschen, der immer vorhanden war und vorhanden sein wird.

Ohne Bevölkerungszunahme oder Verbesserungsinvestitionen oder beides zusammen wäre die wirtschaftliche Entwicklung überhaupt nicht zu erklären. Allerdings haben nur die Verbesserungen der Produktionsmethoden allein im Verlaufe der Jahrtausende die ungeheure Steigerung des Lebensstandards ermöglicht. Verbesserungen der Produktionsmethoden können auf die verschiedenste Weise in der Wirtschaft durchgeführt werden. Einmal können sie an Stelle von Ersatzinvestitionen treten, zum andern können sie mit Hilfe von Spargeldern, geschöpften Krediten oder Gewinnen aus Lohndruck finanziert werden.

Reichen nun unsere Argumente, mit denen wir den ersten Aufschwung erklärt haben, auch aus, um die Periodizität der Krisen zu erklären?

2. Die Periodizität der Krisen.

Für den ersten Aufschwung ist die Datenkonstellation entscheidend, die zur Fehlsteuerung der Wirtschaft Anlaß gibt. Diese Datenkonstellation kann herbeigeführt werden, einmal durch zuwandernde Arbeitskräfte, zum andern durch gehäuftes Auftreten von Erfindungen, deren Durchführung massierte Arbeiterfreisetzung zur Folge hat.

a) Periodizität der Krisen und Zuwanderung von Arbeitskräften.

Wir haben bereits oben gesagt, daß mit Hilfe der Zuwanderung von Arbeitskräften wohl der erste Aufschwung, nicht aber der Wiederaufschwung erklärt werden kann. Trotz der in der Depression vorhandenen Arbeitsreserven üben diese während dieser Zeit nur einen passiven Druck auf die Löhne aus, d. h., daß der Lohn in der Depression einen Tiefpunkt erreicht, unter den er nur unter ganz abnormalen Umständen sinkt. Da den Produzenten nur aus der Differenz Kosten und Preis Gewinne zufließen, in der Depression aber diese Differenz sehr klein ist, so fehlt der Ansporn zu weiterer Produktion. Erweiterungsinvestitionen können bekanntlich nur zu gleichbleibenden Kosten gemacht werden, sodaß bei Durchführung derselben keine Gewinnerhöhung zu erwarten ist. Hinzu kommt, daß in der Depression die Kapazität der Wirtschaft nicht voll ausgenützt ist, und schon aus diesem Grunde der Anreiz zu Erweiterungsinvestitionen fehlt. Wir können also mit Hilfe der zuwandernden Arbeitskräfte wohl den ersten Aufschwung, nicht aber den Wiederaufschwung und die Periodizität der Krise erklären.

b) Periodizität und technischer Fortschritt.

Die Bewertung des technischen Fortschritts als wesentliches Element der Konkurrenzwirtschaft und treibende Kraft der wirtschaftlichen Entwicklung befreit uns davon, den periodisch auftretenden Unternehmer zur Erklärung der zyklischen Bewegungen in der Wirtschaft heranzuziehen. Zur Erklärung derselben brauchen wir nur einen Unternehmer, der entsprechend den Triebkräften der Wirtschaft (Privateigentum, Privatinitiative, Leistungsprinzip) handelt und versucht, bei Gefahr des Verlustes seiner Existenz sich sowohl günstigen wie ungünstigen Marktlagen anzupassen. Die wirtschaftlichen Wechsellagen bedingen, daß die Unternehmer nicht nur bei günstiger Absatzlage ihre Gewinne zu steigern suchen, sondern in Zeiten ungünstiger Absatzlage ihre Anstrengungen verdoppeln. Wenn die Lohn- und Preissenkung in der Depression ihren Tiefpunkt erreicht hat, so ist eine weitere Kostensenkung nur durch technische oder organisatorische Aenderungen möglich. Diese Kostensenkung führt zu einer Steigerung der Gewinne und wird, unterstützt von anderen Faktoren — langfristige Investitionen, Exportsteigerung und Erschließungsinvestitionen —, zu reger Investitions-

tätigkeit im Inland Anlaß geben. Entscheidend ist, daß nicht nur einzelne, sondern alle Produzenten in der Depression sich bemühen müssen, solch kostensparende Veränderungen durchzuführen, wodurch sich die Lage aller dieser Produzenten langsam bessert. In der Folge wächst die Bereitschaft zu neuen Investitionen und der Aufschwung setzt von neuem ein.

Wenn wir die Bedingungen des ersten Aufschwunges denen des Wiederaufschwunges gegenüberstellen, so offenbart sich uns die verschiedene Bedeutung der Arbeitsreserven. In der vollbeschäftigten und optimal ausgenützten Wirtschaft verhalten sie sich aktiv, d. h. lohndrückend, in der unterbeschäftigten Wirtschaft verhalten sie sich passiv, d. h., sie üben auf den Lohn keinen Druck mehr aus, weil dieser seinen Tiefstand bereits erreicht hat. Es bedarf erst wieder eines Anstoßes, um den Lohndruck der Arbeitsreserven wieder aktiv zu machen. Ein solcher Anstoß wird immer von einer Gewinnsteigerung ausgehen. Dabei ist es gleichgültig, ob dieser durch eine Kostensenkung oder Umsatzsteigerung veranlaßt wird. Sobald aber der Aufschwung im Gang ist, üben die nichtbeschäftigten Arbeiter wieder einen Druck auf die Löhne aus, und in der Folge werden die Preise rascher steigen als die Löhne.

Im vorangehenden haben wir festgestellt, daß mit der These von der Zuwanderung von Arbeitskräften wohl der erste Aufschwung, nicht aber die Periodizität der Krisen aus dem System der Krise erklärt werden kann. Dagegen ist es uns gelungen, mit Hilfe der These des technischen Fortschrittes sowohl den ersten Aufschwung wie auch den Wiederaufschwung und damit die Periodizität der Krisen im Wirtschaftssystem — in dem die treibenden Kräfte, Leistungsprinzip, Privatinitiative und Privateigentum sind — zu erklären. Wir sind uns im klaren, daß die Aufschwungskräfte, die in der Depression vom technischen Fortschritt allein ausgehen, in einer technisch hochentwickelten Wirtschaft normalerweise schwach sind, weil die Kostensenkungen, die mit solchen Verbesserungen verbunden sind, und damit die Gewinnsteigerung gering sind. Es sei denn, daß es sich um außerordentlich umwälzende Verbesserungen handelt. Deshalb müssen zu den Verbesserungsinvestitionen noch weitere Erscheinungen des Wirtschaftslebens treten, die Antriebe zur Gewinnsteigerung liefern und damit den Aufschwung beschleunigen. Wir werden diese Erscheinungen im nächsten Kapitel aufzeigen.

Drittes Kapitel.

Der Konjunkturverlauf.

Der Konjunkturtheorie fallen zwei Aufgaben zu: Einmal hat sie die Frage zu klären, ob der Rückschlag notwendige Folge des Aufschwungs ist, zum andern muß sie feststellen, unter welchen Bedingungen der Wiederaufschwung erfolgt. Die von Preiser aufgezeigte, oben skizzierte, besondere Gestaltung des Akkumulationsprozesses auf Grund heteronomen Sparens ist es, die die Fehlsteuerung der Wirtschaft bewirkt und den Rückschlag notwendig vorbereitet. Nachdem es gelungen ist, Aufschwung und Rückschlag aus einer Prämisse abzuleiten, bedarf es noch der Bestätigung der in der Theorie gewonnenen Erkenntnisse durch eine empirische Datendemonstration. Erst wenn die materiale Untersuchung ergibt, daß die Erscheinungen des Aufschwungs mit den abgeleiteten Ergebnissen übereinstimmen, ist die Richtigkeit des theoretischen Systems erwiesen. Wenn auch die Untersuchung dabei an eine Phase des Aufschwungs anknüpft, so besteht doch nicht die Gefahr eines Zirkelschlusses, weil die Grundlegung des Prozesses bereits jenen Bestandteil enthält, der für die zyklischen Bewegungen verantwortlich gemacht werden kann. Diesen Bestandteil hat Preiser in der sinkenden Lohnquote erkannt, die wir als Datenvariation auf Grund der Zuwanderung von Arbeitskräften und des technischen Fortschritts als wesentliches Element der Arbeiterfreisetzung in der Konkurrenzwirtschaft in unser Wirtschaftssystem eingeführt haben.

Nachdem sich der Zyklus unter der Voraussetzung sinkender Lohnquote bei unserer theoretischen Ableitung als notwendig erwiesen hat, haben wir noch zu prüfen, ob die im Aufschwung gegebene empirische Datenkonstellation auch mit dem Modell der Wirtschaft übereinstimmt, in der heteronome Sparmittel investiert werden.

1. Die Symptome des Aufschwungs.

Die charakteristischen Merkmale des Aufschwungs sind in der Regel Produktionsvermehrung, Zunahme der Beschäftigung, Steigerung der Preis- und Lohnsumme — wobei allerdings die Preissumme schneller als die Lohnsumme wächst —, Anziehen der Aktienkurse und Steigen des Zinssatzes. Die Bewegung der Einzelpreise ist im Aufschwung nicht eindeutig. In den früheren Aufschwüngen sind die Einzelpreise regelmäßig gestiegen. Eine Ausnahme machte nur der amerikanische Konjunkturaufschwung in den Jahren 1924—1929. Dieser ging unter sinkenden Preisen vor sich. Dazu ist Folgendes zu bemerken:

> Der Aufschwung in USA hielt mehrere Jahre an. Während dieser Zeit haben die Produzenten ihre Produktion fortgesetzt, weil ihnen dauernd Gewinne zugeflossen sind. Es ist anzunehmen, daß die im Verlauf des Aufschwungs gemachten Verbesserungsinvestitionen die ganze Wirtschaft durchdrungen haben. Es dürfte sogar der Fall sein, daß nicht nur eine, sondern mehrere Rationalisierungswellen während dieser Zeit die Produktionstechnik geändert haben und das Sozialprodukt steigerten. Die dauernd sich vergrößernde Produktmenge konnte zu gewinnbringenden Preisen nur abgesetzt werden, wenn die Preise nicht so gefallen sind, wie es dem Kostenrückgang entsprochen hätte. Hier liegt eben eine mittelbare Preissteigerung vor, die im Grunde genau so zusätzlichen Kredit erfordert wie die unmittelbare Preissteigerung.

Besondere Beachtung verdient die Tatsache, daß normalerweise während des Aufschwungs die Preise der Produktionsgüter schneller steigen als die Preise der Konsumgüter. Dies folgt aus der Tatsache des soeben erwähnten Voraneilens der Preissumme vor der Lohnsumme, was nichts anderes bedeutet, als daß die Gewinnquote schneller steigt als die Lohnquote.

Der Konjunkturaufschwung wird eingeleitet durch die Besserung des Verhältnisses Kosten und Erlös zugunsten des Produzenten. Wir nehmen nun an, dieses Verhältnis habe sich aus irgendeinem Grunde gebessert, sodaß der Aufschwung eingeleitet wird. Sobald eine regere Investitionstätigkeit einsetzt, nimmt auch die Konsumgüternachfrage zu, und nun steigen die Gewinne auch wegen der besseren Ausnützung der vorhandenen Anlagen, da ja die fixen Kosten auf eine größere Stückzahl umgelegt werden können. Im weiteren Verlauf des Aufschwungs nehmen die Umsätze als Folge umfassender Verbesserungsinvestitionen zu. Die Gewinnquote steigt nun dauernd. Kommt nun eine absolute Preissteigerung infolge zusätzlicher Kreditschöpfung hinzu, so verbessern sich noch

die Bedingungen für den Produzenten, es werden weitere Aufschwungsreserven in Bewegung gesetzt und Arbeiter eingestellt. Die Lohnsumme steigt aber immer noch nicht im selben Tempo wie die Preissumme.

a) Ursachen sinkender Lohnquote.

Sobald sich das Verhältnis Kosten und Erlös zugunsten des Produzenten gebessert hat, verlassen die aus der Depression stammenden Arbeitsreserven ihre passive Stellung und üben wieder einen aktiven Einfluß auf die Löhne aus. Dies ist die einzige Erklärung dafür, warum im Aufschwung die Lohnsumme nicht proportional der Preissumme steigt, trotzdem doch die Nachfrage nach Arbeitern anhält. Zweifellos hinken die Löhne nur deshalb hinter den Preisen nach, weil immer noch das Angebot an Arbeitskräften die Nachfrage weit übersteigt. Im weiteren Verlauf des Aufschwungs steigen die Gewinne immer mehr, die Investitionstätigkeit nimmt zu, es werden immer mehr Arbeitskräfte eingegliedert, sodaß einmal der Zeitpunkt eintreten muß, wo alle Arbeitsreserven aufgesogen sind. Nun ziehen die Löhne schneller an, und zwar solange, bis sie sich im selben Tempo wie die Preise bewegen.

Dieser an sich vorhandenen Tendenz der Lohnsteigerung wirken dauernd die vom Land in die Stadt wandernden Arbeiter entgegen. Dadurch wird der Druck auf die Löhne verlängert, die Sondergewinne erhöht und weiterer Anreiz zu Investitionen und damit auch zu Arbeitereinstellungen gegeben. Als wesentliches Element der Konkurrenzwirtschaft wird der technische Fortschritt kontinuierlich Arbeiter freisetzen, und die damit verbundene Gewinnsteigerung sorgt für deren Wiedereingliederung. Beachtlich ist, daß der technische Fortschritt nicht nur absolut, sondern auch relativ Arbeiter freisetzt. Bei der absoluten Arbeiterfreisetzung handelt es sich um eine tatsächliche, d. h. die freigesetzten Arbeiter erscheinen als Arbeitslose, bei der relativen Freisetzung dagegen handelt es sich um eine unsichtbare. Dies ist so zu verstehen, daß eine Nachfragesteigerung mit Hilfe einer Verbesserungsinvestition befriedigt wird. Die Nichtverwendung von Arbeitskräften zur Befriedigung einer Nachfragesteigerung wirkt auf den Lohn nicht anders wie die Freisetzung von Arbeitern. In beiden Fällen ist die Zahl der

nichtbeschäftigten Arbeiter größer als sie sein würde ohne die technische Verbesserung.

b) Der monetäre Faktor.

Wir haben an anderer Stelle darauf verwiesen, daß während des Aufschwungs die Preise steigen. Das allgemeine Preisniveau steigt nun nicht allein als Folge der Nachfrageverschiebung von der Konsum- zu der Produktionsgütersphäre. Wenn nun nicht nur die Preise der Produktionsgüter, sondern auch die der Konsumgüter steigen, so läßt sich das nur so erklären, daß die Geldmenge schneller zunimmt als die Produktmenge. Dies ist aber wiederum nur möglich, wenn die einsetzende Investitionstätigkeit nicht nur mit Hilfe von Spargeldern, sondern mit Unterstützung von zusätzlichen Krediten finanziert wird.

Dieser zusätzlichen Kreditschöpfung liegt folgender Vorgang zugrunde. Wenn die Gewinne steigen und die Investitionen zunehmen, so werden auch Arbeiter eingestellt. Die nunmehr erforderlichen Lohnzahlungen können nicht aus den in der Zirkulation befindlichen Mitteln bewältigt werden — da kein Grund zu einer absoluten Senkung der Löhne vorliegt —, sondern nur mit Hilfe der Hereinnahme zusätzlicher Kredite. Diese Kredite haben mit inflatorischen Krediten nichts zu tun, denn sie dienen ja nur zur Vorfinanzierung der Produktion. Wenn es im Verlaufe der Kreditschöpfung trotzdem zu Preissteigerungen kommt, so nur deshalb, weil in der Regel die Erzeugungsperiode länger währt als die Lohnperiode. Sobald nun die von den neueingestellten Arbeitern erzeugten Produkte auf den Markt kommen, müßten die Preise sinken. Das tun sie aber nicht. Eine Erklärung dafür kann nur darin liegen, daß im Aufschwung kontinuierlich Arbeitereinstellungen vorgenommen werden und die Lohnzahlungsperioden den Erzeugungsperioden immer vorangehen. Im modernen Geldwesen kommt eben der größte Teil des notwendigen Geldzuwachses auf dem Wege des Kredits in die Wirtschaft. Dabei handelt es sich immer um zusätzlichen Kredit im Vergleich zum bisherigen Volumen.

Die durch die Arbeitereinstellung erforderlichen Lohnzahlungen werden also aus zusätzlichen Krediten befriedigt. Diese wirken preissteigernd, weil sie rascher in die Wirtschaft eingeführt als die Produkte zum Markt gebracht werden. Deshalb hält der Prozeß der Preissteigerung solange an, bis alle Arbeiter eingereiht

sind — oder der Aufschwung abbricht. Es handelt sich also bei dieser zusätzlichen zur Lohnzahlung erforderlichen Kreditschöpfung nur um eine Preissteigerung infolge augenblicklichen „Gütermangels". Würde es sich bei Arbeitereingliederung und Lohnzahlung um einen einmaligen Vorgang handeln, so würde die dadurch entstehende Spannung zwischen Preisen und Löhnen bald wieder zum Ausgleich kommen. Die Eingliederung von Arbeitskräften und die dazu erforderliche Kreditschöpfung hält aber an, solange der Aufschwung währt. Dadurch wird die Spanne zwischen Preisen und Löhnen, die an sich durch den Druck der Arbeitsreserven schon eine das Gleichgewicht störende Höhe angenommen hat, verstärkt. Da eine Trennung der Gewinne, die durch diese zusätzliche Kreditschöpfung gemacht werden, von den Gewinnen, die durch den Druck der Arbeitsreserven entstehen, nicht möglich ist, wird die gerade durch diese eingeleitete disproportionale Entwicklung beschleunigt.

Zusammenfassung.

Wie wir gesehen haben, wirken während des Aufschwungs verschiedene von einander unabhängige Faktoren auf die Lohnbildung ein, die ein Nachhinken der Lohnsumme hinter der Preissumme verursachen. Zunächst sind es die aus der Depression stammenden Arbeitsreserven, später die technischen und monetären Faktoren, sowie die zuwandernden Arbeiter, die der an sich vorhandenen Tendenz zur Lohnsteigerung entgegenwirken. Je länger die Lohnquote nachhinkt, um so länger hält die Gewinnsteigerung an, die die Fortführung des Aufschwungs ermöglicht. Im Verlaufe des Aufschwungs werden auch solche Produzenten, die zunächst Zurückhaltung bewahrt haben, von dem allgemeinen Konjunkturfieber erfaßt; denn jeder will möglichst viel von den allgemein steigenden Gewinnen erhalten. Selbst jene Produzenten, die aus der Erfahrung wissen, daß einem solchen Aufschwung notwendig eine Krise folgt — weil es ja nur ein Scheinaufschwung ist, hinter dem keine entsprechende Nachfrage steht —, müssen mitmachen, um ihre Betriebe auf jenem Stand der Technik zu erhalten, der allein Aussicht verspricht, in dem sich zuspitzenden Konkurrenzkampf zu bestehen.

2. Die Erklärung des Umschwungs.

Die im Aufschwung gemachten Sondergewinne haben zu Investitionen angeregt, wobei wegen der durch die Gewinnsteige-

rung verursachten Verschiebung der Nachfrage von der Konsumgüter- in die Produktionsgütersphäre und der Nachfrage „in sich" das Tempo der Ausweitung in der Produktionsgütersphäre naturgemäß schneller vor sich ging als in der Konsumgütersphäre. Wie lange die Belebung in der Produktionsgütersphäre anhält, läßt sich nicht sagen. Sie ist nicht allein davon abhängig, ob noch Arbeitsreserven vorhanden sind oder nicht. Wenn gegen Ende des Aufschwungs die Gewinne zurückgehen, so läßt sich dieser Vorgang nur so erklären, daß die Arbeitsreserven aufgesogen sind. Für diese Erscheinung spricht auch die Tatsache des Rückganges der Investitionstätigkeit. Da die Löhne steigen, wird die Spanne zwischen Kosten und Erlös geringer. Zu gleicher Zeit machen sich Absatzschwierigkeiten in der Produktionssphäre bemerkbar: denn die Konsumgüterindustrie wird bei sinkenden Gewinnen nicht mehr in demselben Umfang Produktionsgüter nachfragen wie bisher. Doch wichtiger als die durch die Aenderung der Gewinnspanne bedingte Zurückhaltung der Produzenten ist für den Umschwung, daß die Amortisation der Maschinen in der Konsumgütersphäre gar nicht in demselben Tempo erfolgen kann, wie die Produktionsgüterindustrien nach Fertigstellung ihrer Anlagen Produkte auf den Markt bringen. Bei der Ausdehnung der Produktionsgüterindustrien ist nicht genügend beachtet worden, daß das Nachhinken der Lohnsumme notwendig zu einer Spannung zwischen Produktions- und Konsumgütersphäre führen muß.

Da die Nachfrage nach Produktionsgütern nicht entsprechend dem Angebot steigt, verschärft sich notwendig der Konkurrenzkampf. Im Verlauf desselben sinken die Preise und die Produzenten kommen in Absatzschwierigkeiten. Es müssen Arbeiter entlassen werden, was für die Konsumgüterindustrie nicht belanglos ist, weil der Rückgang der Nachfrage nach Konsumgütern deren Preis senkt und auch eine Einschränkung dieses Wirtschaftszweiges notwendig macht. Mit der Einschränkung verbunden sind Arbeiterentlassungen in der Konsumgütersphäre und in der Folge geht das Arbeitseinkommen noch weiter zurück und dementsprechend fällt auch Kaufkraft aus. Die Nachfrage nach Produktionsgütern durch die Konsumgüterindustrien hält ihren bisherigen Stand nicht mehr aufrecht, sodaß es nun auch in der Produktionsgütersphäre zu weiteren Einschränkungen kommen muß. Der Einwand, mit einem Lohnausfall sei nicht auch ein Kaufkraftausfall verbunden, ist grundsätzlich richtig, weil ja

die Produzenten die bisherigen Beträge für Lohnzahlungen zur Verfügung haben. Die Produzenten werden aber weder ihren Verbrauch steigern noch die nichtverwendeten Lohngelder investieren, sondern diese Gelder werden lahmgelegt und damit fällt eine entsprechende Summe kaufkräftiger Nachfrage aus.

Man könnte nun die Frage aufwerfen, warum die Ueberbrückung der Spannung zwischen Konsum- und Produktionsgütersphäre nicht einfach durch eine Ausweitung der Konsumgütersphäre erreicht werde. Hiezu ist zu sagen, daß in jeder Wirtschaft, in der grundsätzlich die Nachfrage freigestellt wird, der Preis das wirtschaftliche Geschehen bestimmt. Anpassungen in der Wirtschaft erfolgen nicht auf Grund ökonomischer Zweckmäßigkeiten, sondern nur auf Grund der Entwicklung der Preise [1]). Ist das Angebot an Gütern größer als die Nachfrage, dann werden eben die Preise gedrückt und die Produktion kann nicht mehr aufrechterhalten werden, weil die gesunkenen Preise die Kosten nicht mehr decken.

Das Sinken der Produktionsgüterpreise ist von Erscheinungen begleitet, die fälschlicherweise als Ursache des Umschwungs bezeichnet werden. Während des Aufschwungs steigen bekanntlich die Löhne und die Unternehmergewinne gehen zurück. Da die Unternehmer aus den Gewinnen Kapital bilden, geht natürlich auch die Kapitalbildung seitens der Unternehmer zurück und dieser Rückgang der Kapitalbildung wird als Ursache der Krise bezeichnet. Der Rückgang der Kapitalbildung bei den Unternehmern wird aber durch das zunehmende Sparen der Lohn- und Gehaltsempfänger weitgehendst kompensiert. Die vermutlich eintretende Kapitalknappheit ist aber gar nicht die Ursache des Rückschlags, sondern offenbart nur früher die bereits vorhandene Diskrepanz zwischen Konsum- und Produktionsgütersphäre. Wenn nun in der Folge auch noch eine Geldknappheit eintritt, so ist dies nur auf

1) Das überhöhte Angebot an Produktionsgütern, wird nur dann keine Krise auslösen, wenn die Produzenten auf die fehlinvestierten Summen verzichten — allerdings müssen auch die Kreditgeber einverstanden sein — oder wenn durch wirtschaftspolitische Maßnahmen die Nachfrage nach Konsumgütern derart gesteigert wird, daß die Konsumgüterproduzenten in raschem Tempo Produktionsgüter nachfragen. In diesem Falle aber mußte verhindert werden, daß die Gewinne, die durch diese steigende Nachfrage nach Produktionsgütern den Produzenten zufließen, investiert werden. Denn sonst wird ja die bereits vorhandene disproportionale Entwicklung weitergetrieben. — Wir haben diese Bemerkungen hier angefügt, um zu zeigen, wie außerordentlich schwierig es ist, ohne Eingriffe, die durch das freie Wirken der wirtschaftlichen Kräfte verursachte Spannung in der Wirtschaft zu beseitigen.

die bereits eingetretene Störung zurückzuführen, denn zu Beginn der Absatzstockung wird aus Liquiditätsgründen zunächst ein starker Bargeldbedarf auftreten. Im weiteren Verlauf der Stokkung halten die Banken aus Sicherheitsgründen in der Kreditgewährung zurück.

Die Geldknappheit ist also nicht eine primäre sondern eine sekundäre Erscheinung der Krise und auf die „eigenartige Verkopplung unseres modernen Geld- und Kreditsystems zurückzuführen" (Lukas).

3. Wie kommt die allgemeine Aufwärtsbewegung zustande?

Der Umschwung bringt eine starke Preissenkung mit sich. Zuerst werden die Grenzbetriebe unrentabel und ausgeschaltet, während die anderen Betriebe ihre Produktion einschränken müssen. Der sinkende Umsatz, verbunden mit einer im Hinblick auf die Wertsumme sinkenden Produktion, hat eine Verringerung der Geldmenge zur Folge. Es handelt sich dabei vor allen Dingen darum, daß der Bedarf an Betriebskrediten zurückgeht und deshalb Giralgelder stillgelegt werden, d. h. nicht mehr in Anspruch genommen werden. Die rentablen Verwendungsmöglichkeiten für Kapital gehen zurück, der Kapitalmarkt verflüssigt sich, und auch der Geldmarkt ist sehr liquid, was zur Folge hat, daß die Zinssätze sinken. So erscheint der Abschwung als eine Aufeinanderfolge von Produktionseinschränkungen, die eine Wiederanpassung der beiden Sphären zur Folge haben. Das ist er aber nicht: Würden die Preisveränderungen nur eine dauernde Aufeinanderfolge von Produktionsbeschränkungen zur Folge haben, dann würde die Disproportionalität nicht zum Schwinden gebracht. Nur wenn die Produktionsgütersphäre schneller als die Konsumgütersphäre schrumpft liegt ein Anpassungsvorgang vor.

Die Beobachtung zeigt, daß im Aufschwung die Preissumme zunächst rascher zurückgeht als die Lohnsumme. Die Gewinne mindern sich unmittelbar nach Anbruch der Krise sehr stark, bessern sich aber im Verlauf des Abschwungs wieder infolge von Verbesserungsinvestitionen. Die Löhne dagegen gehen zu Beginn des Abschwungs langsam zurück, es fehlt noch der Druck der Arbeitsreserven (vgl. Preiser S. 143), dann sinken sie rascher, bis die Lohnbewegung zum Stillstand kommt und die Anpassung der Kosten an die Preise nur noch mittels Betriebsverbesserungen betrieben wird. Auf die Dauer und im

Durchschnitt sinkt also die Gewinnquote im Abschwung, sodaß die Nachfrage nach Produktionsgütern, unterstützt durch die Zurückhaltung, die bei Ersatzinvestitionen bewahrt wird, stärker zurückgeht als die Nachfrage nach Konsumgütern. Letztere wird auch durch die sogenannten festen Einkommen stabiler gehalten.

Wir kommen zu dem Ergebnis, daß die allgemeine Abwärtsbewegung zu einer Entspannung der Lage führt, die zwischen der Konsumgüter- und der Produktionsgütersphäre während des Aufschwungs entstanden ist.

4. Der Wiederaufschwung.

Die weitverbreitete Auffassung, der Konjunkturaufschwung werde durch eine Nachfrageverschiebung ausgelöst, sagt weiter nicht über das dahinterliegende Geschehen aus, sondern stellt nur die Tatsache fest, daß die Nachfrage nach einem bestimmten Produkt gestiegen ist. Indem man bei der Erklärung der Krise mit einer Tatsache beginnt, setzt man das einfach zu Erklärende voraus. Das Einsetzen des Aufschwungs darf aber nicht bloß als Tatsache hingenommen werden, sondern die Erklärung desselben muß auf Grund einer theoretischen Ueberlegung aus der Prämisse abgeleitet werden. Wir haben den Aufschwung damit begründet, daß es zu einer Besserung des Verhältnisses von Kosten zu Erlös kommt, was Anlaß zu heteronomem Sparen und damit zur Fehlsteuerung der Akkumulation gibt.

Durch was wird dieses Verhältnis nun gebessert? Kostensenkung durch Lohndruck hilft nicht, weil mit dem Rückgang der Konsumgüter auch die Nachfrage nach Konsumgütern abnimmt. Eine Besserung kann nur durch eine relative Kostensenkung bei gleichbleibender Gesamtnachfrage oder bei steigenden Preisen eintreten. Eine Senkung der Kosten ist grundsätzlich möglich durch Verbesserung der Produktionsmethode, ferner durch bessere Ausnützung der Produktionskapazität (eine Lohnsenkung haben wir bereits ausgeschlossen), während die Preissteigerung durch zusätzliche Kreditschöpfung erfolgt.

a) Verbesserung der Produktionsmethode.

Wie der technische Fortschritt als wesentliches Element der Konkurrenzwirtschaft im Aufschwung als Ausdruck der treibenden Kräfte in Erscheinung tritt, ist er auch im Abschwung und während der Depression wirksam. Um der verlustbringenden Preissenkung während dieser Zeit auszuweichen und um noch einigermaßen rentabel arbeiten zu können, werden dauernd tech-

nische und organisatorische Verbesserungen durchgeführt. Wir haben bereits oben darauf hingewiesen, daß in der Depression ein Zeitpunkt eintritt, zu dem die Einkommenssumme die Preissumme der Güter kompensiert. Sobald dieser Zeitpunkt eingetroffen ist und weitere Verbesserungen durchgeführt werden, geben die daraus entstehenden Gewinne Anreiz zu weiteren Investitionen. Mit zunehmenden Gewinnen verbreitert sich die Investitionstätigkeit insbesondere auch wegen der verstärkt auftretenden Ersatzinvestitionen, die jetzt nachgeholt werden müssen.

Ob die Kräfte, die hinter den technischen Verbesserungen stehen, ausreichen, um den Aufschwung voll in Gang zu bringen, hängt davon ab, wie stark die Wirtschaft mit anderen Wirtschaften verflochten ist. Wenn vor der Krise viele Erschließungsinvestitionen gemacht worden sind und ein großer Teil des Sozialprodukts exportiert wurde, so ist es naheliegend, daß diese Kräfte mitwirken müssen. Selbstverständlich üben auch langfristige inländische Investitionen auf den Aufschwung einen verstärkenden Einfluß aus.

b) Die verstärkenden Faktoren.

Fast zu gleicher Zeit mit den technischen und organisatorischen Verbesserungen im Betrieb werden langfristige Investitionen in Angriff genommen. Bekanntlich sind in der Depression Lohn und Zinssatz nieder. Deshalb werden nun Produktionen rentabel, deren Inangriffnahme sich im Auf- und Hochschwung wegen der hohen Kosten — Zins und Löhne — nicht lohnen. So bekanntlich auch im Baugewerbe. Ein Bedarf an Wohnungen ist bei einer dauernd sich vermehrenden Bevölkerung immer vorhanden. Die Verhältnisse auf dem Baumarkt sind in der Depression sehr günstig, weil die Mieten nicht so tief wie die Preise absinken. Es werden also Arbeiter eingestellt. Die Gesamtlohnsumme steigt, wodurch wiederum eine Mehrnachfrage nach Konsumgütern ausgelöst wird. Nun steigen auch die Preise nach Konsumgütern und reizen zu weiterer Produktion an. Zwar steigen die Löhne noch unbedeutend, weil die Arbeitsreserven noch auf den Lohn drücken, doch steigt, wie wir gesehen haben, die Gesamtlohnsumme und auch die Gewinne der Produzenten. Die zu gleicher Zeit einsetzende Mehrnachfrage nach Produktionsmitteln belebt die Urproduktion und in beiden Produktionssphären machen die Produzenten infolge der Preissteigerung, die durch die zusätz-

liche Kreditschöpfung beschleunigt wird, Sondergewinne. Diese werden in der Regel wiederum zu Investitionen verwendet. Die Nachfrage nach Produktionsmitteln regt die Nachfrage in der Produktionsgütersphäre „in sich" an, und infolge der Eigengesetzlichkeit derselben wendet sich diese Nachfrage vorwiegend den Produktionsgüterindustrien zu. 'Dabei kommt es zu Kreisschlüssen, die immer weitere Ringe ziehen und das Tempo der Ausweitung beschleunigen' (Lukas). Ebenso wie vom Baumarkt kann die verstärkte Belebung des Aufschwungs von anderen wichtigen Wirtschaftszweigen ausgehen, sofern eben die durch die Belebung einsetzende Nachfrage so stark ist, daß deren Fernwirkungen sich über die ganze Wirtschaft fortpflanzen.

Eine weitere Verstärkung der Anstoßbewegung kann auch vom Ausland ausgehen. Bei elastischem Preisniveau entsteht in der Depression ein Preisgefälle gegenüber dem Ausland. Die relativ niederen Preise regen den Ausländer an, im Inland zu kaufen. Die Steigerung dieser Nachfrage fördert den Export und hat im übrigen dieselben Wirkungen wie die Belebung eines inländischen Wirtschaftszweiges. In der Regel ist der Warenexport von einem Kapitalexport begleitet, wobei die gewährten Kredite zur Bezahlung der exportierten Waren verwendet werden. Möglich ist natürlich auch, daß der Kapitalexport dem Warenexport vorangeht, denn auf dem Kapitalmarkt sind infolge der Zurückhaltung der Inländer genügend flüssige Mittel zu niederem Zinsfuß vorhanden. Da im Inland die rentablen Verwendungsmöglichkeiten fehlen, fließen diese Mittel ins Ausland ab.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß in einer stark mit anderen Wirtschaften verflochtenen Volkswirtschaft die Verbesserungsinvestitionen als treibende Kräfte des Aufschwungs nicht ausreichen. Die verstärkenden Aufschwungsfaktoren in der gegenwärtig hochindustrialisierten Wirtschaft verpuffen aber, weil die in der Depression nur schwach ausgenützte Kapazität jede Nachfrage ohne weiteres befriedigen kann. Deshalb müssen an Stelle dieser Kräfte wirtschaftspolitische Maßnahmen gesetzt werden. An Stelle des Wirtschaftsmechanismus, der früher selbständig den Aufschwung vorbereitet hat, tritt die bewußte Setzung der Daten für einen Aufschwung (Arbeitsbeschaffung).

II. Teil

Die Praxis der Konjunkturpolitik.

Wir haben den Konjunkturzyklus nur in seinen Grundzügen abgeleitet, weil sich grundsätzlich in unseren Ergebnissen nichts ändert, wenn wir etwa den Außenhandel oder den internationalen Kapitalverkehr in unsere Datenkonstellation einbeziehen werden. Erweiterung und Beschränkung des Außenhandels wirken grundsätzlich nicht anders als eine Nachfrageverschiebung im Inland. Nach unseren theoretischen Ergebnissen gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten, die zyklischen Bewegungen der Wirtschaft zu beseitigen. Einmal durch Beseitigung der Ursachen, die zum Sinken der Lohnquote führen, zum andern durch Vorsorge, daß die heteronomen Spargelder genau so verwendet werden wie die autonomen Spargelder.

Eine Abdämmung des Zustromes von Arbeitern aus ländlichen Gegenden könnte zweifellos durch eine umfassende Siedlungspolitik erreicht werden. In dieser Richtung müßte eine Lösung des Problems der sinkenden Lohnquote gefunden werden. Denn sobald soziale Verhältnisse geschaffen werden, die verhindern, daß die nichtbeschäftigten Arbeiter sich unter allen Umständen anbieten müssen, wird dem dadurch entstehenden Lohndruck entgegengewirkt. Zu beachten ist, daß, solange die Grundlagen der gegenwärtigen Wirtschaft nicht preisgeben werden, weiterhin durch den technischen Fortschritt kontinuierlich Arbeiter freigesetzt werden, sodaß eine Abdämmung des Zustroms vom Lande nicht genügt, um den Lohndruck zu beseitigen. Wollte man die Produzenten zwingen, die durch die Verbesserungen freiwerdenden Arbeiter im Betrieb zu halten, so wäre das nur möglich, wenn der Betrieb diese zusätzlichen Kosten tragen kann. Zweifellos ist dies bis zu einem bestimmten Umfange möglich, aber alle Arbeiter können nie gehalten werden, weil ja die Verbesserungen auch Kosten verursachen.

Nach unserer Auffassung können daher die Ursachen der

sinkenden Lohnquote, die mit dem technischen Fortschritt verbunden sind, nicht beseitigt werden, ohne die Grundprinzipien der Wirtschaft ernsthaft zu gefährden. Will man die Fehlsteuerung trotzdem verhindern, so bleibt nur noch ein Mittel, und das ist die Kontrolle der Gelder, die dem Produzenten auf Grund heteronomen Sparens zufließen. Natürlich käme eine schematische Kontrolle nicht in Frage. Im folgenden wollen wir die Möglichkeiten einer solchen Kontrolle aufzeigen und die Mittel nennen, die notwendig sind, um dabei doch einen weitestgehend freien Ablauf der Wirtschaft zu gewährleisten.

Erstes Kapitel.

Das Geld in der Wirtschaft.

Die Erkenntnis, daß von der Geldseite her der Ablauf des Wirtschaftsprozesses hemmend oder fördernd beeinflußt werden kann, ist heute Allgemeingut unserer Wissenschaft. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die zusätzliche Kreditschöpfung einen verstärkenden Einfluß auf den Aufschwung ausübt. Man ist sich darüber noch nicht ganz im klaren, welche eigentliche Rolle das Geld in der Wirtschaft spielt, und man ist sich deshalb auch nicht einig darüber, wie die Geldversorgung gehandhabt werden soll, um die vom Gelde ausgehenden störenden Einflüsse ganz oder teilweise ausschalten zu können. Erst wenn bekannt ist, in welcher Weise die Geldseite von sich aus Veränderungen im Produktionsaufbau erwirkt und in welcher Weise ein bestimmtes Verhalten der Geldmenge bei Veränderungen auf der Warenseite auf die Entwicklung der Produktion einen Einfluß ausübt, erhalten wir den für die Geldversorgung maßgeblichen Anhaltspunkt. Dieser zeigt dann der maßgeblichen Stelle an, ob zu einem bestimmten Zeitpunkt die Geldmenge zweckmäßig vermehrt oder vermindert werden soll. Voraussetzung für eine solche planmäßige Geldpolitik wäre allerdings, daß die Geldschöpfung zentralisiert wird.

Zunächst wollen wir die verschiedenen Verhaltungsmöglichlichkeiten der Geldpolitik darstellen und zugleich die Wirkungen untersuchen, die ausgelöst werden, einmal auf der Warenseite, wenn Aenderungen auf der Geldseite eintreten, zum andern auf der Geldseite, wenn Aenderungen auf der Warenseite eintreten. Im folgenden behandeln wir nacheinander 1. Konstante Geldmenge und Güterversorgung, 2. Geldvermehrung proportional der Gütervermehrung, 3. Geldvermehrung überproportional der Gütervermehrung und 4. Geldverminderung.

Grundlage unserer Untersuchungen sollen zwei Wirtschaftstypen bilden. Der erste Wirtschaftstyp (I) entspricht einer Wirtschaft mit optimal ausgenütztem Produktionsapparat und Vollbeschäftigung aller Arbeiter. Der zweite Wirtschaftstyp (II) gleicht einem Wirtschaftszustand, wie wir ihn in der Depression vorfinden: Es besteht ein Ueberangebot an Arbeitskräften und die Kapazität der Wirtschaft ist nicht voll ausgenützt. In beiden Wirtschaftstypen sollen bei verschiedenem Verhalten der Geldmenge Erweiterungs- und Verbesserungsinvestitionen durchgeführt werden. Um Wiederholungen zu vermeiden, behandeln wir im folgenden die Wirtschaftstypen I und II in der Weise, daß wir zum Beispiel die Erweiterungsinvestitionen bei Konstanthaltung der Geldmenge zunächst im Wirtschaftstyp I und dann sofort anschließend im Wirtschaftstyp II untersuchen.

1. Die Konstanthaltung der Geldmenge.

a) Bei Erweiterungsinvestitionen.

Wir nehmen an, der bisherige Ablauf des Wirtschaftsprozesses werde geändert dadurch, daß für Arbeiter, die von außerhalb des Wirtschaftssektors kommen, Arbeitsstätten bereitgestellt werden müssen. Die Finanzierung der zu dieser Bereitstellung erforderlichen Investitionen kann grundsätzlich erfolgen einmal durch Sparen, zum andern durch Kreditschöpfung und erzwungenes Sparen. Wir sehen in diesem Zusammenhang vom Zwangssparen ab und untersuchen lediglich, welche Aenderungen im Produktionsprozeß eintreten, wenn die Finanzierung der zusätzlichen Arbeitsplätze entweder durch autonomes oder durch durch heteronomes Sparen erfolgt.

Wir nehmen an, die Bevölkerung habe sich vermehrt. Die erforderlichen Arbeitsstätten werden nun in einem Spar- und Investierungsvorgang bereitgestellt, bevor die zusätzlichen Arbeitskräfte ihre Arbeit anbieten. Das geht so vor sich, daß ein Teil des an sich möglichen Konsums während der Investitionsperiode nicht konsumiert sondern gespart und von Kreditnehmern zu Investitionen verwendet wird. Sobald die Anlagen errichtet sind und die Bevölkerung nicht weiter zunimmt, braucht nicht mehr weitergespart werden.

Sind die zusätzlichen Arbeiter in den Produktionsprozeß eingereiht, so muß es bei der Lohnzahlung zu Lohnzahlungsschwierigkeiten kommen, da ja die Geldmenge nicht entsprechend der vermehrten Arbeiterzahl erhöht worden ist. Wir haben den typischen Fall einer Deflation vor uns, in der die Produktionskosten und auch die Preise sinken. Werden die Arbeitsplätze nicht in einem vorangegangenen Investierungsvorgang bereitgestellt, so kommt es, bei Annahme einer unveränderten Geldmenge, sobald die zusätzlichen Arbeiter um Arbeit nachfragen, zu einer Lohnsenkung. Den Produzenten fließen nun im selben Umfange Gewinne zu wie die Löhne der bisher Beschäftigten gesunken sind. Wenn nun die Produzenten den durch die Lohnsenkung verursachten Gewinn investieren, so kommt es zu einer gesteigerten Nachfrage nach Produktionsmitteln. Nun steigen die Preise derselben und damit auch die Gewinne dieser Produzenten solange, bis alle neuhinzugekommenen Arbeiter eine Arbeitsstätte haben. Praktisch wird sich dies also so auswirken, daß ein Teil des Bevölkerungszuwachses zur Bereitstellung ihrer eigenen Arbeitsstätten herangezogen werden kann. Nach Beendigung dieses Eingliederungsprozesses wird sich der Nominallohn auf einem gegenüber früher niedereren Stand stabilisieren, während der Reallohn infolge der eingetretenen Preissenkung die gleiche Kaufkraft besitzt wie vor der Eingliederung. Nach Beendigung des Eingliederungsprozesses können nämlich alle auf den Markt kommenden Güter nur bei einer entsprechenden Preissenkung abgesetzt werden. Die Verluste der Produzenten sind, da die künftigen Investitionen infolge der Lohn- und Kostensenkung billiger werden, ebenfalls nur nomineller Art.

Trotzdem ist eine solche Preissenkung wegen der auftretenden

Widerstände unerwünscht; denn Preissenkungen bringen immer Unruhe und Störungen, verbunden mit Reibungsverlusten, in die Wirtschaft. Deshalb muß bei Erweiterungsinvestitionen die Konstanthaltung der Geldmenge unbedingt vermieden werden.

Wirtschaftstyp II.

Bei Konstanthaltung der Geldmenge kann eine Erweiterungsinvestition nur aus echten Spargeldern und aus Gewinnen, die einem Lohndruck entstammen, finanziert werden. Für Erweiterungsinvestitionen scheint aber in der Depression deshalb der Anreiz zu fehlen, weil die Kapazität nicht voll ausgenützt ist. Denkbar ist immerhin, daß, veranlaßt durch eine Nachfrageverschiebung auf irgendeinem Markt, eine Erweiterungsinvestition erforderlich wird. In diesem Falle handelt es sich aber nur um eine Umschichtung.

Sobald aber eine neue zusätzliche Investition gemacht würde, in deren Folge es zu einem größeren Güterangebot kommt, wäre eine Preissenkung unvermeidlich, weil ja bei einer an sich unveränderlichen Nachfrage das Ueberangebot gestiegen ist. Zu einer solchen Erweiterungsinvestition könnten die in der Depression herrschenden niederen Zinssätze Anlaß geben. Im Glauben, daß die mit Hilfe der niederen Zinssätze und niederen Löhne gemachten Investitionen sich im Konkurrenzkampf bewähren — man kann ja nach Fertigstellung der Anlagen billiger als mit den zu höheren Kosten hergestellten Anlagen produzieren —, können also manche Produzenten doch Erweiterungsinvestitionen machen. Die neueren Produzenten haben aber sicherlich nicht damit gerechnet, daß eben mit ihrem Angebot die Gesamtgütermenge vermehrt wird und deshalb eine Preissenkung nicht zu vermeiden ist. Ob die einsetzende Preissenkung der Kostensenkung entspricht, ist eine Tatfrage. Sie kann kleiner sein, sie wird aber, um die Nachfrage anzuregen, größer sein.

b) Verbesserungsinvestitionen.

Wirtschaftstyp I.

Dem Gedanken, die Geldmenge bei Verbesserungsinvestitionen konstant zu halten, liegt folgende Erwägung zugrunde: Jede Verbesserung der Produktionsmethode ist — bei sonst gleich-

bleibenden Bedingungen — mit einer Senkung der Stückkosten verbunden. Will man Kapitalfehlleitungen und Reibungsverluste vermeiden, die entstehen, wenn die Preise bei sinkenden Kosten gleichbleiben, so muß die Geldmenge konstant gehalten werden. Nur auf diese Weise ist es möglich, die Preise den gesunkenen Kosten anzupassen. Konstante Geldmenge erzwingt also automatisch die Anpassung der Preise an die Kosten, die notwendig ist, um Sondergewinne auszuschalten. Diese Gewinne, so sagt man, verleiten zu Investitionen, die bei einer Nachfragesteigerung berechtigt sind, nicht aber dann, wenn den Produzenten höhere Gewinne ohne Nachfragesteigerung zufließen. Bei der sofortigen Anpassung der Preise an die Kosten entstehen für die Produzenten keine Verluste, denn sie erhalten ja bei den niedereren Preisen noch ihre Kosten ersetzt.

Jeder Uebergang von einer Produktionsmethode von bestimmter Dauer zu einer anderen von längerer oder kürzerer Dauer erfordert eine Aenderung des Produktionsapparates. Die Tiefe des Produktionsapparates (Produktionsumwege) ist zu einem bestimmten Zeitpunkt, ganz allgemein gesagt, durch den Stand der Technik und den Willen der Wirtschaftenden bestimmt. Der Tiefe und Weite des Produktionsapparates muß, um einen ungestörten Fortgang des Wirtschaftsprozesses zu sichern, die Zahl der in der Produktion verweilenden Zwischenprodukte entsprechen. Nur dann ist Gewähr dafür geboten, daß dauernd eine gleichbleibende Menge von Konsumgütern auf den Markt gebracht werden kann. Das Verhältnis der Menge der Zwischenprodukte zu den Konsumgütern muß daher um so größer sein, je tiefer der Produktionsapparat oder je länger der Weg vom Rohstoff bis zum Fertigprodukt bei einer bestimmten Produktionsmethode ist.

Für unsere geldtheoretische Betrachtung ergibt sich nun die Frage, wie der Uebergang von einer Produktionsmethode von bestimmter Dauer zu einer anderen Produktionsmethode von bestimmter Dauer herbeigeführt werden kann. Die zwei wichtigsten Möglichkeiten sind auch hier 1. Sparen und Investieren, 2. Vermehrung der Geldmenge und der Investition derselben (Zwangssparen). In beiden Fällen wird von der Geldseite aus eine Aenderung der Nachfrage bewirkt und zwar, da es sich um eine Verbesserung der Produktionsmethode handelt, in der Richtung einer Steigerung der Nachfrage nach Produktionsgütern. Wir sehen in

diesem Zusammenhang davon ab, daß Verbesserungen der Produktionsmethoden auch an die Stelle von Ersatzinvestitionen treten können und wollen nur die Wirkungen verfolgen, die entstehen, wenn Verbesserungsinvestitionen mit gesparten Mitteln gemacht werden und im übrigen die Geldmenge konstant gehalten wird.

Wie verläuft der Prozeß, wenn die Produkte eines Wirtschaftszweiges in einer Unternehmung hergestellt werden, die im Konkurrenzkampf nur mit Unternehmungen anderer Wirtschaftszweige steht? Wird in einer solchen Unternehmung gespart und investiert, so muß der Produzent die Spargelder so einteilen, daß die Investition auch zu Ende geführt werden kann. Sie ist erst zu Ende geführt, wenn die Erzeugnisse dieser zusätzlichen Produktion auf den Markt kommen. Solange muß der Produzent in der Lage sein, Arbeitslöhne, Rohstoffe usw. zu bezahlen. Ist die Anlage fertiggestellt, dann braucht nicht notwendig weitergespart zu werden, denn die Anlage ist mit dem Sparbetrag gebaut und bezahlt worden, sodaß sich das Verhältnis zwischen den Angaben für Konsumgüter und den Ausgaben für Produktionsgüter nur für die Zeit des Ueberganges zu einer besseren Produktionsmethode verändert hat. Wird nach der Umstellung nicht weitergespart, zeigt sich meist eine Veränderung des Verhältnisses von Konsumgütern und Produktionsgütern in der Weise, daß weniger Mittel für die Konsumgütererzeugung und mehr für die Produktionsgütererzeugung verwendet werden. Sowohl auf dem Konsum- wie auch auf dem Produktionsgütermarkt werden mehr Güter angeboten. Da die Geldmenge, die zum Kauf der gesamten Gütermenge bereitsteht, gleich der Geldmenge vor der Umstellung ist, sinken die Preise im selben Verhältnis, wie das Güterangebot sich vermehrt hat. Vermutlich sinken sie in der Konsumgütersphäre mehr als in der Produktionsgütersphäre, weil ja die Spargelder, deren Verwendung die Umschichtung veranlaßt hat, sich noch in der Produktionsgütersphäre befinden. Der gleichgebliebene Geldbetrag reicht ceteris paribus zum Umsatz einer größeren Produktmenge aus, ohne den Produzenten zu schädigen, da ja die Kosten der Produktion durch die Verbesserungsinvestitionen gesunken sind.

Wirtschaftstyp II.

Wenn auch in der Depression die Neigung zu Investitionen nicht sehr groß ist, so suchen die Produzenten doch mit Hilfe der Verbesserung der Produktionsmethode die Kosten zu senken und den gesunkenen Preisen anzupassen. Ermuntert werden sie einmal dadurch, daß auf dem Kapitalmarkt billiges Geld zu haben ist, zum andern durch die niederen Löhne. Bei dieser Kostenlage werden besonders solche Investitionen rentabel, die im Aufschwung wegen der hohen Zinssätze — langfristige Anlage — und auch wegen der hohen Löhne nicht durchgeführt werden. Daneben werden in der Depression auch kostensparende Organisationen vorgenommen. Diese Art der Verbesserung der Produktionsmethode unterscheidet sich von der obengenannten dadurch, daß der dazu erforderliche Aufwand weit geringer ist, als die Kostenersparnis einbringt.

Sowohl im ersten wie auch im zweiten Fall der Verbesserung der Produktionsmethode kommt es zu einer Kostensenkung. Im zweiten Falle kommt es nicht notwendig zu einer Erhöhung des Angebots, sodaß bei gleichbleibender Nachfrage die Kostenersparnis den Produzenten als Gewinne zufließen. Und diese Gewinne in Verbindung mit den Gewinnen, die nun durch die einsetzende Umsatzsteigerung, verursacht durch die langfristigen Investitionen, gemacht werden, regen zu weiteren Investitionen an. Trotz der Umsatzsteigerung wird es so lange zu keiner Preissenkung kommen, bis die zur Verfügung stehende Geldmenge voll beansprucht ist. Wann dieser Punkt erreicht ist, ist eine Tatfrage. Den Produzenten fließen also bis zu diesem Zeitpunkt Gewinne zu. Erst nach Erreichen desselben wird jede weitere Gütervermehrung nur bei sinkenden Preisen Absatz finden.

Damit haben wir die beiden Fälle aufgezeigt, in denen trotz Konstanthalten der Geldmenge bei Verbesserungsinvestitionen die Preise nicht proportional den Kosten zu sinken brauchen. Diese Gewinne geben natürlich starken Anreiz zu weiteren Verbesserungsinvestitionen.

2. Vermehrung der Geldmenge proportional der Gütermenge.

a) Bei Verbesserungsinvestitionen

Wirtschaftstyp I.

Die Erscheinungen des Wirtschaftslebens, die eine Erweitetungsinvestition notwendig machen, haben wir im vorigen Abschnitt aufgezeigt. Wir wollen daher nur den Verlauf des Prozesses verfolgen, der eingeleitet wird, wenn die Geldmenge proportional der Gütermenge vermehrt wird. Dazu nehmen wir an, die Arbeitsstätten für neu hinzugekommene Arbeiter seien in einem vorangegangenen Spar- und Investierungsvorgang bereitgestellt worden. Wenn nun die zusätzlichen Arbeiter die neuen Werkstätten in Betrieb genommen und Güter auf den Markt bringen, so muß die Geldmenge entsprechend der Gütermenge vermehrt werden. Auf welchem Wege das zusätzlich erforderliche Geld in die Wirtschaft kommt, ist eine technische Frage. Am zweckmäßigsten wohl über die Lohnzahlungen. Entscheidend für diese Geldpolitik ist aber nicht das Wie, sondern daß überhaupt die Geldmenge entsprechend der Gütermenge vermehrt wird, denn nur dann kann eine Preissenkung vermieden werden.

Sind die Arbeitsstätten für die zugewanderten Arbeiter oder für den normalen Bevölkerungszuwachs nicht in einem vorangegangenen Prozeß errichtet worden, so kann mit Hilfe der Sondergewinne, die durch Lohndruck entstehen, sowie durch Vorfinanzierung deren Produktion vorgenommen werden. Im ersten Falle muß die Geldmenge, sobald die von den zusätzlich beschäftigten Arbeitern gefertigten Produkte auf den Markt kommen, vermehrt werden. Im zweiten Fall geht die Geldausweitung proportional der Zunahme der Beschäftigten und der Ausweitung der Gütererzeugung.

Wirtschaftstyp II.

Grundsätzlich sind die Bestimmungsgründe für die Erweiterungsinvestitionen gleich denen im Wirtschaftstyp I. Doch sind die Voraussetzungen im Wirtschaftstyp II günstiger, weil in der Depression Lohn und Zins nieder sind. In der Hoffnung, daß die Nachfrage bald zunimmt, können Erweiterungsinvestitionen gemacht werden, da die augenblickliche Kostenlage einen Gewinn

in Aussicht stellt. Doch gilt auch hier, was wir bereits oben gesagt haben, daß die Realisierung der Gewinne eine Steigerung der Nachfrage voraussetzt. Der Vorteil gegenüber dem bisherigen Produzenten bezieht sich natürlich nur auf die fixen Kosten.

b) Verbesserungsinvestitionen.

Wirtschaftstyp I.

Bekanntlich ist der Zweck jeder Verbesserungsinvestition, durch Kostensenkung und Umsatzsteigerung den Gewinn zu erhöhen. Kommen nun infolge einer solchen Produktionsverbesserung mehr Produkte auf den Markt, und will man eine Preissenkung verhindern, um damit verbundene Störungen zu vermeiden, so muß die Geldmenge proportional der Gütermenge vermehrt werden. Die Differenz zwischen Kosten und Preis wird nun allerdings zugunsten des Produzenten verbessert und damit zur Ursache einer Aenderung der Einkommensverteilung. Nun erhöhen sich die Einkünfte der Produzenten. Diese können nun entweder mehr konsumieren oder, was wahrscheinlicher ist, ihre Anlagen erweitern und verbessern. Wir haben wiederholt auf die Fehlentwicklungen, die beim heteronomen Sparen auftreten, hingewiesen. Aber selbst wenn die Produzenten wissen würden, daß Erweiterungs- und Verbesserungsinvestitionen nur zu einer „Scheinkonjunktur" führen und die disproportionale Entwicklung begünstigen, könnten und würden sie nicht anders handeln, weil sie ja nie wissen, was ihre Konkurrenten tun. Wenn sie bei der Durchführung von Neuerungen Zurückhaltung bewahren, so erhalten die Konkurrenten einen Vorsprung und es droht ihnen dauernd die Gefahr, daß sie wegen Konkurrenzunfähigkeit ausgeschaltet werden. Denn gerade so, wie der technische Fortschritt unter dem Zwang der Konkurrenz steht, steht die Konkurrenz unter dem Zwang des technischen Fortschritts.

Eine Fehlentwicklung, die durch den technischen Fortschritt veranlaßt wird, kann daher nur verhindert werden, wenn die Sondergewinne der Produzenten nicht investiert, sondern konsumiert werden. Entweder könnten die Produzenten selbst konsumieren oder, was sozialpolitisch richtiger wäre, müßten die Löhne der Arbeiter entsprechend erhöht werden, um einen

Mehrkonsum zu ermöglichen. Da die Voraussetzungen für eine freiwillige Lohnerhöhung fehlen, wäre es denkbar, daß in der staatlich geregelten Wirtschaft gesetzliche Regelungen getroffen werden, nach denen die Sondergewinne den Arbeitern in Form von Lohnzuschlägen zufließen.

Wirtschaftstyp II.

Verbesserungsinvestitionen können jederzeit gemacht werden, wenn sie auch im Aufschwung wegen der steigenden Löhne rentabler erscheinen als in der Depression. In der Depression sind dagegen die Kosten der Durchführung von Verbesserungsinvestitionen billiger. Dies ist besonders für solche Investitionen von Bedeutung, bei denen die Zinsbelastung sehr hoch ist, sodaß der in der Depression geltende niedere Zinssatz einer Verbilligung der Produktionskosten gleichkommt. Wir setzen nun den Fall, in der Produktionsgütersphäre werde eine Verbesserungsinvestition gemacht, die eine wesentliche Verbilligung der Produktionskosten zur Folge habe. Die Durchführung der Erfindung werde mit Hilfe eines „echten" Kredits finanziert. Der Kreditnehmer frage Rohstoffe und Arbeiter nach, benütze also den Kredit zur Bezahlung der Rohstoffe und zur Entlohnung der neueingestellten Arbeiter. Auf diese Weise werde nun vom Kreditnehmer eine direkte zusätzliche Nachfrage nach Rohstoffen und eine indirekte zusätzliche Nachfrage nach Konsumgütern — über die Löhne der Arbeiter — entfaltet.

Jede Mehrnachfrage steigert bei gegebenem Angebot den Preis. Wie wirkt nun die neue Nachfrage nach Arbeitskräften auf die Löhne? Die Löhne bleiben vorläufig unverändert, weil die jetzt auftretende Nachfrage nach Arbeitern das gemäß unserer Annahme vorhandene Angebot nur wenig verringert. Der Druck auf den Lohn bleibt also bestehen. Wie ist die Lage nun am Produktmarkt? Ist im weiteren Verlauf des Abschwungs der Preissturz zu einem Stillstand gekommen, Zins und Lohn infolge des Rückgangs nach Kapital und Arbeit nieder, dann wird das Halten von Vorräten, besonders solcher Güter, deren Absatz sicher scheint — lebenswichtige Güter — billiger. In der Hoffnung auf einen bald einsetzenden Aufschwung werden die Lager aufgefüllt. Hält nun die Depression längere Zeit an mit der Tendenz ständiger Preissenkung, dann wird auch bei

sinkendem Zins die Lagerhaltung unsicher. Falls nun im ersten Aufschwung Lagerbestände vorhanden sind, kann die mit dem Aufschwung verbundene Preissteigerung durch die Räumung dieser Lager aufgefangen werden. Sind dagegen die Lager leer, wäre eine leichte Preissteigerung bei zunehmender Nachfrage dann nicht zu vermeiden, wenn der Zustand des Produktionsapparates nicht selbst die Möglichkeit einer raschen Produktionsvermehrung liefert.

Wir haben den Wirtschaftstyp II charakterisiert als nicht vollausgenützt und nicht vollbeschäftigt. Steigt die Nachfrage, dann brauchen die Maschinen, die bisher stillgestanden haben, und die Arbeiter, die wegen der Absatzstockung unbeschäftigt waren, nur zusammengebracht zu werden, und die zusätzliche Nachfrage kann sofort oder nach kurzer Zeit, je nach der Produktionsdauer, befriedigt werden. Zu einer Preissteigerung kommt es in diesem Falle nur, wenn die Produktion länger währt als die Lohnperiode und diese Zeit, in der die zusätzliche Kaufkraft als Nachfrage auftritt, nicht durch vorhandene Lagervorräte überbrückt werden kann.

Hat der von der neuen Investition ausgehende Funke gezündet, werden weitere Investitionen gemacht. Die damit verbundene Senkung der Produktionskosten und Steigerung der Umsätze vergrößern die Gewinnspanne und verstärken den Anreiz zum Ausbau der Anlagen. Nun werden auch solche Produzenten, die bisher vorsichtig disponiert haben, in den allgemeinen Aufschwung einbezogen und mitgerissen. Unter der Voraussetzung, daß die Geldmenge entsprechend der infolge der Verbesserungsinvestitionen erhöhten Gütermenge zunimmt, bleiben die Preise unverändert oder ändern sich nur insoweit, als mit den Neuinvestitionen die Produzentenumsätze zunehmen. Da die Produktionskosten gesunken und die Umsätze gestiegen sind, fließen den Produzenten bei gleichbleibenden bzw. wenig veränderten Preisen aus zwei Quellen Gewinne zu, die nicht durch eine Nachfrageverschiebung hervorgerufen wurden, sodaß sie notwendig dahin tendieren, die disproportionale Entwicklung der Erzeugungssphären zu begünstigen.

3. Ausweitung der Geldmenge überproportional der Gütermenge.

a) Erweiterungsinvestitionen.

Wirtschaftstyp I.

Den Verlauf dieses Prozesses haben wir bereits bei der Dar-Darstellung der monetären Theorien aufgezeigt und verweisen darauf.

Wirtschaftstyp II.

Unter sonst gleichbleibenden Bedingungen hat jede zusätzliche Kreditschöpfung — im Sinne einer Preissteigerung — eine Senkung des Zinssatzes zur Folge. Da bei Wirtschaftstyp II eine Produktionssteigerung wegen der genügend vorhandenen Produktionsreserven nicht notwendig erscheint, fehlt es zunächst an einem Anreiz zur Erzeugung. Käme es trotzdem zu Investitionen aus Gründen, die wir bereits besprochen haben (niedere Löhne und niederen Zins), so wäre eine Preissteigerung nicht zu vermeiden, wenn die Kreditnahme für Investitionszwecke höher wäre als zur Ausweitung der Anlagen bei gleichbleibenden Preisen erforderlich wäre. Ist nun durch die zusätzliche Kreditschöpfung der Anstoß zur Belebung der Investitionstätigkeit gegeben, so kommt es zu einer Mehrbeschäftigung von Arbeitern in der Produktionsgütersphäre, die Lohnsumme steigt und die Nachfrage nach Konsumgütern nimmt zu. In der Folge werden auch Arbeiter in der Konsumgütersphäre eingestellt. Die Nachfrage nach Konsumgütern steigt und durch den nun größeren Verschleiß von Maschinen auch die Nachfrage nach Produktionsgütern. Gemäß unserer Annahme geht aber die Kreditschöpfung rascher vor sich als die Zunahme der Lohnsumme. Dadurch entstehen Gewinne, die zu Investitionen anregen, die mit dem letzten Konsum nicht mehr im Einklang stehen. Anlaß zu dieser verstärkten disproportionalen Entwicklung ist in diesem Fall die inflatiös wirkende Kreditschöpfung, denn diese bewirkt, daß wegen der vorhandenen Arbeitsreserven die Gewinne viel rascher steigen als die Löhne.

b) Verbesserungsinvestitionen.

Wirtschaftstyp I.

Wir haben diesem Fall auch bereits im Zusammenhang mit der monetären Theorie besprochen.

Wirtschaftstyp II.

Die zusätzliche Kreditschöpfung in der Depression erleichtert besonders auch die Durchführung von Erfindungen, weil bei einem größeren Kreditangebot auch solche Produzenten den Banken kreditwürdig erscheinen, die bei einem niedrigeren Kreditangebot von der Kreditgewährung ausgeschlossen werden. Diese Produzenten nehmen nun Kredite, fragen Arbeiter und Produktionsstoffe nach und nun kommt es auf das Tempo und die Höhe der Kredite, die in die Wirtschaft gebracht werden, an, und je nachdem steigen die Preise langsamer oder schneller. Da gemäß unserer Annahme die Kreditnahme inflatorisch wirkt, helfen auch die Lagervorräte nicht viel, denn früher oder später sind diese aufgebraucht und dann kommt es doch zu einer Preissteigerung. Wenn das zusätzliche Geld nicht gehortet wird, nimmt die Nachfrage nach Produktionsgütern zu, was zu einer Mehrproduktion anregt mit all den damit verbundenen Erscheinungen. Durch die Verbesserungsinvestition fließen den Produzenten im Verlaufe dieses Aufschwungs aus drei Quellen Gewinne zu: Einmal aus der Kostensenkung, die mit jeder Verbesserung der Produktionsmethode verbunden ist, zum andern aus der Umsatzsteigerung und dann noch aus der zusätzlichen Kreditschöpfung. Die den Produzenten zufließenden Sondergewinne werden natürlich zu weiteren Verbesserungen verwendet. Im Verlaufe des Aufschwungs dehnt sich infolge der Eigengesetzlichkeit der Verwendung der Sondergewinne die Produktionsgütersphäre rascher aus als die Konsumgütersphäre.

Wie wir sehen, ist die überproportionale Geldvermehrung wohl geeignet einen Aufschwung einzuleiten. Sie führt aber gegenüber der proportionalen Geldvermehrung erheblich stärker Störungsfaktoren mit sich, weil den Produzenten auch noch aus der absoluten Preissteigerung durch inflatorische Kreditschöpfung Gewinne zufließen, die das Tempo der disproportionalen Entwicklung beschleunigen.

4. Verminderung der Geldmenge.

Es ist durchaus denkbar, daß der geordnete Wirtschaftsablauf gestört wird, weil Einkommensbezieher Teile ihres Einkommens horten oder die Geldversorgung von Faktoren abhängig wird, die außerhalb des volkswirtschaftlichen Sektors liegen. Man denke an die Goldwährung. Abzüge von Gold aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen — politische Schulden, zum Ausgleich eines Einfuhrüberschusses — bewirken eine Verringerung der Deckungsmittel und damit der Zahlungsmittelmenge, was volkswirtschaftlich durchaus nicht gerechtfertigt ist. Die zunächst unveränderte Produktmenge aus der vorangegangenen Produktionsperiode kann, wenn die Zahlungsmittelmenge sich verringert, nur bei entsprechendem Preisrückgang abgesetzt werden. Dadurch wird eine Störung in die Wirtschaft gebracht, die lähmend auf die Unternehmerinitiative wirkt. Immerhin kann bei elastischem Preisniveau eine Anpassung der Preise an die Umsatztätigkeit erfolgen, ohne daß das Handelsvolumen gesenkt wird, d. h. die verringerte Geldmenge kann, nachdem die Preise entsprechend gesunken sind, das alte Handelsvolumen bewegen. Ist aber das Preissystem unelastisch, d. h., geben die einzelnen Preise dem Deflationsdruck nicht nach — Kartellpreise, Monopolpreise —, so kommt es zu einer Schrumpfung des Handelsvolumens, weil bei verringerter Geldmenge und gleichbleibenden Preisen nur eine geringere Produktmenge umgesetzt werden kann. In diesem Falle ist die Wirtschaft mit Geld unterversorgt (Lukas) und kann nur wiederbelebt werden, wenn entweder die Preise nachgeben, was bei hohen konstanten Kosten nur unter großen Verlusten möglich ist, oder wenn die Geldmenge vermehrt wird. In letzterem Falle ist zu beachten, daß einer Vermehrung der Zahlungsmittelmenge durch Gestaltung der Zahlungsbilanz Grenzen gesetzt sind.

5. Stabilisierung des Preisniveaus.

Unsere bisherigen Ausführungen über die Versorgung der Wirtschaft mit Zahlungsmitteln haben gezeigt, daß es unmöglich ist, alle Bewegungsvorgänge der Wirtschaft, die von der Erzeugung herkommen, durch entsprechendes Verhalten der Geldpolitik so zu kompensieren, daß Störungen des Wirt-

schaftsablaufes vermieden werden. Wir wollen deshalb untersuchen, wie weit es möglich ist, mit Hilfe der Stabilisierung des Preisniveaus die Konjunkturschwankungen auszuschalten. Die Untersuchung dieses Problems erscheint um so dringlicher, weil sich in den letzten Jahren die Auffassung durchgesetzt hat, daß die Schwankungen des Geldwerts oder, anders ausgedrückt, der Kaufkraft des Geldes für das Auf und Ab der Konjunkturen verantwortlich gemacht werden müsse.

Unter Kaufkraft des Geldes verstehen wir die Möglichkeit, mit einer Geldeinheit eine bestimmte Menge Güter kaufen zu können, und zwar nicht Güter gleicher, sondern verschiedener Art. Die Kaufkraft des Geldes wird also gemessen am Preis einer bestimmten Warengruppe. Wenn man nun wünscht, daß die Kaufkraft einer bestimmten Geldeinheit sich gegenüber einer bestimmten Warengruppe nicht ändert, etwa dermaßen, daß eine Mark immer ein Pfund Brot, ein Viertel Pfund Butter und ein Viertel Pfund Wurst kaufen kann, ohne Rücksicht darauf, wie der Preis der einzelnen Waren der Gruppe sich bewegt, so muß das Preisniveau stabilisiert werden. Keynes nennt den Preis einer solchen Warengruppe „Preisspiegel", und die Zahlenreihen, die die Veränderung eines bestimmten Preisspiegels angeben, „Indexzahlen". Solche Indexzahlen können natürlich für die verschiedensten Warengruppen festgestellt werden.

Vom einzelnen Käufer aus gesehen wird die Kaufkraft des Geldes um so geringere Schwankungen aufweisen, je treffender im Index die Ware, die der Einzelne kauft, erfaßt ist. Wollte man jedem einzelnen Käufer Rechnung tragen, so müßten viele individuelle Warengruppen zusammengestellt werden, was im Interesse der verschiedenen Einkommensgruppen durchaus erwünscht wäre. Die Handhabung vieler kleiner Indexgruppen ist aber sehr kompliziert, deshalb werden in der Regel für größere Warengruppen Indices aufgestellt, von denen man dann annimmt, daß eine größere Käuferschicht dahintersteht. Da sich meist nicht alle Waren, die zu einer solchen Gruppe gehören, heranziehen lassen, werden aus derselben wieder die repräsentativsten ausgewählt. Dabei

gibt die Indexbasis die Bewegungen der Einzelpreise um so exakter wieder, je mehr es gelingt, die einzelnen Waren entsprechend ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für die Konsumenten in die Indexbasis aufzunehmen. Entscheidend für die Auswahl der in die Gruppe aufgenommenen Waren ist der Zweck, dem der Index dienen soll, und je nach dem Kreise der Güter, denen gegenüber die Kaufkraft stabil gehalten werden soll, erhält die Forderung nach Stabilisierung des Preisniveaus einen verschiedenen Sinn und Inhalt.

Wie wir bereits angedeutet haben, darf unter Stabilisierung des Preisniveaus nicht Stabilhalten der Einzelpreise — wie es bei proportionaler Geldvermehrung zum Ausdruck kommt — verstanden werden, denn dies würde ja nichts anderes bedeuten, als daß der Wirtschaft das wichtigste Orientierungsmittel genommen würde, ohne dafür Ersatz zu liefern. Die Preisstreuung im Preisniveau ist also nicht fixiert und es kann jederzeit als Folge einer Nachfrageverschiebung eine Verlagerung der Einzelpreise eintreten. Während aber Preisbewegungen innerhalb der Konsumgütersphäre und innerhalb der Produktionsgütersphäre zulässig sind, weil sie ja nur Nachfrageverschiebungen anzeigen, ist eine Umschichtung der Preise von der Konsum- zu der Produktionsgütersphäre nur als Folge einer Nachfrageverschiebung nicht aber wenn sie als Folge heteronomen Sparens auftritt, erwünscht. Es wird daher zweckmäßig sein, bei der Kontrolle des Gesamtpreisniveaus auf die Bewegungen der Preisindices der beiden Erzeugungssphären besonders zu achten. Bevor wir unsere Untersuchungen weiterführen, wollen wir prüfen, inwieweit es überhaupt möglich ist, das Preisniveau zu stabilisieren.

Bekanntlich spiegeln in der Indexbasis sich die Bewegungen der Preise wieder. Sie bildet daher auch die Grundlage, an der die Kaufkraft des Geldes gemessen werden kann. Das wesentlichste Merkmal eines Maßes ist, daß es genau ist und sich nicht ändert. Wir haben deshalb zu prüfen, ob die Indexbasis dieser Anforderung genügt. Der Statistiker, dem die Aufgabe zufällt, einen solchen Index zu konstruieren, nimmt dazu aus einer Warengruppe die ihm am wichtigsten erscheinenden Waren und stellt sie, gemäß ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, d. h. entsprechend dem Anteil, den die einzelnen Konsumenten ver-

mutlich von ihrem Einkommen zum Kaufe dieses Gutes verwenden, in die Indexbasis ein. Ferner stellt er die Preise ein und addiert sie. Nun kann er den Index dieser Warengruppe zu einem bestimmten Zeitpunkt mit dem Index derselben Warengruppe zu einem anderen Zeitpunkt vergleichen. Stellt er dabei fest, daß die in der Indexbasis ausgewiesene Warengruppe im Preise gestiegen ist, so ist der Geldwert im gleichen Verhältnis gesunken.

Die Ursachen einer solchen Geldwertänderung können nur dann genau festgestellt werden, wenn die Konsumenten die Güter in dem in der Indexbasis aufgestellten Mengenverhältnis erwerben, und wenn die Preise dieser Güter auch exakt in den Index aufgenommen sind. Beide Größen sind nicht immer leicht festzustellen. Ebenso können bei dieser Art der Kaufkraftmessung auch solche Aenderungen der Produktionsmethode nicht berücksichtigt werden, die bei gleichbleibenden Preisen eine bessere Güterqualität liefern. Diese kritischen Bemerkungen sollen nichts gegen die Zweckmäßigkeit eines Indexes als solchen sagen, sondern nur darauf hinweisen, daß selbst, wenn die Bestimmungsgründe des Preisniveaus bekannt sind, die Indexmethoden, die wir anwenden können, die Bewegungen des tatsächlichen Preisniveaus nur unvollkommen wiedergeben.

Bei der Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes ist es nicht nur wichtig, daß das Maß, an dem der Geldwert gemessen werden soll, genau ist, sondern, daß die Warengruppe, deren Umsätze für die Bestimmung der Kaufkraft des Geldes zugrunde gelegt werden muß, auch richtig auswählt wird.

Wir können uns nicht Keynes' Auffassung anschließen, nach der das Preisniveau „par exellence", an dem die Kaufkraft des Geldes gemessen wird, der Konsumstandard ist. Denn jede Geldmenge, die als allgemeines Zahlungsmittel anerkannt ist, stellt einen Anspruch auf einen Teil des Sozialprodukts dar. Die allgemeine Kaufkraft des Geldes findet daher ihren vollen Ausdruck nur in dem Standard, der alle im Verkehr befindlichen Güter berücksichtigt. Die Grundgleichung, die die Kaufkraft des Geldes bestimmen soll, darf daher nicht nur die Bestimmungsgründe des Preisniveaus für Konsumgüter enthalten, sondern auch die Ursachen der Bestimmung des Preisniveaus für Investitionsgüter — einschließlich sämtlicher anderen Waren und Vermögensbewegungen, die Geld erfordern — müssen be-

rücksichtigt werden. (Siehe auch den Abschnitt über Konstanthaltung der Geldmenge.) Die Preise für Konsumgüter können deshalb nur aus einer allgemeinen Gleichung bestimmt werden, die alle Güter, die gegen Geld getauscht werden, einschließt. Eine Grundgleichung des Geldes kann daher nicht auf dem Konsumstandard, sondern muß auf jenem Standard aufbauen, der alle Umsätze widerspiegelt.

Für die allgemeine Kaufkraft des Geldes ist also die Menge der Geldeinheiten, die zur Vermittlung sämtlicher wirtschaftlicher Transaktionen zur Verfügung stehen, bestimmend. Man kann den Standard der Produktionsgüter, einschließlich der Vermögenstitel, nicht einfach deshalb als für die Bestimmung der Kaufkraft des Geldes ungeeignet abweisen, weil die Umsätze in der „finanziellen Sphäre" spekulativer Natur sind (Keynes). Die Auffassung Keynes' über die Bestimmungsgründe der Kaufkraft des Geldes ist nur richtig, wenn die Wirtschaft im Gleichgewicht ruht, d. h., wenn alle in der Wirtschaft vorkommenden Transaktionen im selben Umfange wiederkehren und keine Vermögensumsätze, sowie keine Umsätze, die bei Verselbständigung von Unternehmungen notwendig sind, stattfinden. Nur dann enthält der Konsumstandard sämtliche Umsätze in Geld und ist für die Bestimmung der Kaufkraft des Geldes entscheidend. Sobald aber Vermögensumsätze und Umsätze bei Verselbständigungen von Produzenten stattfinden, muß die dazu erforderliche Geldmenge als mitbestimmend für die Kaufkraft des Geldes gezählt werden. Dies wird sofort klar, wenn wir annehmen, der Kurs der Börsenpapiere sinke plötzlich. Gelder, die bisher an der Börse für Spekulationszwecke verwendet wurden, werden frei mit dem Ergebnis, daß der Zins für kurzfristiges Geld sinkt. Von Produzenten und Händlern werden nun mehr Kredite genommen, was zu einer Steigerung der Konsumgüterpreise und eventuell auch zu einer Steigerung der Produktionsgüterpreise führt (wenn zum Beispiel die Produzenten, die bisher eigene Mittel für Betriebskapital verwendeten, den nunmehr billiger gewordenen Kredit nehmen und ihr Betriebskapital investieren). Die Kaufkraft des Geldes sinkt, nicht weil eine Aenderung der Nachfrage nach Gütern eingetreten ist, sondern wegen einer anderen Lenkung der in der Wirtschaft befindlichen Gelder Da jede Kaufkraftänderung im Konsumstandard zum Ausdruck kommt, könnte man diesen ja als Grundlage für die

Geldpolitik nehmen. Wenn wir ihn trotzdem ablehnen, so ist es darauf zurückzuführen, daß das Preisniveau für Konsumgüter wohl steigen und fallen kann, nicht aber die Ursachen dieser Bewegungen festgestellt werden können. Die Wirkungen solcher Veränderungen der Kaufkraft des Geldes sind natürlich sehr verschieden. Ihre Bedeutung für den wirtschaftlichen Verlauf läßt sich aber nur feststellen, wenn man weiß, wohin die Gelder, die anders verwendet werden, fließen, oder, anders ausgedrückt, woher sie kommen. Deshalb ist sowohl die Bildung eines Standards für Konsumgüter und Produktionsgüter wie auch für Wertpapiere notwendig. Nur unter Zuhilfenahme dieser Standards ist es möglich, die von der Geldseite ausgehenden Einflüsse auf den Verlauf des Wirtschaftsprozesses ursächlich zu erkennen und geeignete Mittel zu finden, um die Störungen der Wirtschaft auf ein Minimum zu beschränken.

a) Die Stabilisierung des Gesamtpreisniveaus.

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Kaufkraft des Geldes sich im Verlauf des Akkumulationsprozesses ändert. Wenn nun gespart und investiert wird, ändert sich während des Umschichtungsprozesses die allgemeine Kaufkraft des Geldes nicht, weil die Preissenkung auf der einen Seite eine Preissteigerung auf der anderen Seite auslöst, d. h., daß eben beim Rückgang der Nachfrage nach Konsumgütern die Nachfrage nach Produktionsgütern steigt. Nicht an den Bewegungen des Preisniveaus, sondern an der Kaufkraft ihres Geldes merken die Konsumenten und auch die Produzenten die Veränderung. Infolge des Rückgangs der Nachfrage nach Konsumgütern steigt die Kaufkraft der Konsumenten, während die Kaufkraft des Geldes der Produzenten als Folge der Preissteigerung sinkt.

Wollte man nun das Preisniveau für Konsumgüter stabil halten, so müßten der Konsumgütersphäre Mittel zugeführt werden. Die Zuführung von Mitteln zur Erhöhung des Preisniveaus für Konsumgüter wäre in diesem Falle unzweckmäßig, weil die durch den Sparvorgang ermöglichten Investitionen dann nicht zu Ende geführt werden könnten. Sobald der Konsumgütersphäre wieder Mittel zufließen — nachdem vorher abgezogen worden sind —, werden die Produzenten ihre Erzeu-

gung wieder auf den Stand vor der Umstellung bringen. Dabei ergibt sich nun in der vollbeschäftigten Wirtschaft die Schwierigkeit, daß die dazu erforderlichen Arbeiter wieder aus der Produktionsgütersphäre herausgezogen werden müssen. Da sicher ein großer Teil Arbeiter wieder abwandern würde, könnte die begonnene Investition nicht oder nur zum Teil zu Ende geführt werden.

Abgesehen von dieser grundsätzlichen Schwierigkeit ergeben sich noch folgende Unstimmigkeiten. Die Senkung der Preise für Konsumgüter dauert nur kurze Zeit, weil ja die Sparsumme über die Kreditgewährung wieder in die Wirtschaft geht und sowohl direkt als auch indirekt zur Lohnzahlung verwendet wird. Auf diese Weise erreicht das Konsumgüterpreisniveau sehr bald wieder seinen alten Stand, d. h. den Stand vor der Umstellung. Währt nun die Verbesserungsinvestition länger als die Konsumgütervorräte bei Aufrechterhaltung der kaufkräftigen Nachfrage abzüglich der Sparsumme reichen — nach der Abwanderung werden ja weniger Konsumgüter erzeugt —, so kommt es zu einer Preissteigerung für Konsumgüter und zwar so lange, bis durch die Verbesserungsinvestitionen auch in der Konsumgütersphäre ein höheres Angebot zustande kommt, wodurch die Preise wieder gedrückt werden.

Die durch einen Sparvorgang bedingten Preisänderungen in der Konsumgütersphäre haben auch eine sehr wichtige Funktion. Wollte man diese Funktion durch geldpolitische Mittel unterbinden, so käme es zu dauernden Störungen des Gesamtprozesses und jeder wirtschaftliche Fortschritt wäre gehemmt. Deshalb darf mit geldpolitischen Mitteln grundsätzlich erst eingegriffen werden, wenn die Ursachen der Veränderung des Preisniveaus als den Gesamtablauf der Wirtschaft schädigende festgestellt sind.

Auch in der Produktionsgütersphäre gehen, durch den Sparprozeß verursacht, Veränderungen vor sich, die man nicht ohne weiteres durch Stabilisierung des Preisniveaus abschwächen oder verhindern darf. Werden z. B. mit gesparten Mitteln Produktionsgüter nachgefragt, so steigen die Preise derselben. Würde man nun das Preisniveau durch Abzug von Kapital auf seinen Ausgangsstand bringen, so würden die Mittel, die zu Investitionen bereitstehen, beschränkt. Viele Investitionen könnten gar nicht begonnen, andere nicht zu Ende geführt werden. Unerwünscht

ist diese Entwicklung deshalb, weil die in der Konsumgütersphäre als Folge des Sparvorgangs freigesetzten Arbeiter nicht in den Produktionsprozeß eingereiht werden können. Es muß deshalb Grundsatz für jede wirtschaftspolitische Handlung sein, daß jede Preisbewegung, hinter der eine kaufkräftige Nachfrage steht — außer bei Gütern, die auf einem Index stehen oder sich sonst besonderer Fürsorge erfreuen — sich frei entfalten kann. Nur dann ist Gewähr dafür geboten, daß die wirtschaftenden Menschen ihre Fähigkeiten richtig einsetzen können und die Wirtschaft ihren Wünschen entsprechend — natürlich im Rahmen des Gemeinnutzes — gestalten können. Das Preisniveau für Produktionsgüter dürfte auf seinem Stand bei Erweiterungs- und Verbesserungsinvestitionen nur gehalten werden, wenn nicht die Nachfrage, sondern ein übergeordneter Plan über das Wie und Was der Erzeugung entscheiden würde. Die Geldmenge zur Stabilisierung des Preisniveaus darf also nur vermehrt werden, wenn die Investitionen beendigt sind und eine Preissenkung zur Folge haben.

Eine Zunahme des Güterangebots macht sich im Gesamtpreisniveau nicht so rasch bemerkbar, wie in den einzelnen Produktionsgütersphären, sodaß die Geldversorgung auch nicht so schnell dem neuen Bedarf angepaßt werden kann. Ebenso macht die Auswahl der Kredite bei Orientierung am Gesamtpreisniveau größere Schwierigkeiten; denn die Bedingungen unter denen die Kredite, die zur Stabilisierung des Preisniveaus der Produktionsgüter gewährt werden (langfristige Kredite), unterscheiden sich wesentlich von den Krediten, die zur Stabilisierung des Preisniveaus der Konsumgüter erforderlich sind. Die Stabilisierung des Gesamtpreisniveaus ist also weniger leicht zu handhaben wie die Stabilisierung des Preisniveaus der Konsum- und Produktionsgüter, während die Nachteile, die in beiden Fällen die erforderliche Geldvermehrung mit sich bringen, gleich groß sind.

b) Stabilisierung des Preisniveaus der Produktionsgüter.

Wir nehmen nun an, daß mit Hilfe von Spargeldern Verbesserungsinvestitionen durchgeführt werden. In diesem Falle steht bekanntlich dem Rückgang der Nachfrage nach Konsumgütern eine Erhöhung des Kapitalangebots gegenüber. Eine Er-

höhung des Kapitalangebots ist gleichbedeutend mit einer Besserung der Bedingungen für die Kreditgewährung. Kommt nun noch eine Verbilligung der Lohnkosten hinzu — dies trifft zu, da ja in der Konsumgütersphäre Arbeiter freigesetzt worden sind —, so sind günstige Voraussetzungen für Verbesserungsinvestitionen gegeben. Wir nehmen nun weiter an, daß Produzenten, für deren Verbesserungspläne zu wenig Vertrauen vorhanden war, nun zur Kreditgewährung zugelassen werden. Sobald nun investiert wird, werden die in der Konsumgütersphäre freigesetzten Arbeiter in die Produktionsgütersphäre gezogen und mit den Spargeldern über die Kredite direkt und indirekt entlohnt.

Sind die Verbesserungsinvestitionen beendigt, so kommt es zu einer Erhöhung des Angebots, nun steigt die Kaufkraft der Konsumgüterproduzenten gegenüber den Erzeugnissen der Produktionsgüterindustrie im selben Verhältnis, wie die Preise der Produktionsgüter sinken. Dies reizt zu weiteren Käufen, sodaß die Nachfrage nach Produktionsgütern anhält und die Preissenkung sich zunächst nicht so stark bemerkbar macht. Wenn nun die Geldmenge nicht vermehrt wird, die Gütermenge aber dauernd zunimmt, so müssen, wie wir bei der Besprechung über die Konstanthaltung der Geldmenge gesehen haben, die Preise für Produktionsgüter sinken; gleichzeitig geht auch das Preisniveau derselben zurück. Wird die Geldmenge bei sinkenden Preisen entsprechend den Produktionskosten vermehrt, das Preisniveau für Produktionsgüter stabil gehalten, so fließen den Erzeugern Sondergewinne zu. Die Ursache derselben ist ihnen ebensowenig bekannt, wie wenn die Gewinne etwa infolge Lohndruck steigen. (Im Grunde handelt es dabei sich auch um einen Lohndruck, weil der Reallohn ja nicht entsprechend der Kostenverbilligung steigt.) Da die Gewinne aber nur zu einem geringen Teil auf eine Nachfragesteigerung, hauptsächlich aber auf eine Kostensenkung, bei annähernd gleichgebliebenen Preisen zurückzuführen sind, sind Investitionen falsch, weil sie nicht mit dem letzten Konsum übereinstimmen.

c) Stabilisierung des Preisniveaus für Konsumgüter.

Sind die Verbesserungsinvestitionen in der Produktionsgütersphäre beendigt und kommt das höhere Angebot auf den Markt,

verbessert sich die Kaufkraft gegenüber diesen Gütern, was zum erhöhten Kaufe derselben anregt. Werden nun die verbesserten Maschinen in der Konsumgütersphäre aufgestellt und von den bisher an den weniger leistungsfähigen Maschinen beschäftigten Arbeitern bedient, so erhöht sich sehr bald das Konsumgüterangebot, was zu einer automatischen Preissenkung führt. Allerdings sinken die Preise nicht im selben Verhältnis, wie die Gütermenge zunimmt, denn es macht sich bereits das höhere Einkommen in der Produktionsgütersphäre bemerkbar, das sich trotz Ueberwiegen der Nachfrage nach Gütern der Produktionsgütersphäre auch den Konsumgütern gegenüber in einer Steigerung der Nachfrage äußert. Die Tatsache, daß nicht der ganze Betrag, um den die Geldmenge zur Stabilisierung der Produktionsgüterpreise vermehrt wurde, sich der Konsumgüternachfrage zuwendet, ist mit die wichtigste Ursache der disproportionalen Entwicklung.

Um das Preisniveau der Konsumgüter auf seinen früheren Stand zu bringen, müssen nun die Bedingungen für die kurzfristigen Kredite verbilligt werden. Dadurch werden Groß- und Kleinhändler veranlaßt, ihre Lager aufzufüllen. Mit zunehmender Nachfrage nach Konsumgütern erhöhen sich die Preise wieder und zwar so lange, als die günstigsten Kreditbedingungen gewährt werden müssen, um das Preisniveau dieser Güter wieder auf seinen alten Stand zu bringen. Mit Hilfe der neuaufgestellten Produktionsgüter ist es möglich, Konsumgüter in größeren Mengen und billiger zu produzieren. Wenn nun das Preisniveau stabil gehalten werden soll, müssen Kredite in die Wirtschaft gebracht werden, die, da die Preise sich nicht ändern, den Produzenten in Form von Gewinnen zufließen. Im Glauben, daß eine wirkliche Nachfrage hinter diesen Gewinnen steht, werden die Konsumgüterproduzenten auch weiterhin ihre Anlagen verbessern und ausweiten. Sie fragen also wieder Produktionsgüter nach, deren Erzeugung nun doppelt angeregt wird: Einmal aus Gewinnen, die aus der Geldvermehrung zwecks Stabilisierung des Preisniveaus der Konsumgüter stammen, zum andern aus Gewinnen, die aus der Geldvermehrung zwecks Stabilisierung des Preisniveaus der Produktionsgüter stammen. Wir sehen, wie die Geldvermehrung zwecks Stabilisierung der Preisniveaus zu finanziellen Operationen führt, die das Tempo der Rationalisierung beschleunigen und die Produktionsgüterindu-

rien rascher ausdehnen läßt als die Konsumgüterindustrien. Diese Entwicklung wird begünstigt dadurch, daß die zu den Investitionen erforderlichen Arbeiter jeweils in der vorangegangenen Periode freigesetzt worden sind und auf den Lohn drücken, bzw. verhindern, daß die Löhne entsprechend der Steigerung der Produktivität der Wirtschaft steigen.

d) Kritische Würdigung der Theorie der Stabilisierung des Preisniveaus.

Während der Index mit allen Mängeln, die einer Konstruktion anhaften, behaftet ist, und ein genaues Anzeigen des Preisniveaus wegen der auftretenden Fehlerquellen unmöglich ist, scheint auch die Frage noch der Klärung zu bedürfen, ob es überhaupt im Machtbereich der Banken liegt, eine Politik zu betreiben, welche die Fixierung des Geldwertes auf ein bestimmtes Niveau bewirkt. Diese Frage kann aber nur in Verbindung mit den Bestimmungsgründen des Preisniveaus beantwortet werden. Diese sind in der Theorie wohl gegeben; da wir aber verschiedene Bestimmungsgründe haben, von denen sich jeder einzelne unabhängig vom andern verändern kann, ja sogar zu gleicher Zeit mehrere Bestimmungsgründe sich ändern können, wirken ihre Einflüsse auf das Preisniveau derart, daß sie ununterbrochen von der stabilen Linie abdrängen. Der Notenbank bleibt also nur die Aufgabe, durch nachträgliche Regulierung der Geldmenge den früheren Stand des Preisniveaus herzustellen.

Abgesehen von diesen Schwierigkeiten, die überwiegend technischer Natur sind und weitgehend beseitigt werden können, gibt es zweifellos auch Zeiten, in denen die Manipulierung des Kreditvolumens und der Kreditkosten in Bezug auf Beeinflussung des Preisniveaus zum Zwecke der Vermeidung von Störungen des Wirtschaftsablaufes versagt, weil eben solche Störungen nur über eine Verschiebung des Preisniveaus beseitigt werden können. Wenn z. B. durch Verbesserung der Anbaumethoden die Getreideerzeugung stark zunimmt, kann ein Zeitpunkt eintreten, zu dem mehr Getreide angeboten wird als zu gegebenen Preisen abgesetzt werden kann. Die mengenmäßige Bedeutung des Getreides oder irgendeines anderen wichtigen Guts bringt es in einem solchen Fall mit sich, daß es zu einem Preissturz kommt,

der sich auch bei zusätzlicher Kreditschöpfung erst aufhalten läßt, wenn Angebot und Nachfrage in Einklang stehen. Es wäre aber auch falsch, wenn man eine durch monopolistische Preissteigerung verursachte Steigerung des Preisniveaus durch Verringerung der Geldmenge rückgängig machen wollte. Denn wenn die Nachfrage nach den Gütern, die zu einer Erhöhung des Preisniveaus geführt hat, unterelastisch ist, muß die Nachfrage nach anderen Gütern notwendig zurückgehen. Wollte man das Preisniveau auf dem bisherigen Stand halten, so müßte die Geldmenge vermindert werden. Die Folge wäre eine deflationistische Geldbewegung. Wir verweisen darauf, daß jede Nachfragesteigerung, deren Befriedigung nur mit einem relativ größeren Kostenaufwand möglich ist (Gesetz vom abnehmenden Ertrag), die Preise erhöht. Damit steigt auch das Preisniveau so lange, als die größere Nachfrage anhält. Auch in diesem Fall wäre eine Verminderung der Geldmenge falsch, weil sie zu einem deflationistischen Preisdruck führt.

Unsere Ausführungen zeigen, daß die Stabilisierung des Preisniveaus sowohl technischen wie auch wirtschaftlichen Schwierigkeiten begegnet, deren Ueberwindung nur bei eingehender Kenntnis der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge möglich ist. Wir werden später noch kurz auf die Problematik der Stabilisierung des Preisniveaus eingehen.

6. Goldwährung und Konjunkturpolitik.

Nachdem wir die verschiedenen geldtheoretischen Probleme einer kritischen Würdigung unterzogen haben, glauben wir auch noch auf jene Auffassung hinweisen zu müssen, die annimmt, die gegenwärtige Krise sei hauptsächlich eine Folge der veränderten Verteilung der Goldbestände der Erde und des damit zusammenhängenden Abgangs vom Goldstandard. Nach dieser Auffassung kann nur eine Neuverteilung der Goldbestände die Voraussetzungen für den Normalverlauf der Wirtschaft schaffen. Wir wollen nun kurz den Mechanismus der Goldwährung darstellen und prüfen, inwieweit dieser in der Lage ist, den Konjunkturverlauf zu regulieren.

Unter Goldwährung verstehen wir die Verfassung des Geldwesens, bei der der Wert der Geldeinheit gesetzlich an den Stoffwert des Goldes gebunden ist. Ziel der Währungspolitik

ist die Stabilisierung des Geldwertes im Inland und gegenüber dem Ausland. Nach innen wird dies erreicht durch die Einlösbarkeit der auf Grund einer Deckung ausgegebenen Noten, nach außen durch die Diskontpolitik, Kreditrestriktion und Offene Marktpolitik.

In der Vorkriegszeit war die Ausrichtung der Diskontpolitik an der Golddecke weit verbreitet und bis zum Kriege konnte man die Beobachtung machen, wie die Diskontsätze und die Deckungsverhältnisse sich genau in umgekehrter Richtung bewegt haben. Der Goldbestand war dabei keine bestimmte Größe, sondern er veränderte sich je nach Gestaltung der Zahlungsbilanz. Wie wirkt nun ein bestimmter Goldbestand sowie bestimmte Deckungsbestimmungen auf die Geldversorgung und diese wiederum auf die Zahlungsbilanz, ferner wie sind die Rückwirkungen derselben auf den Konjunkturverlauf?

Der Aufschwung ist in der Regel begleitet von einem ansteigenden Zinssatz am Geldmarkt. Entsteht dadurch ein Zinsgefälle gegenüber dem Ausland, dann wandern kurzfristige und schließlich auch langfristige Gelder zu, wodurch die Goldbasis verstärkt und die Möglichkeit der Kreditausweitung gesteigert wird. Das verstärkte Kreditangebot drückt auf den Zinssatz und führt zu vermehrter Kreditnahme. Die Stärke des Zustromes vom Ausland ist normalerweise bedingt durch die Höhe des Zinsgefälles. Beeinflußt wird dieser auch durch den Stand der Konjunktur in jenen Ländern, die für eine Kreditgewährung in Frage kommen. Durch die Heranziehung der in einem anderen Lande nicht gebrauchten Deckungsreserven kann ein Konjunkturaufschwung wesentlich gefördert werden. Ob diese Förderung erwünscht ist, ergibt sich aus dem jeweiligen weiligen Tatbestand. Reichen die inländischen Deckungsreserven nicht aus, um einen an sich gesunden Aufschwung weiter zu finanzieren, so muß die Zentralbank alle Mittel anwenden, die ihr zur Verfügung stehen, um die Basis der Kreditgewährung auszuweiten. Ist der Aufschwung dagegen an sich schon durch zu rasche Kreditgewährung forciert worden, so kann eine Erhöhung der Goldbasis durch Einströmen von Auslandskrediten einen bereits eingesetzten Konjunkturaufschwung verstärken, wodurch aber die Schwere der später einsetzenden Krise intensiviert wird.

Bei der Goldwährung sind der Kreditgewährung durch die Deckungsvorschriften Grenzen gesetzt. Wenn gegen Ende des Aufschwungs der Zins immer schneller ansteigt, so ist das nur ein Zeichen der völligen Erschöpfung der Notenbank, was sich auch in einem sehr hohen Stand des im Inland erreichten Preisniveaus ausdrückt. Das Preisgefälle gegenüber dem Ausland oder wenigstens gegenüber solchen Ländern, die den Stand des im Inland erreichten Aufschwungs noch nicht erreicht haben, also noch niedere Preise verzeichnen, hat eine Steigerung des Imports und einen Rückgang des Exports zur Folge. Die Handelsbilanz verschlechtert sich und kann nur durch Goldexport oder durch Aufnahme von Auslandsdarlehen ausgeglichen werden. Letzteres Mittel hat allerdings nur aufschiebende Wirkung und es kommt später doch zu einem Goldabfluß, wodurch sich die Deckungsverhältnisse verschlechtern. Die Kreditansprüche können nun nur durch Erhöhung des Zinssatzes zurückgeschraubt werden. In der Folge setzt ein deflationistischer Druck ein, der die Preise senkt. Das nun entstehende Preisgefälle gegenüber dem Ausland fördert den Export. Im Verlauf dieses Prozesses aktiviert sich die Handelsbilanz und nun strömt auch wieder Gold ein, wodurch die Basis der Kreditgabe verbreitert wird. Der Zins sinkt wieder und es bereitet sich ein neuer Aufschwung vor. Der vom Stand des Preisniveaus abhängige Export und Import löst nun Goldbewegungen aus, die das eine Mal der Kreditausweitung Schranken setzen und dadurch den Konjunkturaufschwung hemmen, das andere Mal die Kreditbasis erweitern und so günstige Bedingungen für einen neuen Konjunkturaufschwung schaffen.

Die an der Golddeckung orientierte Diskontpolitik hat unbestreitbar große Vorteile, insbesondere wegen ihrer leichten Handhabung und Kontrollmöglichkeiten. Es dürfen eben nicht mehr Noten ausgegeben werden, als auf Grund des Goldbestandes die Deckungsvorschriften zulassen. Eine Beschränkung der Notenausgabe ist natürlich sehr wohl möglich und technisch leicht, durchzuführen. Und doch sind die Einwirkungsmöglichkeiten auf den Konjunkturverlauf sehr beschränkt, weil die korrigierenden Wirkungen ja erst eintreten, wenn die Preisveränderung einige Zeit angehalten hat. Die Korrektur kann deshalb nicht schon zu Beginn des Aufschwungs einsetzen, weil sich die Preisveränderungen erst bemerkbar machen müssen.

In der Regel machen sie sich erst im späteren Verlauf des Aufschwungs bemerkbar und dann ist es meist zu spät.

Also selbst dann, wenn die Goldwährung in Ordnung ist, ist der Wirtschaftsprozeß durch die Verzögerung der Anpassung Schwankungen unterworfen. Man könnte nun sagen, daß, wenn auch der Automatismus der Goldwährung die Störungen des Wirtschaftsprozesses nicht beseitigen kann, er doch immer wieder die selbsttätigen Auftriebskräfte, die aus der Krise führen, schafft. Diesem Einwand begegnen wir durch den Hinweis, daß der Automatismus nur bei voller Elastizität des Preisniveaus wirksam werden kann. Die Entwicklung der konstanten Kosten hat aber zu monopolistischen Zusammenschlüssen geführt, wodurch sich die Elastizität des Preisniveaus nicht mehr voll auswirken konnten. Bei unveränderter Geldversorgung müßten, wenn ein Teil der Preise gebunden sind, die ungebundenen Preise entsprechend sinken. Einer Senkung der ungebundenen Preise sind aber durch die Kosten Grenzen gesetzt und in der Folge werden die Grenzbetriebe ausgeschaltet, sodaß es zu einer Einschränkung der Erzeugung kommt. Wir können also sagen, hohe konstante Kosten machen die Diskontpolitik, und wenig elastische Preise machen den Mechanismus der Marktwirtschaft unwirksam.

Zusammenfassung.

A. Das Geld in der vollbeschäftigten und optimal ausgenützten Wirtschaft.

Unsere Ausführungen in den obigen Abschnitten haben gezeigt, daß es unmöglich ist, mit geldpolitischen Mitteln die Störungen des Wirtschaftsprozesses auszuschalten. Es bleibt uns also nur die Aufgabe, nach der Institution zu suchen, die dem idealen Geldsystem am nächsten kommt, d. h. dem System, bei welchem die inneren und äußeren Geldwertschwankungen die geringsten Einflüsse auf den Konjunkturverlauf ausüben.

1. Bei Konstanthaltung der Geldmenge.

a) Die Konstanthaltung der Geldmenge ist bei Erweiterungsinvestitionen deshalb ungeeignet, weil diese nur zu gleich-

bleibenden Kosten gemacht werden können. Sobald das erhöhte Güterangebot auf den Markt kommt, tritt notwendig eine Preissenkung ein, die nicht nur wirtschaftlich ungerechtfertigt ist, sondern auch wegen der den Wirtschaftsprozeß störenden Begleiterscheinungen unerwünscht ist.

b) Bei Verbesserungsinvestitionen ist Konstanthaltung der Geldmenge grundsätzlich die ideale Geldpolitik, denn entsprechend der mit jeder Verbesserung verbundenen Kostensenkung gehen die Preise zurück. Durch die automatische Anpassung der Preise an die Kosten werden Gewinne vermieden, deren Verwendung normalerweise zu einer disproportionalen Entwicklung in der Wirtschaft führt.

Wir haben oben gesagt, die Konstanthaltung der Geldmenge wäre bei Verbesserungsinvestitionen grundsätzlich die ideale Geldversorgung. Doch lassen sich dagegen folgende Einwendungen machen. Die Anpassung der Preise an die gesunkenen Kosten ist nicht möglich, einmal weil Verbesserungsinvestitionen in der Regel eine Verlängerung der Produktionsumwege zur Folge haben, wodurch die Erzeugungsperiode verlängert wird. Deshalb wir eine größere Geldmenge für „Produzentengelder" erforderlich, die in der Produktion gebunden wird und notwendig der Konsumnachfrage entzogen ist. Zum andern tritt eine Verselbständigung von Produktionsstufen ein, wodurch sich zusätzliche Güterbewegungen ergeben, d. h., es kommen mehr Zwischenprodukte auf den Markt als bisher, deren Umsatz wiederum Mittel in Anspruch nehmen, die bei Konstanthaltung der Geldmenge ebenfalls nur der Konsumnachfrage entzogen werden können. Ferner haben wir noch folgende Einwände vorzubringen. Bei Konstanthaltung der Geldmenge und Verbesserungsinvestitionen kommt es dauernd zu Preissenkungen. Nun kann man theoretisch wohl eine endlose Preissenkung annehmen, doch ist es in der Praxis so, daß irgendwann der Rechnungsmöglichkeit mit der bisherigen Geldeinheit Grenzen gesetzt sind. Es können aber auch Störungen bei Konstanthaltung der Geldmenge in die Wirtschaft gebracht werden, wenn die Verbesserungsinvestitionen nicht in der ganzen Wirtschaft gleichzeitig durchgeführt werden. In diesem Falle erleiden die Produzenten Verlust, wenn sie ihre Erzeugungskosten noch nicht gesenkt haben, trotzdem infolge des größeren Güterangebots, das die bereits verbesserten Betriebe gebracht haben, die

Preise allgemein gesunken sind. Diese Preissenkung kann nun durchaus Anlaß geben, die rückständigen Produzenten zu Verbesserungsinvestitionen anzuregen. Es ist aber fraglich, ob sie die Mittel dazu haben oder erhalten können. Bei Konstanthaltung der Geldmenge sind bekanntlich die Gewinne nicht sehr hoch, sodaß sowohl die eigenen wie auch die fremden Mittel beschränkt sind. Es dürfte daher den Produzenten, die die Neuerungen noch nicht durchgeführt haben, schwer fallen, ihre Betriebe auf den neuesten Stand der Technik zu bringen. Besonders da ja die Banken solche Unternehmungen bei der Kreditgewährung bevorzugen, deren Rendite am höchsten ist. Auf diese Weise zögert sich die Durchführung der Verbesserungen in den nachhinkenden Betrieben — die einen größeren oder kleineren Teil der nachgefragten Erzeugnisse auf den Markt bringen — hinaus, und es ist sehr fraglich, wie lange sie in der Lage sind, die Verluste zu tragen.

Man könnte nun sagen, dies entspreche dem natürlichen Ausleseprozeß. Und doch ist die Ausscheidung der Betriebe, die wegen der gesunkenen Kosten Verluste machen, mehr oder weniger zufällig, denn es brauchen ja nur so lange Produzenten ausscheiden, bis das zurückgegangene Angebot den Preis auf den Stand bringt, daß keine Produzenten mehr Verluste erleiden.

2. Vermehrung der Geldmenge proportional der Gütermenge.

a) Die Vermehrung der Geldmenge proportional der Gütermenge ist bei Erweiterungsinvestitionen durchaus richtig, denn sie vermeiden eine durch die Kostenlage nicht gerechtfertigte Preissenkung.

b) Bei Verbesserungsinvestitionen ist die Geldpolitik grundsätzlich falsch, weil in diesem Falle die Preise entsprechend den Kosten zurückgehen sollten, um eine ungerechtfertigte Gewinnerhöhung zu vermeiden. Unter 1 a und 1 b haben wir die Gründe aufgezeigt, die bei Verbesserungsinvestitionen eine Geldvermehrung trotzdem notwendig erscheinen lassen. Gegen eine Geldvermehrung proportional der Gütervermehrung spricht die Tatsache, daß dadurch die Einzelpreise stabilisiert würden, was im Interesse der Elastizität der Wirtschaft unerwünscht ist, abgesehen davon wäre es auch rein technisch nicht möglich,

die Geldmenge dorthin zu lenken, wo gerade die Preissenkung eingetreten ist.

3. Ueberproportionale Geldvermehrung.

Sowohl bei der proportionalen als auch bei der überproportionalen Geldvermehrung sind Störungen des Wirtschaftsprozesses nicht zu vermeiden, weshalb beide Arten der Geldvermehrung als untaugliche geldpolitische Mittel abzulehnen sind.

4. Stabilisierung des Preisniveaus.

Stabilisierung des Preisniveaus ist eine der proportionalen Geldvermehrung entsprechende Geldpolitik. Sie unterscheidet sich von dieser nur dadurch, daß bei der letzteren die Einzelpreise, bei der ersteren das Preisniveau einer bestimmten Warengruppe stabilisiert werden soll.

Wir haben oben festgestellt, daß bei Erweiterungsinvestitionen proportionale Geldvermehrung und bei Verbesserungsinvestitionen Konstanthaltung der Geldmenge grundsätzlich richtig sei. In der Praxis dürfte es aber schwer sein, festzustellen, ob eine Gütervermehrung als Folge einer Erweiterungs- oder als Folge einer Verbesserungsinvestition eintritt und diese Gütermenge auf den Markt gebracht wird. Deshalb schlugen wir vor, daß sowohl bei Erweiterungs- wie auch Verbesserungsinvestitionen die Geldmenge vermehrt wird, denn abgesehen von den eben genannten Schwierigkeiten der Trennung der geldpolitischen Maßnahmen, die bei Erweiterungs- und Verbesserungsinvestitionen erforderlich sind, haben wir weiter oben die Fälle aufgezählt, die eine Vermehrung der Geldmenge auch bei Verbesserungsinvestitionen notwendig erscheinen lassen. Um der Schwierigkeit zu entgehen, die jeweils erforderliche richtige Geldmenge festzustellen, glauben wir, daß die Stabilisierung des Preisniveaus als Zwischenlösung angesehen werden kann.

Der Einwand, den wir gegen diese Politik selbst machten, ist der, daß bei dieser Geldpolitik Gewinne entstehen, bei denen notwendig die Produzenten Hauptnutznießer sind. Nach unseren bisherigen Ausführungen ist es aber unmöglich, durch direkte geldpolitische Mittel den Einfluß, den das Geld auf den Wirtschaftsablauf ausübt, stark zu beschränken. Dies ist nur indirekt möglich durch die Stabilisierung des Preisniveaus. Wenn

wir sagen indirekt, so ist dies so zu verstehen, daß durch die Preisniveau-Stabilisierungspolitik den Unternehmern ebenfalls Gewinne zufließen, hinter denen ebensowenig eine wirkliche Nachfrage steht wie hinter den Gewinnen, die durch Lohndruck entstehen. Im Grunde handelt es sich nämlich auch hier um Gewinne, die durch Lohndruck entstanden sind, weil die Löhne bei den Verbesserungsinvestitionen nicht entsprechend der Leistungssteigerung gestiegen sind.

Diese Gewinne können, müssen aber nicht investiert werden. Allerdings kann die Investition nur vermieden werden, wenn gesetzliche Schranken eingreifen. Welche Mittel zur Verfügung stehen, um zu vermeiden, daß diese heteronomen Sparmittel investiert werden, werden wir später noch aufzeigen. Wir möchten hier nur feststellen, daß die Stabilisierung des Preisniveaus noch keinen Eingriff in die Wirtschaft darstellt, und die freie Initiative sowie das Leistungsprinzip als Voraussetzungen für eine elastische Wirtschaft nicht unterbunden werden.

B. Das Geld in der unterbeschäftigten und nicht optimal ausgenützten Wirtschaft.

In diesem Abschnitt wollen wir untersuchen, welche geldpolitischen Mittel geeignet sind, den Wirtschaftstyp II zu beleben, also eine Bewegung in Gang zu bringen, die letztlich zur Vollausnützung des Produktionsapparates und zur Beschäftigung aller Arbeiter führt. Erweiterungs- und Verbesserungsinvestitionen sind bei Konstanthaltung der Geldmenge verlustbringend und regen keinen Aufschwung an. Eine Ueberproportionale Geldvermehrung würde wegen der gewinnsteigernden Wirkungen einen Anreiz für zusätzliche Produktion bieten, sie würde aber auch jene Entwicklung fördern, die jede unkontrollierte Investition von „heteronomen" Spargeldern mit sich bringt. Ganz allgemein kann gesagt werden, daß Investitionen, insbesondere Erweiterungsinvestitionen in der Depression wegen der vorhandenen Produktionsreserven nicht erforderlich sind. Dagegen erscheint eine starke Belebung der Konsumgüterindustrien angebracht. Die Anregungen dazu gehen und gingen von Verbesserungen, sowie von außerhalb des industriellen Sektors aus.

Normalerweise verflüssigt sich in der Depression der Geld-

markt, die Zinssätze sinken. Im Verlaufe dieses Prozesses machen sich die niederen Zinssätze auch auf dem Kapitalmarkt bemerkbar, wodurch Investitionen sowohl für produktive als auch für konsumtive Zwecke billiger werden. Die Produzenten machen zunächst wenig Gebrauch davon, weil sie bei Neuinvestitionen einen Absatzmangel befürchten. Dagegen wird der Wohnungsbau stark angeregt, denn die neuen Wohnungen rentieren sich infolge der niederen Zinssätze und Baukosten auch bei verhältnismäßig niederen Mieten. Erfahrungsgemäß sinken ja die Mieten in der Depression nicht so stark wie die Preise anderer Güter. Die Anregung kann aber auch von einem Waren- oder Kapitalexport in aufbauwillige Länder ausgehen. Allerdings wird es zu einem Warenexport nur kommen, wenn das Preissystem elastisch ist und gegenüber dem Auslande ein Preisgefälle entsteht. Fehlen diese selbsttätigen Auftriebsfaktoren, so können sie bewußt gesetzt werden durch wirtschaftspolitische Maßnahmen. Wir haben in unserem konjunkturtheoretischen Teil darauf verwiesen, daß ein Aufschwung nur zustande kommt, wenn sich das Verhältnis Kosten und Preis ändert oder wenn mehr Aufträge zu rentierenden Preisen eingehen. Eine solche Besserung der Lage kann entweder automatisch eintreten oder durch bewußte Setzung der Aufschwungsdaten, also durch Steigerung der Nachfrage nach Konsumgütern. Dabei ist es gar nicht so entscheidend, daß die Kaufkraftsteigerung durch mehr oder weniger produktive Verwendung von Arbeitern verursacht wird (wobei es natürlich vorteilhaft ist, wenn die Arbeiter so produktiv wie möglich eingesetzt werden) als daß zunächst einmal die konsumkräftige Nachfrage als Ganzes steigt, denn mit Hilfe der vorhandenen Produktionsreserven kann jede zusätzliche Nachfrage sofort befriedigt werden. Wird die Kaufkraft durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gestärkt, nimmt die Nachfrage nach Konsumgütern zu, deren Produktion wird erhöht und nun werden auch Arbeitereinstellungen nötig. Sobald die Konsumgüterindustrie belebt ist, werden Ersatzinvestitionen nötig, und auf diese Weise wird eine bessere Ausnützung des gesamten Produktionsapparates erreicht. Im weiteren Verlauf des Aufschwunges werden auch wieder Verbesserungsinvestitionen gemacht.

Die zusätzliche zur Arbeitsbeschaffung zur Verfügung gestellte Kaufkraft braucht nicht notwendig inflationistisch zu

wirken. Es kommt darauf an, in welchem Umfang die Geldmenge im Verhältnis zur Produktionssteigerung vermehrt wird. Eine Kaufkraftsteigerung, die der Gütervermehrung rasch vorangeht, ist unter allen Umständen zu vermeiden, denn eine Preissteigerung wäre die notwendige Folge. Treten Preissteigerungen trotz vorsichtiger Geldpolitik auf, so sind sie rein spekulativer Natur, denn kleinere Nachfragezunahmen können immer aus vorhandenen Vorräten befriedigt werden. Sind keine Vorräte vorhanden, so erfordern die realen Nachfrageverhältnisse in der Depression aus folgenden Gründen keine Preissteigerung. Im Abschwung und im Verlauf der Depression ändert sich die Einkommensverteilung einmal, weil die Preise im Abschwung schneller sinken als die Löhne und weil, das gilt besonders für die Nachkriegszeit, also seit die gesetzliche Arbeitslosenunterstützung in größerem Umfang eingeführt worden ist, die Arbeitslosen auch in der Depression ein Einkommen zugeteilt erhalten, das wohl nicht so hoch ist wie ihr Arbeitseinkommen war, für das sie aber auch keine Gegenleistung zu vollbringen haben. Die Verwendung dieses reduzierten Einkommens dient natürlich überwiegend zur Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse. Die Nachfrage nach diesen Gütern geht daher in der Depression nicht so stark zurück, wie die Nachfrage nach Gebrauchsgegenständen und Luxusgütern. Dadurch wird aber auch der Abschwung früher zum Stillstand gebracht, als wenn allein die automatischen Kräfte, die zu langsamerem Fallen der Löhne als der Preise führen, wirksam wären.

Wird die Wirtschaft durch irgendeinen der genannten Auftriebsfaktoren in Gang gebracht, so werden Arbeiter eingestellt, die Gesamtkaufkraft steigt und die Nachfrage nimmt zu. Allerdings nimmt die Nachfrage nach Lebensmitteln nicht in dem Maße zu, wie es auf Grund der Einkommenssteigerung möglich wäre, sondern die erhöhte Kaufkraft wendet sich, da ja die notwendigen Bedürfnisse auch mit dem bisher bezogenen Einfriedigt werden konnten, solchen Gütern zu, deren Anschaffung bei dem niedrigen Einkommen vernachlässigt werden mußte.

Normalerweise reichen die Erübrigungen einer Lohnperiode nicht aus, um solche Gebrauchsgegenstände zu beschaffen. Der Kauf derselben wird daher auf einen längeren Zeitraum verteilt. Die langsam steigende Nachfrage nach diesen Gütern

veranlaßt aber bereits eine Mehrerzeugung, sodaß zu dem Zeitpunkt, wo die Ersparnisse der Konsumenten zum Kaufe solcher Gegenstände ausreichen, auch die zusätzlich erzeugten Güter auf den Markt gebracht werden. Preissteigerungen sind also gar nicht notwendig und können ohne Schaden unterbunden werden. Ja, sie müssen unterbunden werden, damit nicht schon im ersten Aufschwung die höheren Gewinne zu Investitionen veranlassen, die sich bald als falsch erweisen. Die Gewinne, die durch die eintretende Umsatzsteigerung gemacht werden, reichen aus, um die Produktion zu beleben.

Wenn daher in der Depression zusätzliche Kredite in beschränkten Mengen in die Wirtschaft gebracht werden, und zwar in dem Umfang, wie es die Produktionsreserven einschließlich der vorhandenen Rohstoffe erlauben, dann ist dies konjunkturtheoretisch durchaus zu befürworten. Denn wenn diese Kredite geeignet sind, die Nachfrage nach Konsumgütern zu steigern, dann gehen bei den betreffenden Produzenten höhere Aufträge ein und diese Produzenten werden veranlaßt, größere Mengen zu produzieren. Arbeitereinstellungen werden notwendig und die Gesamtlohnsumme und damit auch der Konsum steigen. Die bessere Ausnützung des Proktionsapparates hat einen rascheren Verschleiß der Maschinen zur Folge, sodaß nun auch Ersatzinvestitionen nötig werden, die zu gleicher Zeit mit Verbesserungsinvestitionen gemacht werden. Zu einem ersten Aufschwung kann es also sehr wohl bei einem gleichbleibenden Preisniveau kommen. Entscheidend ist nur, daß die ersten Antriebskräfte vorhanden sind. Diese sind durch die Verbesserungsinvestitionen wohl wirksam, doch sind sie nicht kräftig genug, und da die verstärkenden Faktoren, Export und Erschließungsinvestitionen sowie private langfristige Investitionen fehlen, müssen die zusätzlichen Auftriebskräfte durch wirtschaftspolitische Maßnahmen (Arbeitsbeschaffung, Steuererleichterung, öffentliche Aufträge) geschaffen werden.

III. Teil

Die Kontrolle der Wirtschaft

Erstes Kapitel.

Kreditkontrolle

1. Zentralisierung der Kreditgewährung.

Trotz der im letzten Abschnitt aufgezeigten Mängel, die allen Indexzahlen anhaften, schlagen wir die Stabilisierung des Preisniveaus vor, weil nach unserer Ueberzeugung die daran sich orientierende Geldpolitik am meisten Aussicht hat, die Störungen des Wirtschaftsprozesses beschränken zu können. Haben wir eine Richtschnur für die Geldpolitik geschaffen, so ist die Stabilhaltung des Preisniveaus davon abhängig, ob es gelingt, die Geldversorgung einer einheitlichen Regelung zu unterwerfen. Voraussetzung für jede einheitliche Geldpolitik aber ist: 1. Mengenmäßige Kontrolle aller in die Wirtschaft gehenden Kredite, 2. Scheidung der kurzfristigen von den langfristigen Krediten und 3. Kontrolle der Kreditverwendung.

a) Kontrolle der Kreditmenge.

Eine von Macleod begründete und in Deutschland später besonders von Schumpeter und Hahn fortgeführte geldtheoretische Richtung spricht den Banken die Fähigkeit zu, daß sie auch über ihre eigenen Mittel und Einlagen hinaus in der Lage wären, Kredite zu gewähren. Hahn stützt seine Theorie, nach welcher die Banken die Fähigkeit haben, selbständig Kredite zu schöpfen, auf die übliche Praxis der vorläufig eingeräumten Kredite. Wie beschafft nun die Bank diese zusätzlichen Mittel? Diese Frage kann wohl am besten im Zusammenhang mit der Entwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs beantwortet werden. Das zuerst in England auf-

getauchte Bankgeld war wesensgleich mit dem Giralgeld (Hermann). Ein Unterschied zwischen jenem Bankgeld und dem heutigen Giralgeld ist lediglich in der Art und Weise, wie die Gelder jeweils in den Verkehr kamen, zu erblicken. In England bestand die Vorschrift, daß „Giralgeldguthaben" nur eingeräumt werden dürfen gegen Hingabe einer der gewünschten Guthabenmenge entsprechenden Gewichtsmenge Edelmetall. — Wir haben hier den Fall eines von hundert zu hundert durch Gold oder Silber gedeckten „Giralgeldes". Die Zahlungen werden nicht in bar vollzogen, sondern auf Grund von Anweisungen, die die Bank ausstellt (Hermann). — Mit zunehmender Entwicklung der Wirtschaft wurde der Kreditbedarf größer und da die Edelmetallbestände jeweils nur zu einem geringen Teil in Anspruch genommen wurden, ließen sich die Bankleiter dazu verleiten, mehr Anweisungen auf die in den Bankkellern ruhenden Edelmetallbestände auszustellen, als deren Wert entsprach. Damit sind die Banken den Weg der selbständigen Kaufkraftschöpfung gegangen und konnten auf diese Weise den steigenden Kreditbedarf der Wirtschaft befriedigen. Die Regellosigkeit, mit der die privaten Banken Geld schöpften, ohne auf ihre Liquidität zu achten, führte zu massenhaften Bankzusammenbrüchen, die weite Kreise zogen und große Unruhe in die Wirtschaft brachten. Deshalb sah sich der Staat genötigt, einzugreifen und das Notenbankwesen zu zentralisieren. Die Notenbankfreiheit wurde nun aufgehoben. Wenn nun auch den Banken die Notenausgabe verboten wurde, so hinderte sie das jedoch nicht, auch weiterhin Kredite zu schöpfen und zwar auf der Grundlage des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Die Bank räumte ihren Kunden ein Kreditguthaben ein, von dem diese in beliebiger Höhe Abhebungen machen können.

Die Banken können also über ihre Einlagen hinaus Kredite gewähren, weil die gewährten Kredite nur zu einem bestimmten Prozentsatz in bar abgehoben werden. Sie können also damit rechnen, daß über den größten Teil der von ihnen bewilligten Kredite durch Ueberweisung verfügt wird, während nur ein kleiner Teil in bar abgehoben wird. Je mehr Zahlungen durch Ueberweisungen erfolgen können, um so geringer ist natürlich der Bargeldbedarf. Die Fähigkeit der Banken, Kaufkraft zu schöpfen, ist daher wesentlich von der

Zusammenarbeit der Banken abhängig. Sobald die Ueberweisungen z. B. der Bank A an die Bank B größer sind als die von der Bank B an die Bank A, so ist die Grenze der Kreditschöpfung von der Bank A überschritten. Sie kann den Differenzbetrag nur durch Bargeld ausgleichen. Je entwickelter das Bankensystem und je gleichmäßiger der Kundenkreis mit ähnlichen Kreditansprüchen ist, um so weniger Bargeld wird beansprucht werden. Solange aber noch Barzahlungen erfolgen, wird es auch für die Privatbanken Deckungsvorschriften geben, und zwar ungeschriebene, denn sie sind durch die Liquidität gesetzt. Auf diese Weise wird ein bestimmter Zusammenhang zwischen der Kreditschöpfungsmacht der privaten Banken und der Notenbankpolitik gewahrt. Die Banken können nämlich nur soviel Kredit schöpfen, als ihnen Barmittel, die sie für jede einzelne Krediteinräumung in bestimmter Höhe benötigen, zur Verfügung stehen. Allerdings können bei einem bestimmten freigebildeten Diskontsatz die Banken Bargeld in beliebiger Höhe durch Rückgriff auf die Notenbank erhalten, indem sie Wechsel zum Rediskont geben. Die Grenze der Kreditschöpfung liegt also in ihrer Abhängigkeit vom Goldbestand, ferner von den Deckungsvorschriften, ebenso ist die Güte des eingereichten Wechselmaterials und in neuerer Zeit auch noch die Qualität der zum Kauf angebotenen Wertpapiere für das Ausmaß der Kreditschöpfungsmöglichkeit der Banken bestimmend.

Wenn nun auch durch das notwendige Liquiditätsstreben der Banken ein bestimmter Zusammenhang zwischen der Kreditschöpfung der Banken und der Zentralbank gegeben ist, so ist doch das Verhältnis zwischen dem Bargeldbedarf und den bargeldlosen Zahlungen, sowie die Möglichkeit Bargeld zu schaffen zu labil, als daß diese lose Bindung den Erfordernissen einer einheitlichen Geldversorgung genügen würde. Es müßte daher eine Reform des Bankwesens in der Weise angestrebt werden, daß eine zentrale Stelle, die nicht durch Deckungsvorschriften gehemmt ist, sondern nur den Erfordernissen der Wirtschaft gerecht zu werden braucht, die Geldversorgung direkt oder indirekt regelt. In welcher Gestalt eine solche Institution wirksam werden sollte, wäre nicht nur rein zweckmäßig, sondern auch wirtschaftspolitisch zu entscheiden. Es ist denkbar, daß die privaten Banken, die ja ausgezeichnete Beziehungen zur

Industrie haben und deren Erfordernisse kennen, verpflichtet werden, regelmäßig, etwa wöchentlich, Bericht über Menge, Art und Verwendungszweck der gewährten Kredite zu erstatten. Die privaten Banken müßten sich allerdings die notwendigen Revisionen gefallen lassen. Eine schärfere Maßnahme wäre die vollständige Zentralisierung des Bankwesens, nach der die bisherigen privaten Banken nur noch als Zweigstellen der Zentrale in Erscheinung treten würden.

Seit der Niederschrift dieser Arbeit ist das Reichsgesetz über das Kreditwesen erlassen worden. Wir geben im folgenden einen kurzen Ueberblick über dasselbe.

Das Gesetz berührt weniger die Kreditorganisation als die Art der Kreditgewährung. Durch das Gesetz wurde ein staatliches Aufsichtsamt (Aufsichtsamt für Kreditwesen) geschaffen, das durch den Reichskommissar für Kreditwesen die Kontrolle über die Kreditgewährung ausüben läßt.

Neben den mehr allgemein gehaltenen Bestimmungen über Benennung, Aufgaben, Gründung und Verbot von Kreditinstituten brachte das Gesetz in dreifacher Hinsicht grundsätzliche Neuerungen:

1. Trennung zwischen Geld- und Kapitalmarkt. Sparkasseneinlagen sind in ihrem Wesen nach langfristige Einlagen und dürfen nur zu Investitionen verwendet werden. Um diesen Grundsatz zu sichern, dürfen nach dem neuen Gesetz a) nur bei tatsächlichen Spareinlagen Sparkassenbücher ausgegeben werden, b) Abhebungen nur gegen Vorzeigung des Sparkassenbuchs getätigt werden, c) die Verzinsung der Einlagen erst nach einer vorgeschriebenen Frist — wenn die Einlage gemacht wird zwischen dem 1. und 15. eines Monats vom 15. ab, und bei Einlagen zwischen dem 16. und 30. eines Monats vom 1. des nachfolgenden Monats — erfolgen.

2. Beschränkungen in der Kreditschöpfung. § 16 des Gesetzes gibt Richtlinien über die Höhe der zu haltenden Barreserven und kurzfristig einlösbaren Wertpapiere. Danach kann das Aufsichtsamt für das Kreditwesen bestimmen, daß der Kassenbestand, sowie die Guthaben bei der Reichsbank und bei den Postscheckämtern bis zu 10 % und der Bestand an Handelswechseln (90 Tage Laufzeit) und Lombardpapieren bis zu 30 % der Verpflichtungen der Bank betragen. Die Bestimmungen haben den Zweck, die auf die Barreserve aufbauende Kreditschöpfung der Banken zu beschränken und die Liquidität der Banken zu sichern.

3. Verhinderung von Kapitalfehlleitungen. § 12 bestimmt, daß Kredite, die eine vom Aufsichtsamt bestimmte Höhe überschreiten (1 Mill. RM. in zwei Monaten) dem Aufsichtsamt anzuzeigen sind. Dadurch soll das Aufsichtsamt einen Ueberblick über die den einzelnen Betrieben überlassenen Kreditsummen bekommen und kann dann

anderen Kreditinstituten darüber Mitteilung machen. Bei ungedeckten Krediten, die mehr als 5 000 RM. betragen, können die Banken die Offenlegung der Bücher fordern.

Dieser kurze Ueberblick über die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes über das Kreditwesen dürfte genügen, um zu zeigen, daß der Gesetzgeber gerade die Punkte, die von uns herausgestellt worden sind, als einer Regelung bedürftig angesehen hat. Wenn auch unsere Forderungen in mancher Hinsicht weitergehen, so decken sie sich doch im wesentlichen mit dem Gesetz. Unsere strengeren und in mancher Beziehung weitergehenden Forderungen beruhen auf der ursächlichen Kenntnis der Bewegungsvorgänge der Wirtschaft. Eine Abschwächung der durch das Wirken der Wirtschafter entstehenden Spannungen in der Wirtschaft kann in einer dem Gemeinwohl dienenden Weise nur erreicht werden, wenn die von uns aufgezeigten organisch eingliedbaren Maßnahmen getroffen werden.

b) Die Mittel zur Beeinflussung der Geldmenge.

Wenn die Institution zur Kontrolle der in die Wirtschaft fließenden Kreditmenge geschaffen ist, so ist noch keine Gewähr dafür geboten, daß die Wirtschaft auch die zur Stabilisierung des Preisniveaus erforderliche Geldmenge erhält. Dem Zwecke der Regelung der Geldversorgung dient die Diskontpolitik, ferner die Kreditrestriktion und die Offene Marktpolitik.

Nach der klassischen Theorie reagiert die Kreditnachfrage auf jede Zinsänderung, sodaß die Zentralbank zu jedem Zeitpunkt in der Lage ist, den Geldmarkt zu regulieren. Diese Theorie ist allerdings durch die Wirklichkeit nicht bestätigt worden, denn diese zeigt eine starke Abhängigkeit von dem Stand der Konjunktur. Diskontänderungen haben auch internationale Kapitalbewegungen zur Folge, durch welche die gewollte Wirkung einer Diskontänderung im Inland aufgehoben oder stark beschränkt werden kann (siehe auch den Abschnitt über Goldwährung). Die wichtigsten Erscheinungen unserer modernen Wirtschaft, die die Wirkungen der Diskontpolitik hemmen und die Anpassung an veränderte wirtschaftliche Strukturen hindern, sind zweifellos die monopolistischen Organisationen — Kartelle, Syndikate, Tarifparteien —, deren Entstehung wesentlich auf die Entwicklung der konstanten Kosten zurückzuführen ist. Die Elastizität der Kreditnachfrage auf Grund der diskontpolitischen Maßnahmen ist daher sehr gering.

Sollen der Wirtschaft Kredite zugeführt oder entzogen werden, so ist das unter Umständen nur möglich, wenn die privaten Banken oder deren Zweigstellen im Falle einer Einheitsbank den Anweisungen der zentralen Stelle Folge leisten. Das müßte in der Weise geschehen, daß wenn eine Diskontänderung nicht die gewünschte Wirkung hat, durch Kreditrestriktion nachgeholfen wird. Diese Art der Kreditbeschränkung ist sehr willkürlich und darf nur in Ausnahmefällen angewendet werden.

Eine Ergänzung der Diskontpolitik glaubt man in der Offenen Marktpolitik gefunden zu haben. Durch die Offene Marktpolitik kann die Zentralbank direkt auf die Menge der in der Zirkulation sich befindlichen Gelder Einfluß nehmen, indem sie durch An- und Verkauf von Wertpapieren ihre Herrschaft über den Geldmarkt zum Ausdruck bringt. Doch sind dieser Art der Verflüssigung der Mittel auf dem Geldmarkt Grenzen gezogen, denn die Liquidität der Zentralbank zwingt zum Ankauf von nur absolut liquiden Wertpapieren. Diese werden aber in der Regel nur in beschränkten Mengen zum Verkauf angeboten. Aus Sicherheitsgründen muß die Offene Marktpolitik sehr vorsichtig gehandhabt werden, wodurch die Einflußnahme derselben auf die Geldversorgung gemindert wird. Wenn es gelungen ist, über die Offene Marktpolitik Gelder in die Wirtschaft zu bringen, so weiß man ja grundsätzlich nichts über deren Verwendung. Wenn diese z. B. nur dazu dienen, eingefrorene Kredite aufzutauen, d. h. zurückzuzahlen, dann verpufft die Aktion, denn es kommt tatsächlich nicht zu einer vermehrten Geldzirkulation.

Die diskontpolitischen Maßnahmen der Zentralbank können, müssen aber nicht die erhofften Wirkungen auf die Geldversorgung ausüben. Beim Versagen der bankpolitischen Mittel, die zur Stabilisierung des Preisniveaus angewendet werden, müßte der Staat als Kreditnehmer auftreten und die Kredite auf irgendeinem Weg, etwa durch Arbeitsbeschaffung oder sonstige öffentliche Aufträge, in die Wirtschaft bringen.

2. Trennung von Geld- und Kapitalmarkt.

Will man mit Hilfe der Bankpolitik die Geldversorgung dem Geldbedarf anpassen, wie dieser sich aus der Forderung der Stabilisierung des Preisniveaus ergibt, so darf diese Politik

nicht nur auf die Stabilisierung des Gesamtpreisniveaus abgerichtet sein, sondern sie muß auch der Stabilisierung der Einzelpreise Beachtung schenken. Erfolgreich kann die Stabilisierungspolitik nur dann sein, wenn streng zwischen lang- und kurzfristigen Krediten getrennt wird. Diese Trennung ist erforderlich:

1. um zu vermeiden, daß kurzfristige Mittel langfristig angelegt werden, weil kurzfristige Mittel entsprechend ihrer Benennung nach kurzer Zeit an die Bank zurückfließen müssen. Werden diese Gelder aber angelegt, so ergeben sich folgende Schwierigkeiten. a) Die baldige Rückforderung durch die Kreditgeber bringt die Kreditnehmer in Rückzahlungsschwierigkeiten, eine Erscheinung, der die Banken in der Regel mit größtem Mißtrauen begegnen und sie veranlaßt, sofort nach ihrem Auftreten mit der Kreditgewährung noch mehr zurückzuhalten, als durch die Sachlage an sich geboten wäre. b) Die investierten kurzfristigen Mittel werden ihrem Verwendungszweck entzogen, sodaß es zu einer Preissenkung der Umsatzgüter kommt, wenn nicht weitere kurzfristige Kredite gewährt werden. Letzteres ist aber abzulehnen, weil es zu einer ungerechtfertigten allgemeinen Preissteigerung kommt, wenn die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes nicht zurückgeht.

2. um zu vermeiden, daß langfristige Mittel kurzfristig angelegt werden, weil die Verwendung langfristiger Mittel zu kurzfristigen Anlagen a) Spekulationen anregt, b) zu einer Preissteigerung der Konsumgüter führt, c) bewirkt, daß die durch den Konsumverzicht freigesetzten Arbeiter zunächst nicht untergebracht werden können. In diesem Fall werden erst über den Umweg einer Preissteigerung der Konsumgüter weitere Investitionen angeregt.

Während die Wirkungen im Falle 1 a nicht vermieden werden können, ist es grundsätzlich möglich, die Wirkungen im Falle 1 b durch Zuführung von zusätzlichen Mitteln zu beschränken. Im Falle 2 a könnte ein Verbot der Börsenspekulation helfen und im Falle 2 b müßten, um das Preisniveau auf seinen ursprünglichen Stand zu bringen, der Wirtschaft Mittel entzogen werden. Aber auch dann käme es noch zu Schwierigkeiten, weil ja die Preissteigerung der Konsumgüter notwendig ist, um

weitere Investitionen anzuregen. Während also beim Sparen normalerweise die Nachfrage nach Produktionsgütern direkt zunimmt, kommt es dann, wenn die Sparsumme kurzfristig verwendet wird, entweder zur Stillegung von Geldern durch Verminderung der Umlaufsgeschwindigkeit oder zu einer Preissteigerung der Konsumgüter und in Verbindung damit zu einer gesteigerten Nachfrage nach Produktionsgütern. Sowohl im Falle der Verwendung langfristiger Mittel für kurzfristige Zwecke, wie auch im Falle der Verwendung von kurzfristigen Mitteln für langfristige Zwecke, treten eine Reihe von Störungen in der Wirtschaft auf, die durch eine klare Trennung von Geld- und Kapitalmarkt vermieden werden können.

3. Kontrolle der Kreditverwendung.

Die Forderung nach Kreditkontrolle hat einen doppelten Sinn: Das eine Mal denkt man an die bereits geschilderte Kontrolle der Art und Menge der in die Wirtschaft fließenden Kredite, das andere Mal an eine Kontrolle des Verwendungszweckes. Wenn die Bankleitungen bei der Kreditgewährung auch streng scheiden zwischen jenen Krediten, die kurzfristig und jenen Krediten, die ihnen langfristig zur Verfügung stehen, so wissen sie doch nicht, ob der Kreditnehmer auch entsprechend dieser Einteilung den gewährten Kredit verwendet. Ist der Zinssatz für langfristige Kredite wesentlich höher als der Zinssatz für kurzfristige Kredite, so besteht keine Gefahr, daß langfristige Kredite kurzfristig angelegt werden. Dagegen kann ein niederer Zinssatz für kurzfristigen Kredit sehr wohl Anlaß zu langfristiger Anlage geben. Auf die Gefahren, die mit der langfristigen Anlage kurzfristiger Kredite verbunden sind, haben wir oben hingewiesen. Die daraus entstehenden Fehlinvestitionen können nur vermieden werden, wenn die Banken prüfen, ob die gewährten Kredite auch ihrem Verwendungszweck zugeführt werden, d. h. dem Zwecke, für den die Bank den Kredit bewilligt hat.

Diese Prüfung kann durch allgemeine Richtlinien nicht ersetzt werden, weil Entscheidungen auf Grund von allgemeinen Vorschriften immer willkürlich sind. Die Banken müssen deshalb in die einzelnen Betriebe hineinsehen und dürfen nur auf Grund genauer Kenntnis der finanziellen, produktionstechnischen und

marktpolitischen Lage des Unternehmens (durch Buchprüfung) den Kredit gewähren. Dauernde Kontrolle der Unternehmungen erleichtert den Bankleitungen nicht nur die Entscheidung, wenn ein tatsächlicher Kreditbedarf vorliegt, sondern gibt ihnen auch die Gewißheit, daß der betreffende Unternehmer kreditwürdig ist und der gewährte Kredit seinem eigentlichen Verwendungszweck zugeführt wird.

Wenn die Kreditvermittlungsstellen — Zweigstellen oder Privatbanken — der Zentralbank über Art und Menge der gewährten Kredite, sowie über den Verwendungszweck derselben laufend Bericht erstatten, so erhält die Zentrale einen Ueberblick über den gesamten Kreditbedarf und aber auch über den Umfang der Investitionstätigkeit in der Wirtschaft. Die Beobachtung der Preisniveaus für Konsum- und Produktionsgüter bietet eine besonders günstige Möglichkeit, eine Kontrolle über die laufenden Investitionen auszuüben. Es können daher gewünschte Investitionen gefördert, unerwünschte oder offensichtlich falsche Investitionen dagegen durch Versagung der Kreditgewährung unterbunden werden Nur eine gut organisierte Unternehmungskontrolle, die weniger auf Richtlinien als auf Beobachtungen und eigenen Feststellungen aufbaut, gibt den einzelnen Banken eine gewisse Garantie für die richtige Verwendung der gewährten Kredite und der Zentralbank Anhaltspunkte für eine planmäßige in gewisser Hinsicht auch die Investitionstätigkeit regelnde Geldversorgung. Wir haben bereits oben darauf hingewiesen, daß durch das Reichsgesetz über das Kreditwesen wesentliche Voraussetzungen für eine solche planmäßige Kreditkontrolle geschaffen wurden. Die Erfahrungen, die dabei gesammelt werden, können als Grundlage einer systemgerechten Kreditkontrolle dienen.

Zweites Kapitel.

Die Lohnkontrolle

1. Der Lohn als Ausgleichsfaktor.

Wenn nach einer Verbesserungsinvestition die Zirkulationsmittel vermehrt werden, um das Preisniveau auf seinen alten Stand zu bringen, so wird zunächst die Erhöhung des Sozialeinkommens entsprechend der auf Grund der größeren Ergiebigkeit der Produktionsfaktoren erzielten Steigerung des Realsozialeinkommens der Tendenz nach den Produzenten in Form von Sondergewinnen zugute kommen. Die Erklärung dafür ist, daß infolge der Verbesserung der Produktionsmethode die Produktionskosten gesenkt werden, während die Preise wegen der Preisniveaustabilisierungspolitik sich nur wenig ändern. Werden diese Gewinne investiert, so wird jene disproportionale Entwicklung eingeleitet, die nach unserer Ableitung zur Krise führt. Unsere Aufgabe ist es nun, die Maßnahmen aufzuzeigen, die geeignet sind, die Entwicklung der Diskrepanz zwischen Produktions- und Konsumgütersphäre zu verhindern.

Wir haben die Stabilisierung des Preisniveaus vorgeschlagen, weil nach unserer Auffassung eine daran sich orientierende Geldpolitik am meisten Aussicht verspricht, die Störungen des Wirtschaftsablaufes auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Dabei ist es möglich, daß Investitionen gemacht werden, ohne daß zunächst der Wirtschaftsprozeß gestört wird, wie das etwa bei Konstanthaltung der Geldmenge der Fall sein würde. Die zur Stabilisierung des Preisniveaus in die Wirtschaft gebrachten Gelder fließen bei Verbesserungsinvestitionen zunächst in Form von Gewinnen den Produzenten zu. Werden diese Gewinne investiert, so wird kurzfristiges Geld, das zunächst nur zur Bewältigung der Mehrumsätze in die Wirtschaft gebracht worden ist, in Kapital umgewandelt. Die Investition desselben wird wiederum die disproportionale Entwicklung und damit die

Krisenursache fördern. Diese Entwicklung kann verhindert werden, wenn die nach der Verbesserungsinvestition und Zuführung zusätzlicher Kredite entstandene größere Differenz zwischen Kosten und Preis beseitigt wird, die Gewinne also durch Erhöhung der Produktionskosten zum Verschwinden gebracht werden. Denn konjunkturpolitisch hat die Stabilisierung des Preisniveaus nur dann einen Sinn, wenn auch die Produktionskosten „stabilisiert" werden. Dabei ist natürlich nicht an eine Stabilisierung der Einzelkosten gedacht, sondern daran, daß entsprechend der Steigerung der Produktivität der Produktionsfaktoren auch der Konsumstandard gehoben wird. Nur dann werden sich die Investitionen nicht so weit vom definitiven Konsum entfernen können. Die durch die Verbesserungsinvestitionen entstandene größere Differenz zwischen Kosten und Preis darf also nicht die Gestalt von Gewinnen annehmen, weil dies eine einseitige Ausweitung des Produktionsapparates zur Folge hätte, sondern sie muß die Gestalt von Konsumenteneinkommen annehmen, damit sofort eine unmittelbar wirksame höhere Nachfrage dem erhöhten Konsumgüterangebot gegenübersteht. Die Konsumenten müssen natürlich nicht notwendig den ganzen Betrag, um den sich ihr Einkommen erhöht hat, konsumieren. Abgesehen vom Horten, das wir hier unberücksichtigt lassen, können sie auch Teile ihres Einkommens sparen und für Investitionszwecke zur Verfügung stellen. Werden diese Beträge investiert, so ist die Gefahr der Kapitalfehlleitung nicht so groß, wie wenn die Produzenten selbst finanzieren, weil die Kreditvermittlungsstellen die Kredite in die rentabelsten, d. h. auf Grund der Nachfrageverhältnisse bevorzugten Produktionen leiten. Ein wesentlicher Unterschied zwischen „heteronomem" Sparen und Investieren und autonomem Sparen und Investieren besteht allerdings im Tempo der Rationalisierung. Es ist klar, daß wenn die Sondergewinne durch die Lohn- und Gehaltsaufbesserungen aufgesaugt werden, nicht so viel Mittel für Investitionen bereitstehen, weil ja ein großer Teil der Einkommenszunahme konsumiert wird. Den Einwand, daß ja Lohn- und Gehaltserhöhungen den Anlaß zu weiteren Verbesserungsinvestitionen geben, um der Kostensteigerung zu entgehen, möchten wir entkräften durch den Hinweis, daß ja beim autonomen Sparen nicht so viel Mittel dazu zur Verfügung stehen wie beim

heteronomen Sparen und durch die Kreditkontrolle wird ja die zusätzliche Kreditschöpfung unterbunden. Während also heteronomes Sparen das Tempo der Rationalisierung beschleunigt und dadurch die disproportionale Entwicklung, wirkt autonomes Sparen ausgleichend und bremst das Tempo der Rationalisierungswellen.

2. Ansatzpunkte der Lohnkontrolle.

Eine gesunde auf das Gemeinwohl gerichtete Wirtschaftspolitik und eine planmäßige Lohnpolitik ist nicht nur im Interesse einer systemgerechten Konjunkturpolitik gelegen, sondern auch aus sozialen, kulturellen und bevölkerungspolitischen Gründen erwünscht. In diesem Zusammenhange stehen die kulturpolitischen Erwägungen im Vordergrund.

Nach unseren konjunkturtheoretischen Untersuchungen bewirkt eine Steigerung des Konsumstandards entsprechend dem Wachstum der Wirtschaft, daß sich die Investitionen vom letzten Konsum nicht sehr weit entfernen. Eine gesunde Konjunkturpolitik muß nicht nur verhindern, daß die Spanne zwischen Kosten und Preis sich zugunsten der Produzenten wesentlich verbessert, sondern muß auch einer allgemeinen Verschlechterung des Verhältnisses von Kosten und Preis entgegenwirken. Lohnerhöhungen, die nicht in realen Marktverhältnissen ihre Begründung finden, dürfen also nicht zugelassen werden, weil sie gleichbedeutend wären mit einer Steigerung der Produktionskosten. Eine Erhöhung der Produktionskosten bei gleichbleibenden Preisen verändert aber das Verhältnis zwischen Kosten und Preis zu ungunsten der Produzenten und nimmt den Anreiz zur Weiterproduktion. Praktisch können die Produktionskosten durch die Lohnerhöhung natürlich so stark steigen, daß der Betrieb überhaupt nicht mehr rentabel arbeiten kann.

Es könnte nun der Einwand gemacht werden, die Steigerung der Produktionskosten brauche nicht notwendig zur Einschränkung der Produktion führen, denn diese rege ja normalerweise gerade zu Verbesserungsinvestitionen an, um Kostenerhöhungen auszuweichen. Um solche Verbesserungsinvestitionen aber zu finanzieren, wäre eine zusätzliche Kreditschöpfung erforderlich, die man bei zentraler Kreditregelung zulassen oder verhindern kann, je nachdem, ob die zuständigen Stellen

eine solche Investition für richtig oder für falsch halten. Würde man sie zulassen, so würden in der Folge die Preise steigen und die Differenz von Kosten und Preis zugunsten des Produzenten wieder vergrößern, sodaß die ursprüngliche Reallohnsteigerung nur zu einer nominellen Steigerung führt. Allerdings würde nach Beendigung der so forcierten Verbesserungsinvestitionen eine größere Produktmenge auf den Markt kommen, und die Gehalts- und Lohnempfänger könnten nun mit ihren erhöhten Nominaleinkommen auch tatsächlich mehr Güter kaufen.

Wir haben geschildert, wie solche Vorfinanzierungen wegen des nach und nach auftretenden Arbeitermangels immer größeren Umfang annehmen müssen, das Tempo der Rationalisierung beschleunigen, und da bei anhaltender zusätzlicher Kreditschöpfung die Preise rascher steigen als die Löhne, geht die Nachfrage nach Produktionsgütern der Nachfrage nach Konsumgütern dauernd voran und fördert so die disproportionale Entwicklung. Trotz dieser anscheinend so vorteilhaften Finanzierungsart, die die Produktivität der Wirtschaft in raschem Tempo zu steigern vermag, lehnen wir diese Lohnpolitik als spekulativ und krisenfördernd ab. Eine gesunde Lohnpolitik sehen wir darin, wenn die Erhöhung der Einkommen der Konsumenten einer vorangegangenen Steigerung der Produktivität der Wirtschaft bei sonst gleichbleibenden Kosten (Roh- und Hilfsstoffe) folgt.

3. Die Durchführung der Kontrolle.

Will man ungerechtfertigte Lohnerhöhungen unterbinden und die die Gesamtwirtschaft schädigenden Gewinne vermeiden, so muß an irgendeinem Punkt der Wirtschaft ein Lohnkontrollorgan eingeschaltet werden. Dieses Kontrollorgan hat die Aufgabe, einen nach oben hin begrenzten Gewinn zu manipulieren. Es ist dabei nicht an die Stabilisierung der Einzelgewinne — was ja den Grundsätzen des Leistungsprinzips und der freien Unternehmerinitiative widersprechen würde —, sondern nur an die Vermeidung von überhöhten, nicht einer realen Nachfragesituation am Markt entsprechenden Gewinnen gedacht. Allgemeine Richtlinien genügen für diese Kontrolle nicht. Auch hier müssen, wie bei der Kreditkontrolle, die kontrollierenden Instanzen in die einzelnen Betriebe hineinsehen und formale wie

auch materiale Bilanzprüfungen vornehmen. Erst nach dieser Vorarbeit, die natürlich laufend gemacht werden kann, darf die für die Lohnpolitik verantwortliche Stelle ihre Entscheidung treffen.

Eine im Sinne des Ausgleichs der Gegensätze und der Erhaltung der Betriebseinheit gelegene Lohnpolitik muß sich in erster Linie an den konjunkturpolitischen Erfordernissen ausrichten. Ohne genaue Kenntnis der allgemeinen Konjunkturlage und ohne besondere Berücksichtigung der produktionstechnischen und marktpolitischen Lage des betreffenden Wirtschaftszweiges oder Unternehmens sind Entscheidungen über Lohnveränderungen immer willkürlich und werden nur zufällig den tatsächlichen Erfordernissen gerecht. Wenn also die für die Lohnpolitik verantwortliche Stelle (Treuhänder der Arbeit, Wirtschaftsministerium) Beschlüsse über die Neugestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eines Betriebes, eines Wirtschaftszweiges oder der Gesamtwirtschaft faßt, so darf sie das nur unter dem Gesichtspunkt tun, daß der Einzelbetrieb Glied des betreffenden Wirtschaftszweiges und der Wirtschaftszweig Glied der Gesamtwirtschaft ist. Die Kontrolle hat die Aufgabe, die Voraussetzungen zu schaffen für ein störungsfreies organisches Ineinandergreifen der Glieder der Wirtschaft. Erst, wenn diese Sicherungen geschaffen sind, wird die Versorgung der Bevölkerung unabhängig von den Zufällen einer Verkehrswirtschaft, und die Wirtschaft wird ihrem eigentlichen Zweck dienstbar gemacht, sie ist Bedarfsdeckungswirtschaft. Wir haben in diesem Abschnitt gezeigt, daß enge Beziehungen zwischen dem Preisniveau und dem Lohnniveau bestehen. Veränderungen des Preisniveaus, die durch eine Nachfrageverschiebung entstehen, dürfen keine dauernden Veränderungen des Lohnniveaus zur Folge haben, wie ja auch das Preisniveau durch die Stabilisierungspolitik auf die Dauer gesehen unverändert bleibt. Auf diese Weise werden die Gewinne, die durch die Verbesserungsinvestitionen entstehen, laufend in Arbeitseinkommen verwandelt, wodurch heteronomes Sparen verhindert und die disproportionale Entwicklung in der Wirtschaft unterbunden wird.

Es wäre natürlich auch möglich, daß die durch die Stabilisierung des Preisniveaus den Produzenten zufließenden Sondergewinne anstatt in Konsumenteneinkommen verwandelt weggesteuert werden. Gesamtwirtschaftlich würde sich das nicht

anders auswirken, als wenn die Konsumenteneinkommen erhöht würden. Und zwar deshalb nicht, weil ja die Einkünfte des Staates und der anderen öffentlichen Körperschaften auch nur abgeleitete Einkommen sind und überwiegend für Konsumzwecke verwendet werden. Es wäre sogar zu prüfen, ob eine solche Wegsteuerung der Gewinne nicht der direkten Erhöhung der Konsumenteneinkommen vorzuziehen ist, weil ja im letzteren Falle jeweils nur die direkt an der Produktion beteiligten Einkommensbezieher einen Vorteil haben, — sodaß Arbeiter in begünstigten Industrien besser gestellt werden als die Arbeiter in weniger begünstigten Industrien — während im ersteren Falle durch Herabsetzung der Steuern alle Konsumenten begünstigt werden könnten.

Drittes Kapitel.

Investitionskontrolle

In den vorigen Kapiteln haben wir die Auffassung vertreten, daß durch kredit- und lohnpolitische Maßnahmen einseitige Bewegungen des Konjunkturverlaufes, die durch die Stabilisiesierung des Preisniveaus hervorgerufen werden, weitgehendst beschränkt werden können. Wir sagen ausdrücklich nur beschränkt, weil solange die Grundlagen der Wirtschaft, Privateigentum, Unternehmerinitiative und Leistungsprinzip unberührt bleiben, diese treibenden Kräfte der wirtschaftlichen Entwicklung ihre Aufgaben nur erfüllen können, wenn die Handhabung nicht schematisch vorgenommen wird. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Korrektur der Fehlentwicklungen dürfen erst nach gründlicher Prüfung des Tatbestandes in Kraft treten, weil nur dann die Kontrolle organisch und den wirtschaftlichen Erfordernissen entsprechend in die Wirtschaft eingegliedert wird. Die Zeit zwischen dem Einsetzen einer Veränderung im Wirtschaftsprozeß — gleichgültig ob sie von der Geld- oder von der Produktionsseite verursacht wurde — und der Einleitung der Gegenmaßnahmen läßt noch verschiedene Möglichkeiten der Anbahnung von Fehlentwicklungen zu.

1. Nachfragesteigerung verbunden mit einer Preiserhöhung als Ursache zu einer Kapitalfehlleitung.

Steigen infolge Zunahme der Nachfrage nach einem bestimmten Produkte die Preise, dem machen die Produzenten der Branche höhere Gewinne, und da jeder Produzent bestrebt ist, möglichst viel von den Sondergewinnen zu erhalten, besteht eine allgemeine Tendenz zur Erweiterung oder Verbesserung der Anlagen. Wenn wir nun annehmen, der Preis in dieser Branche sei um 5 % gestiegen, so fließen den Produzenten solange Sondergewinne zu, bis der erhöhten Nachfrage ein entsprechendes Angebot gegenübersteht. In welchem Umfange müssen nun Neuinvestitionen gemacht werden, um die Nachfrage zu befriedigen? Diese Frage spielt nur in jenen Industrien eine Rolle, in denen die Kapitalinvestitionen außerordentlich hoch sind, sodaß jede Ueberinvestition zu einem großen Verschleiß volkswirtschaftlicher Werte führt. Unsere nachfolgenden Ausführungen gelten daher nur für die Schwerindustrie.

Ueber den Umfang der erforderlichen Neuinvestitionen sagt uns die Preiserhöhung nichts aus. Der einzelne Produzent kümmert sich aber auch gar nicht darum, wieviel Investitionen gemacht werden müssen, sondern versucht von sich aus, die Voraussetzungen zu schaffen, um sein Angebot so stark als möglich zu vermehren, um seine Gewinne zu steigern. Zwecks Durchführung der Neuinvestitionen wird der Produzent von seiner Bank Kredit fordern. Diese hat keine Bedenken, einen solchen zu gewähren, da ja die marktpolitische Lage des Wirtschaftszweiges durch die Preissteigerung anzeigt, daß eine Ausweitung der Anlagen notwendig ist. Die Banken können nun, wenn sie die Verwendung der Kredite kontrollieren, feststellen, daß diese vom Einzelbetrieb aus gesehen durchaus richtig verwendet werden, gesamtwirtschaftlich kann es aber trotzdem zu einer großen Kapitalfehlleitung kommen, dann, wenn alle Unternehmer ihre Anlagen ausgedehnt haben und dabei zu einer weit über den Bedarf hinausgehenden Erzeugung kommen. Wie gesagt, spielt eine solche Ausdehnung in kleinen Industriezweigen und dort, wo geringe Kapitalinvestitionen zur Erzeugung erforderlich sind, eine unbedeutende Rolle. Es wäre aber zu prüfen, ob nicht insbesondere für die Schwerindustrie Stellen

geschaffen werden sollen, die auf Grund der Elastizität der Nachfrage nach den betreffenden Gütern und der eingetretenen Preissteigerung den Umfang der Nachfrage schätzen. Auf diese Weise wäre es möglich, wenigstens ungefähr festzustellen, wieviel Gelder für die Neuinvestion zur Verfügung gestellt werden müssen. Dabei braucht es gar nicht zu einem Investionsverbot kommen, weil ja die Banken, wenn ihnen die Menge des erforderlichen Kredits bekannt ist, diesen jenen Produzenten geben, die ihnen am kreditwürdigsten erscheinen. Das sind, müssen aber nicht notwendig diejenigen sein, die am rentabelsten arbeiten. Der Wettbewerb als die wirksamste Methode der Auslese und Lenkung von Arbeit und Kapital in die besten Verwendungsmöglichkeiten würde also grundsätzlich nicht aufgehoben.

2. Uebergangsgewinne und Kapitalfehlleitung.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Lohnkontrolle nicht schematisch gehandhabt werden darf und daß insbesondere nicht jede Gewinnerhöhung eine Lohnbewegung auslösen darf. Voraussetzung jeder gesunden Lohnpolitik ist die Kenntnis der Ursachen der Gewinnveränderungen. Sind diese festgestellt und handelt es sich dabei um eine echte Nachfragesteigerung, so darf der Gewinn natürlich nicht in Kosten verwandelt werden (Lohnerhöhung), denn er bildet ja die Grundlage für die von den Konsumenten gewünschte Ausweitung der Anlagen. Handelt es sich dabei um einen Gewinn, der aus einer vorangegangenen Verbesserungsinvestition oder zusätzlichen Kreditschöpfung stammt, dann muß man Angebot und Nachfrage erst wieder ins Gleichgewicht kommen lassen, bevor man endgültig etwas über die Höhe der Löhne aussagen kann. Erst wenn die Umgruppierung durch die Investition vollzogen ist, kann durch Erhöhung der Produktionskosten (Arbeitseinkommen) der Sondergewinn zum Verschwinden gebracht werden. Für die Zeit des Uebergangs fließen dem Produzenten Gewinne zu, die, wenn keine Investitionskontrolle besteht, zweifellos investiert werden. Da es sich auch in diesem Falle um die Investition von heteronomen Spargeldern handeln würde, müßte die Anlage derselben verhindert werden.

3. Selbstfinanzierung.

Unter Selbstfinanzierung verstehen wir die Bereitstellung von Mitteln aus eigenen Gewinnen. Als solche ist die Selbstfinanzierung keine neue Finanzierungsart, sondern wohl so alt wie die Personalunternehmung. Größere Bedeutung hat sie jedoch erst in neuerer Zeit erlangt, weil sie besonders für die Kapitalgesellschaften eine bequeme Art der Kapitalbeschaffung darstellt. Prion (Bank, 1. Halbjahr 1930) schätzt den Umfang der den Unternehmungen auf dem Wege der Selbstfinanzierung verbleibenden Mittel für die Jahre 1924 bis 1929 auf durchschnittlich 2,5 Milliarden Reichsmark bei einer jährlichen Kapitalbildung von etwa 8 bis 9 Milliarden Reichsmark. Betrachten wir diese Zahlen unter dem Gesichtspunkt der Investitionen, so finden wir, daß etwa ein Viertel des Gesamtwertes der Neuinvestitionen der Bankenkontrolle entzogen ist.

a) Selbstfinanzierung und Umgestaltung des Kapitalmarkts.

Durch die Selbstfinanzierung werden dem Kapitalmarkt Mittel entzogen. Dies hat nicht nur Bedeutung für die Gestaltung der Kreditgrundlage — Verringerung des Kreditangebots und Erhöhung des Zinzfußes —, sondern, was weit wichtiger ist, sie ist auch für die Entwicklung der Art der Kapitalinvestition von entscheidender Bedeutung, was in diesem Zusammenhange von besonderem Interesse ist. Wir haben an anderer Stelle auf den Unterschied hingewiesen zwischen der Verwendung von Mitteln, die über den Kapitalmarkt Neuinvestitionen zugeführt werden und den Investitionen, die aus eigenen Mitteln investiert werden.

aa) Vorteile der Selbstfinanzierung.

Die Vorteile des Produzenten, die er hat, wenn er Selbstfinanzierung vornimmt, hat Prion in der „Bank“ (s. a. a. O.) wie folgt gewürdigt: Selbstfinanzierung ist ein Akt der Selbsthilfe, weil die Kapitalbildung sich heute anders vollzieht wie früher. Die heute sparenden Volksschichten, Arbeiter, Angestellte, Handwerker, geben ihre Ersparnisse den Sparkassen, während den Aktionären relativ geringe Mittel zufließen. Da auch die Aktionäre, wenn hohe Gewinne ausgeschüttet werden,

diese nicht immer den Aktienmarkt zuführen, so können neue Aktien nur schwer untergebracht werden. Wenn die Aktiengesellschaften Neuinvestitionen machen, so sind sie bei der Finanzierung derselben weitgehendst auf sich selbst angewiesen. Sie treiben deshalb im allgemeinen eine sehr vorsichtige Dividendenpolitik, die darauf gerichtet ist, die Gewinne im Betrieb zu halten. Den Aktionären fließen die Dividenden dann später in Form von zusätzlich ausgegebenen Aktien zu.

Der den Aktiengesellschaften durch die Selbstfinanzierung gebrachte Vorteil liegt in erster Linie darin, daß sie in Zeiten allgemeiner Kapitalknappheit, aber auch aus oben genannten Gründen, vom Kapitalmarkt unabhängig werden. Neben diesem mehr unternehmerischen Vorteil der Selbstfinanzierung könnte auch einen volkswirtschaftlichen Vorteil der Selbstfinanzierung darin erblicken, daß Produktionen finanziert werden, für die auf dem Kapitalmarkt keine Mittel zur Verfügung stehen würden. Immerhin trägt dieser Gesichtspunkt einen sehr spekulativen Charakter. — Wir werden sofort sehen, daß die aus der Selbstfinanzierung erwachsenden Nachteile für die Volkswirtschaft größer sind als die Vorteile.

bb) Nachteile der Selbstfinanzierung.

Die Selbstfinanzierung entzieht dem Kapitalmarkt Mittel und verringert dadurch das Kapitalangebot. Eine große Zahl kleiner Produzenten wird von der Kreditzuteilung ausgeschaltet, sodaß infolge Selbstfinanzierung rentable und lebensfähige Unternehmungen in ihrer Entwicklung gehemmt werden, während die Anlage der Gewinne im eigenen Betrieb nicht immer am rentabelsten und volkswirtschaftlich am zweckmäßigsten ist. Neben diesen das Gleichgewicht der Wirtschaft einseitig verschiebenden Erscheinungen wird durch die Selbstfinanzierung auch das volkswirtschaftliche Problem der unorganischen Entwicklung der beiden Produktionssphären aufgeworfen.

b. Selbstfinanzierung als volkswirtschaftliches Problem der Kapitalfehlleitung.

Die Umschichtung der Kapitalversorgung durch die Selbstfinanzierung wirft die Frage auf, ob diese Art der Kapitalbeschaffung auch die beste Verwendung garantiert. Stehen dem

Produzenten eigenen Mittel zur Verfügung, wird nicht so vorsichtig disponiert, wie dies bei Kreditnahme vom Kapitalmarkt notwendig ist. Denn in letzterem Falle handelt es sich nicht darum, daß die Zinsen bezahlt werden können, sondern auch darum, daß der Kredit auch zurückbezahlt werden muß. Natürlich wollen wir damit nicht sagen, eigene Mittel verleiten zur leichtsinnigen Verwendung. Aber immerhin ist die Neigung — dies ist rein psychologisch zu erklären —, Verbesserungsinvestitionen durchzuführen, größer, wenn eigene Mittel zur Verfügung stehen, als wenn fremde Mittel in Anspruch genommen werden müssen. Dabei ist das Tempo der Rationalisierung um so größer, je schärfer der Konkurrenzkampf in dem betreffenden Wirtschaftszweig ist. Die Schärfe des Konkurrenzkampfes mahnt zu weiteren Investitionen aus eigenen Mitteln. Das Ergebnis dieser Rationalisierungsmaßnahmen auf Grund der Gewinnakkumulation macht sich in einer Entwicklung zur Ueberkapazität bemerkbar. Für den einzelnen Produzenten kann die Neuinvestition vorteilhaft sein. Für die Gesamtwirtschaft aber ist sie ein Nachteil dann, wenn die Steigerung des Angebots als Folge dieser Investitionen in keinem Verhältnis zur tatsächlichen Nachfrage steht. Wir haben es hier mit einem typischen Fall der Kapitalfehlleitung zu tun, die durch Kreditkontrolle deshalb nicht verhindert werden kann, weil die Mittel zur Finanzierung aus den Unternehmungsgewinnen genommen wurden. Kommt es nach einer solch offenkundigen Uebersetzung des Wirtschaftszweiges zu Zusammenschlüssen verschiedener Unternehmungen, so setzt sich die monopolistische Preisbildung durch. Den Mitgliedern dieser Organisationen fließen Monopolgewinne zu, die sie erfahrungsgemäß anlegen, um bei künftigen Quotenkämpfen günstig abzuschneiden. Solche Kapitalfehlleitungen mit der Tendenz zu monopolistischen Zusammenschlüssen können nur durch sachgemäße Investitionskontrolle vermieden werden.

c) Selbstfinanzierung als konjunkturpolitisches Problem.

Die Betriebsstatistiken zeigen uns, daß Unternehmungen mit hohem Kapitaleinsatz hauptsächlich in der Produktionsgütersphäre zu finden sind, während Personalgesellschaften mit relativ niederem Kapitaleinsatz in den Konsumgüterindustrien überwiegen. Was bedeutet nun diese Tatsache für den Konjunktur-

verlauf? Je höher der Kapitaleinsatz in einer Unternehmung ist, um so größer werden die Verluste sein, wenn durch eine Verschärfung des Konkurrenzkampfes eine Unternehmung zur Stilllegung gezwungen wird. Die Furcht des Leiters einer Unternehmung, der hohen Kosten wegen am Markt nicht mehr zugelassen zu werden, zwingt ihn zu dauernden Verbesserungen. Je größer der Kapitaleinsatz in einer Unternehmung ist, um so leichter kann die Finanzierung solcher Neuerungen aus eigenen Mitteln getätigt werden. Wir haben bereits davon gesprochen, daß jede in größerem Umfange vorgenommene Gewinnakkumulation die Tendenz zur Kapitalfehlleitung zeigt, zugleich aber auch zur Einleitung einer disproportionalen Entwicklung. Wenn gerade in den kapitalintensiven Unternehmungen auf Grund der großen Gewinnsummen die Selbstfinanzierung größeren Umfang annehmen kann, so müssen jene Wirtschaftszweige, die besonders stark mit kapitalintensiven Unternehmungen durchsetzt sind, dazu neigen, in größerem Umfange Kapitalfehlleitungen zu machen. Und wenn nun diese Kapitalgesellschaften in der Produktionsgütersphäre überwiegen, so haben wir eine Erklärung für die anorganische übermäßige Wirtschaftsverlagerung zugunsten der Produktionsgütersphäre. Im Grunde liegt hier derselbe Fall vor wie bei der im vorigen Abschnitt geschilderten Kapitalfehlleitung. Der Unterschied besteht nur darin, daß sich hier aus produktionstechnischen Gründen — die Produktion erfordert hohe konstante Kosten — die Kapitalfehlleitungen häufen.

Unternehmungen mit hohem Kapitaleinsatz sind für die Selbstfinanzierung deshalb besonders geeignet, weil die hohe Gewinnsumme eine günstige Basis dafür liefert. Da die Kapitalgesellschaften aber überwiegend in der Produktionsgüterindustrie zu treffen sind, muß diese zur Ueberkapitalisation neigen, wodurch die Verbindung zum letzten Konsum verloren geht. Diese Entwicklung kann nur gebremst werden, wenn entweder die Gewinneinkommen, die nicht für Konsumzwecke verwendet werden, auf den Kapitalmarkt wandern oder wenn durch Investitionskontrolle festgestellt wird, ob eine Neuinvestition als Erweiterungs- oder Verbesserungsinvestition volkswirtschaftlich nützlich oder schädlich ist. Kommt es zu einem Investitionsverbot, so sind die Gewinne in Form von Spargeldern dem Kapitalmarkt zuzuführen.

4. Abschreibungsbeträge und Verbesserungsinvestitionen.

Die aus den Bruttoerträgen genommenen Abschreibungsbeträge können anstatt zu Ersatz- zu Verbesserungsinvestitionen verwendet werden. Dies dürfte sogar im Verlaufe der wirtschaftlichen Entwicklung der Normalfall sein. Da jede Verbesserung als solche die Produktionskosten verbilligt, liegt darin eine neue Gewinnquelle.

Grundsätzlich sind drei Fälle denkbar, in denen Verbesserungen ohne Kostenaufwand gemacht werden können. 1. Durch Verbesserung der Betriebsorganisation, 2. durch Veränderung in der Arbeitsmethode werden Anlagen, Maschinen oder Werkzeuge billiger hergestellt oder 3. werden zu gleichbleibenden Kosten leistungsfähigere Produktionsmittel erzeugt. Eine Aenderung der Betriebsorganisation kann in der Richtung gelegen sein, daß die Arbeitsteilung im Betrieb zweckmäßiger angeordnet wird. Bei der Senkung der Produktionskosten durch billigere oder bessere Maschinen und Werkzeuge ist darauf zu achten, daß die Kontinuität des Arbeitsprozesses gewahrt bleibt. Kann eine bisherige Maschine billiger eingestellt werden, so ist die Gewinnursache eindeutig. Wird eine leistungsfähigere Maschine verwendet, die zu gleichgebliebenen Kosten beschafft werden kann, so entsteht nur dann ein Gewinn, wenn die Maschine voll ausgenutzt werden kann. Waren z. B. bisher zwei Maschinen erforderlich, um die Produktion im Betriebe ungestört verlaufen zu lassen, so muß die neue Maschine doppelt so viel leisten wie früher eine Maschine, denn nur dann bringt sie eine Verbilligung der Produktionskosten. Gewinne fließen dem Produzenten deshalb zu, weil die Lage am Markt, d. h. die Nachfrage bei gleichbleibenden Preisen unverändert bleibt, ein Mehrangebot aber vorläufig nicht zustande kommt. Erst die jetzt gemachten Gewinne verleiten den Produzenten zu Investitionen, die die Kapazität des Wirtschaftszweiges ausweiten und das Güterangebot erhöhen, ohne daß dahinter eine entsprechende Nachfrage steht. Es kommt auch hier zu Absatzschwierigkeiten, die eine Kapitalfehlleitung anzeigen. Auch diese Fehlentwicklung kann nur durch Investitionskontrolle verhindert werden.

5. Die Durchführung der Kontrolle.

Die Organisation der Kontrolle ist eine rein technische Angelegenheit und nach Zweckmäßigkeitsgründen aufzubauen. Es wären zunächst für die Wirtschaftszweige Forschungsinstitute zu errichten — für den Anfang würde es genügen, wenn für die Produktionsgüterindustrien und die wichtigeren Konsumgüterindustrien solche Stellen geschaffen würden —, die folgende Aufgaben hätten: Erhebungen anzustellen über den Stand der Technik — vielfach von den Kartellen bereits durchgeführt —, über die Kapazität eines Wirtschaftszweiges unter besonderer Beachtung des Ausnutzungsgrades, über die Kostengestaltung und die Elastizität der Nachfrage unter besonderer Berücksichtigung der Preisgestaltung im In- und Ausland, insbesondere auch über die Marktlage, ob in- oder auslandsorientiert, über die Rohstoffgrundlagen, sowie darüber, ob die Erzeugung unter dem Gesetz des sinkenden Ertrages erfolgt.

Für die wirtschaftliche Entwicklung wäre es auch von entscheidender Bedeutung, zu wissen, woher im einzelnen die Nachfrage kommt, sodaß Preisveränderungen sofort ursächlich festgestellt und der Umfang der neuen Nachfrage geschätzt werden kann. Mit einer solchen Uebersicht über die Grundlagen und den Aufbau des Wirtschaftszweiges wären die Voraussetzungen für eine gesunde Konjunkturpolitik geschaffen.

Die Forschungsinstitute hätten auf Grund ihrer Beobachtungen in Gutachten an die zuständigen wirtschaftspolitischen Stellen alle Veränderung im Produktionsaufbau, sowie die Wirkungen etwaiger kredit- oder lohnpolitischer Maßnahmen anzuzeigen, sodaß die Entscheidung darüber, ob etwa ein Investitionsverbot erlassen werden muß oder nicht, leichter gefällt werden kann.

Wird die Zunahme der Nachfrage von längerer Dauer sein, so kann eine Erweiterungsinvestition gemacht werden. Erweiterungsinvestitionen werden in der Zukunft besonders in kapitalintensiven Betrieben aus folgenden Gründen die Regel bilden: Wir nehmen an, eine relativ kleine Nachfragesteigerung in der Produktionsgütersphäre erhöhe die Gewinne und gebe Anlaß zu einer Verbesserungsinvestition. Die Konkurrenz zwingt nun alle Produzenten der Branche mitzumachen, wodurch das Tempo der Rationalisierung beschleunigt wird. In der Folge entstehen volkswirtschaftliche Verluste nicht nur wegen der Kapitalfehl-

leitung infolge Ueberkapazität, sondern vor allem auch, weil das Gesamtkapital der Branche umgeschlagen werden muß. Die dazu erforderlichen hohen Abschreibungsbeträge verhindern, daß die Kosten entsprechend der durch die Verbesserung der Produktionsmethode gestiegenen Produktivität sinken. Dazu folgendes Beispiel.

> Infolge anhaltender Verbesserungsinvestitionen muß das in einem Industreizweig investierte Kapital in fünf Jahren abgeschrieben werden, anstatt in 10 Jahren — so lange hätten die Anlagen benützt werden können —. Waren nun in dem Wirtschaftszweig, sagen wir, fünfhundert Millionen investiert, und stieg die Nachfrage nach dem betreffenden Produkt in den letzten fünf Jahren um 25 %, so wäre die Mehrnachfrage befriedigt worden, wenn 125 Millionen zu Erweiterungsinvestitionen bereitgestellt worden wären. Selbst wenn wir nun annehmen, infolge der Verbesserungsinvestitionen sei die Produktivität des Wirtschaftszweiges um 100 % gestiegen — sodaß die rasche Abschreibung theoretisch gerechtfertigt wäre was aber wenig wahrscheinlich ist, weil bei Neuinvestitionen wegen der hohen Abschreibungsbeträge die Kosten langsamer sinken als die Produktivität steigt, so ist der volkswirtschaftliche Nachteil durch die Kapitalfehlleitung weit größer als der Vorteil, denn die Produktionskapazität kann wegen der zurückbleibenden Nachfrage gar nicht voll ausgenutzt werden. Erweiterungsinvestitionen wären daher nicht nur billiger gewesen, sondern hätten auch keine Störung verursacht.

Man könnte nun den Einwand machen, daß die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen eine völlige Erstarrung der Wirtschaft zur Folge haben. Dieser Einwand ist keineswegs zutreffend. Einmal, weil die vorgeschlagenen Maßnahmen nur für die Produktionsgütersphäre und wenige wichtige, sehr kapitalintensiv arbeitende Industrien der Konsumgütersphäre gelten sollen, zum andern, weil ja erst eingegriffen werden soll, wenn grobe Fehlentwicklungen vorausgesehen werden.

Bisher sind die Verbesserungen der Produktionsmethoden von den einzelnen Unternehmungen völlig losgelöst von den Bedingtheiten des Bedarfs, selbständig vorgetragen worden, so daß der Bedarf sehr häufig hinter der Leistungsfähigkeit des Wirtschaftszweiges zurückgeblieben ist. Dabei hat die technische Entwicklung vorwiegend in der Produktionsgütersphäre zu einer starken Konzentration der Betriebe und der Unternehmungen geführt. Die daraus sich ergebende hohe Kapitalintensität in Verbindung mit den hohen fixen Kosten hat dann wesentliche Voraussetzungen der freien Konkurrenz beseitigt. Die Gebundenheit der Erzeugung an die hohen fixen Kosten beschränkt die Beweglichkeit der betreffenden Unternehmer und

da sich vorwiegend in diesen Industriezweigen nur wenige Produzenten gegenüberstehen, verschärft sich der Wettbewerb mit zunehmender Konzentration und nimmt die Wirtschaft schädigende Formen an.

Diese Wettbewerbslage der Schwerindustrie erforderte immer dringlicher Zusammenschlüsse der Unternehmer gleicher Branchen, mit dem Zweck gemeinsamer Handlungsweise. Es wurde der Versuch gemacht, über die Kartelle eine organische Verbindung zwischen Neuinvestitionen und Marktbedarf herzustellen. Die bisherige Entwicklung des Kartells hat gezeigt, daß die wirtschaftliche Selbstverwaltung zur Regelung des Wettbewerbs ungeeignet ist, weil eben noch zu viele persönliche Interessen mitspielen. Die Wirtschaft kann und darf nicht entscheiden, ob und in welcher Form von der freien Konkurrenz abgewichen werden kann: *das ist die Aufgabe des Staates.*

Unsere Forderung, daß vorwiegend die kapitalintensiven Industrien Kontrollorgane erhalten sollen, stimmt auch mit folgender theoretischer Ableitung überein: Auf den Märkten, auf denen sowohl die Zahl der Nachfragenden wie auch die Zahl der Anbietenden im Verhältnis zum Umfang des Marktes so groß ist, daß keine der am Markt beteiligten Parteien von sich aus den Preis in nennenswertem Umfang beeinflußen kann, gilt noch weitgehend das Ordnungsprinzip des Wettbewerbs. Diese Industrien, die vorwiegend der Konsumgütersphäre zugehören, haben in der Regel verhältnismäßig wenig Kapital investiert, anders ausgedrückt, diese arbeiten nicht sehr kapitalintensiv. In diesen Betrieben kann daher einer rückläufigen Nachfrage, da die fixen Kosten realtiv nieder sind, leicht ausgewichen werden. In der Produktiongütersphäre dagegen finden wir sehr viele Industriezweige, in denen nur wenige Produzenten einander gegenüberstehen, die mit sehr hohen fixen Kosten arbeiten. Die Tatsache, daß die technische Entwicklung in diesen Industrien das *Ordnungsprinzip* des Wettbewerbs und damit auch *weitgehend das Leistungsprinzip und die private Initiative aufgehoben* hat, erleichtert uns, die Forderung zu stellen, für *diese* Industrien *Kontrollorgane* zu schaffen.

Abgesehen davon, daß das Ordnungsprinzip des Wettbewerbs durch unsere vorgeschlagenen Maßnahmen nicht viel mehr eingeschränkt würde, wie es bisher seitens der Kartelle bereits

ausgeschaltet worden war, sind wir der Meinung, daß neben den rein materiellen Erfolg einer wirtschaftlichen Leistung mehr und mehr die Idee der Leistung für das Ganze, d. h. für die Gemeinschaft treten muß. Die Gemeinschaft wird die besondere Leistung durch soziale Hochschätzung anerkennen, die dann neben den etwas zurückgedrängten materiellen Erfolg tritt.

Der Staat, der die Wirtschaft führen will, muß alle schöpferischen Kräfte des Volkes zur Entfaltung bringen, sodaß keineswegs durch die Investitionskontrolle und eventuellen Investitionsverbote die technische Entwicklung zum Stillstand kommt. Wenn die Erfindertätigkeit in den Dienst der Gemeinschaft gestellt werden soll, so verstehen wir darunter, daß jede schöpferische Tätigkeit geschützt und gefördert wird. Dabei muß sich der Staat aber vorbehalten, zu entscheiden, ob das Ergebnis einer solchen Tätigkeit dem Volksganzen dienlich ist oder nicht. Die Vorarbeiten für solche Entscheidungen liegen ebenfalls bei den bereits erwähnten Instituten. Bei kleineren Neuerungen wird ohne weiteres mit der Patentanmeldung die Erlaubnis zur Durchführung erteilt. Die Genehmigung zur Durchführung einer Verbesserung wird ganz allgemein um so leichter zu erhalten sein, je günstiger das Produktionsergebnis im Verhältnis zum Kapitalaufwand ist, während die Erhaltung der Genehmigung um so größeren Schwierigkeiten begegnen wird, je größer der voraussichtliche Kapitalverlust sein wird. In den zu schaffenden Instituten und Werkstätten — privaten und öffentlichen — wird also genau so wie bisher weitergearbeitet, mit dem Unterschied, daß nicht jede Erfindung Anlaß zu einer allgemeinen Rationalisierungswelle gibt. Die Erfindungen werden gesammelt und geprüft solange, bis wirklich volkswirtschaftlich nützliche und kostensparende Verbesserungen durchgeführt werden können. Diese die Investitionstätigkeit in mancher Hinsicht regelnden Anordnungen beziehen sich, wie bereits erwähnt, zunächst nur auf die Produktionsgütersphäre. Sie verhindern nicht nur ungeheure Kapitalfehlleitungen, sondern auch die Freisetzung von Arbeitern in größerem Umfang. Wird eine Verbesserungsinvestition zum Beispiel genehmigt, so kann die verantwortliche Stelle sofort disponieren, wo sie die freiwerdenden Arbeiter unterbringen kann oder wo sie beschäftigt

werden können, bis die Kompensation durch die aus der Umgruppierung der Produktion ausgelösten Kräfte erfolgt.

Die Kontrolle der Produktion gibt dem Staat die notwendige Uebersicht über die wirtschaftlichen Vorgänge, die er braucht, damit er die Wirtschaft auch wirklich seinen Zwecken dienstbar machen kann. Ohne genaue Kenntnis der Struktur der Wirtschaft und der Wirkungen, die mit jeder wirtschaftspolitischen Maßnahme ausgelöst werden, ist eine Wirtschaftsführung auf den Zufall angewiesen und der Mensch bleibt ein Spielball der wirtschaftlichen Kräfte. Soll der Mensch, der die wirtschaftlichen Kräfte entfesselt, ihr Sklave bleiben oder soll er sie beherrschen lernen? Unter diesem Gesichtspunkt allein ist die Frage der Kontrolle der Wirtschaft zu entscheiden, und wenn wir dabei den richtigen Weg gehen, lösen wir zugleich auch das Problem des Konjunkturausgleiches.

Literaturverzeichnis.

Carell, E., Sozialökonomische Theorie und Konjunkturproblem. München und Leipzig 1929.

Lutz, F., Das Konjunkturproblem in der Nationalökonomie. Jena 1932.

Peter, H., Grenzen der Statistik in der Konjunkturforschung. Bonn 1930.

Preiser, E., Gestalt und Gestaltung der Wirtschaft. Tübingen 1934.

Spietthoff, „Krisen" (Artikel im Handwörterbuch d. Staatswissenschaften 4. Auflage).

Cassel, G., Theoretische Nationalökonomie. Leipzig 1931.

Hahn, L. A., Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits. Tübingen 1930.

Hayek, J., Geldtheorie und Konjunkturtheorie. Wien 1929.

Keynes, J., Vom Gelde. London 1930.

Mises, L. v., Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel 2. Aufl. München und Leipzig 1924.

Stucken, R., Theorie der Konjunkturschwankungen. Jena 1926.

Gottschalck, Die Kaufkraftlehre. Jena 1932.

Preiser, E., Grundzüge der Konjunkturtheorie. Tübingen 1933.

Birke, Technischer Fortschritt und Ueberproduktion. Jena 1927.

Kähler, A., Theorie der Arbeiterfreisetzung. Kiel 1933.

Sombart, W., Kapitalismus 4. Auflage. München 1921.

Carell, E., Die Konjunktur. Jena 1932.

Fricke, R., Konjunktur und Einkommen. Halberstadt 1927.

Lukas, E., Weltkrise und deutsche Wirtschaft. Tübingen 1931.

Welter, Ende und Lehren der Krise. Frankfurt 1933.

Wilken, Kreislauf der Wirtschaft. Jena 1928.

Budge, Die Lehre vom Gelde, Bd. I, 1. Jena 1931.

Donner, Geld und Konjunktur. Berlin 1934.

Fischer, Die Illusion des Geldes. Berlin 1916.

Bendixen, Das Wesen des Geldes 4. Auflage. München und Leipzig 1926.

Paley, Der Streit um die staatliche Theorie des Geldes, Schmollers Jahrb. 45. Jahrg. 1921.

Wagemann, Allgemeine Geldlehre. Berlin 1932.

— —, Geld- und Kreditreform Staatswissenschaftl. Zeitfragen, Heft 1, Berlin 1932).

Budge, Lehre vom Gelde, Bd. I, 2. Jena 1932.

Egle, Das neutrale Geld. Jena 1931.

Haberler, Sinn der Indexzahlen (Artikel im Handwörterbuch der Staatswissenschaften 4. Auflage).

Mises, v., Geldwertstabilisierung und Konjunkturpolitik. Jena 1928.

Macleod, H., The Theorie of Credit, 2. Vcs. London 1889/91.

Deumer, Die Verstaatlichung d. Kredits. München, Leipzig 1926.

Diehl, K., Ueber neuere Kredittheorien im Lichte der Lehre von Macleod (in Kölner Vorträge. Bd. I. Die Kreditwirtschaft 1. Teil. 1927).

Hermann, Verstaatlichung des Giralgeldes. Nationalsoz. Bibliothek Heft 43.
Honneger, Der schöpferische Kredit. Jena 1929.
Reichsgesetz über das Kreditwesen. 1934.
Nöll von der Nahmer, Volkswirtschaftlicher Kreditfond.
Schumpeter, Die goldene Bremse in der Kreditmaschine. Leipzig 1927.
Stansdorf, Mittel einer Konjunkturpolitik. Dissertation Greifswald.
Machlup, Führer durch die deutsche Krisenpolitik. Wien 1933.
Deter, Arbeitsbeschaffung und Konjunkturpolitik. Berlin 1934.
Köhler, Freiheitskampf oder Konjunkturmanipulation (in Die Deutsche Volkswirtschaft Nr. 13. 1936.
Muhs, Kartelle und Konjunktur. Jena 1933.
Prion, Selbstfinanzierung (in Die Bank, 1. Halbj. 1930 S. 8 ff.).

Lebenslauf.

Am 20. 11. 1902 wurde ich zu Ohmenhausen geboren, besuchte von 1909—1916 die Volksschule in Reutlingen, war dann Hilfsarbeiter in verschiedenen Industriebetrieben, meldete mich 1919 als Zeitfreiwilliger und bestand, nachdem ich von 1921—1929 als Lederarbeiter und später als Bürogehilfe tätig gewesen war, im Sommer 1929 die Immaturenprüfung. Im WS. 1929 immatrikulierte ich mich an der Universität Tübingen, ging im Frühjahr 1930 auf ein halbes Jahr nach England und legte im April 1933 die Diplomprüfung für Volkswirte ab. Seither bin ich als Assistent am Institut für württembergische Wirtschaft tätig.